

DAS ZUKUNFTSPROGRAMM

WOFÜR WIR STEHEN. WAS UNS ANTREIBT.
WONACH WIR STREBEN.

SPD Soziale
Politik für
Dich.

Antrag 1.0.: Kapitel 1.0 ZUKUNFT. RESPEKT. EUROPA.

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 1

1 **Das Zukunftsprogramm der SPD**

2 Wofür wir stehen. Was uns antreibt. Wonach wir streben.

3 **Kapitel 1.0. ZUKUNFT. RESPEKT. EUROPA.**

4 Am Anfang des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts stehen wir in Deutschland,
5 Europa und der Welt vor gewaltigen Aufgaben. Dabei hat die Corona-Krise drängende
6 Fragen unserer Zeit teils überlagert, teils stärker in den Fokus gerückt:

- 7 • Gelingt es uns, die Arbeit und den Wohlstand von morgen zu sichern und für
8 Vollbeschäftigung zu sorgen? Oder finden wir uns damit ab, dass Menschen ohne
9 Arbeit bleiben?
- 10 • Überwinden wir die wachsende Ungleichheit? Oder nehmen wir es hin, dass wenige
11 sich die höchsten Einkommen und die besten Perspektiven sichern, aber die Lasten
12 und Risiken auf den Schultern derer liegen, die sich nicht wehren können?
- 13 • Wird es uns gelingen, unser Leben und Wirtschaften so zu verändern, dass wir den
14 menschengemachten Klimawandel aufhalten?
- 15 • Nehmen wir die Gestaltung des digitalen Wandels als demokratische Gesellschaft
16 selbst in die Hand oder bleibt es dabei, dass die Entwicklung der digitalen Welt
17 von wenigen Technologiekonzernen diktiert wird?
- 18 • Sorgen wir für gleiche Teilhabe und mehr Zusammenhalt? Oder nehmen wir es hin,
19 dass unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet, so dass Populisten und
20 Nationalisten leichtes Spiel haben?

21 Das neue Jahrzehnt beginnt mit der Herausforderung der Corona-Pandemie. Für viele
22 Bürger*innen und Unternehmen bedeutet diese Krise harte Einschränkungen. Umso
23 bemerkenswerter ist die Bereitschaft, Solidarität zu üben, um uns alle zu schützen
24 und dafür auch Einschnitte in die persönliche Freiheit zu akzeptieren.

25 Die nächsten Monate werden uns die Rückkehr in eine neue Normalität ermöglichen, die
26 die Beschränkungen des öffentlichen und des privaten Lebens Zug um Zug überwindet.
27 Doch auch dann wird uns Corona noch begleiten. Vieles wird anders. Die Erfahrung
28 dieser Krise wird sich ins kollektive Gedächtnis einschreiben.

29 Wir alle haben erfahren, dass nichts eine persönliche Begegnung auf Dauer ersetzen
30 kann. Wir haben aber auch gelernt, wie wir digital zusammenarbeiten und kommunizieren
31 können. Außerdem haben mittlerweile alle erkannt, wie unabdingbar die Arbeit vieler

32 Menschen für unser tägliches Leben und Überleben ist, die aber bisher nicht die
33 Wertschätzung und schon gar nicht die Bezahlung und Sicherheit bekommen, die sie
34 verdienen. Es hat sich eindringlich bestätigt, dass Familien auf eine krisenfeste,
35 verlässliche Infrastruktur an Bildung, Betreuung und Angeboten der Kinder- und
36 Jugendarbeit angewiesen sind.

37 Um die Krise zu überwinden, braucht es gemeinsame Anstrengungen. Daraus kann neuer
38 Mut wachsen, mit dem wir die großen Aufgaben unserer Zeit zuversichtlich angehen
39 können. Wir wollen sichern und ausbauen, was wir erarbeitet haben, wir wollen den
40 Klimawandel bewältigen, die Arbeit von morgen schaffen, Chancen und Lasten gerecht
41 verteilen, die Gesellschaft zusammenhalten und der Gefahr ihrer Spaltung begegnen.
42 Wir Sozialdemokrat*innen sind entschlossen, diese Aufgaben zu bewältigen. Die meisten
43 Bürger*innen in unserem Land eint das Bedürfnis nach Respekt, Zusammenhalt und
44 Zuversicht für eine gute, sichere Zukunft in Deutschland und Europa.

45 Diese Zuversicht entsteht aus dem Vertrauen, Einfluss darauf nehmen zu können, wohin
46 sich unser Leben, wohin sich unsere Gesellschaft entwickelt. Immer mehr Bürger*innen
47 wollen mitbestimmen, in welche Richtung wir gehen werden. Spürbar ist das in dem
48 gewachsenen Bewusstsein um die ökologische Verantwortung, in der dringenden Sorge um
49 den schwindenden Zusammenhalt oder in der wachsenden Kritik an Ungleichheit in
50 unserer Gesellschaft.

51 In der Corona-Krise wird einmal mehr überaus deutlich, dass Gewinnmaximierung und
52 Kostenminimierung nicht das Maß aller Dinge sein dürfen. In der Wirtschaft, im
53 Gesundheitssystem, im Bildungssystem, der Justiz und anderen wichtigen Bereichen
54 wurde zu viel „auf Kante genäht“. Aber unsere Gesellschaft ist stabil – auch unter
55 widrigen Umständen und in krisenhaften Situationen. Wir müssen alles dransetzen, dass
56 es so bleibt. Die Stabilität verdanken wir der beeindruckenden Solidarität und den
57 demokratischen Grundwerten unserer Gesellschaft. Neue Akzeptanz und neue Begeisterung
58 sowie neuer Respekt für demokratische Institutionen entstehen durch mehr Transparenz
59 und Beteiligung.

60 Für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist der Respekt vor der Verschiedenheit der
61 Menschen und ihrer Lebensentwürfe eine der wichtigsten Grundlagen. Diese Vielfalt ist
62 ein unschätzbarer Gewinn, und wir werden dafür sorgen, dass sie sich in allen
63 Bereichen unserer Gesellschaft, in unseren Parlamenten und in den Formaten der
64 Beteiligung angemessen widerspiegelt.

65 Vielen in Deutschland geht es – auch im Vergleich mit anderen Ländern –
66 wirtschaftlich gut. Aber das gilt nicht für alle und es fehlt vielen die Gewissheit,
67 dass das auch morgen so sein wird. Mit unserer Politik werden wir dazu beitragen,
68 dass die Ungleichheit überwunden wird, Sicherheit im Wandel garantiert ist und neue
69 Zuversicht entsteht.

Antrag 1.1.: Kapitel 1.1. ZUKUNFT SICHERN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 1

1 1.1. Zukunft sichern

2 Ein kurzer Blick in die Zukunft: Spätestens 2050 werden wir klimaneutral
3 wirtschaften. Windkraft und Sonne sind unsere Energiequellen, unterstützt durch eine
4 saubere Wasserstoffwirtschaft. Öffentliche Gebäude, Schulen und Supermärkte beziehen
5 Solarstrom und klimafreundliches Unternehmertum wird finanziell belohnt. Wir sehen in
6 dieser Jahrhundertaufgabe riesige Potenziale für gute und sichere Arbeitsplätze.
7 Deutschland ist erfolgreich als Exporteur umweltfreundlicher Technologien, weil es
8 gelungen ist, Produktionsprozesse nachhaltig und die 20er zu einem Jahrzehnt der
9 erneuerbaren Energien zu machen.

10 Den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft meistern wir, wenn wir wirtschaftlichen
11 Erfolg zukünftig nicht nur am Bruttoinlandsprodukt messen, sondern am Wohlergehen der
12 gesamten Gesellschaft und der Natur. Wenn der Staat maßgebliche Impulse gibt, durch
13 kluge Spielregeln, die soziale und technische Innovationen hervorbringen, durch
14 Förderung von Wissenschaft und Forschung, massive und stetige Investitionen in eine
15 moderne Infrastruktur, durch aktive Förderung der Regionen im Wandel und durch
16 Beteiligung der Bürger*innen im Allgemeinen und der Beschäftigten im Besonderen. So
17 werden Arbeitsplätze zukunftsfähig und neue gute Arbeitsplätze geschaffen. So sichern
18 wir Einkommen und Perspektiven für alle. Wir wollen einen neuen sozial-ökologischen
19 Gesellschaftsvertrag, der dafür sorgt, dass im Wandel niemand abgehängt wird.

Antrag 1.2.: Kapitel 1.2. RESPEKT ERNEUERN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 1

1 1.2. Respekt erneuern

2 Die Corona-Krise hat uns allen in Deutschland vor Augen geführt, wie sehr wir in
3 unserem Alltag auf die Arbeit derjenigen angewiesen sind, deren Einkommen bislang oft
4 nur knapp zum Leben reicht. Die Kassierer*innen im Supermarkt, die Busfahrer*innen,
5 Reinigungskräfte, Pflegekräfte und Erzieher*innen verdienen mehr Anerkennung – die
6 sich auch in guten Einkommen und in guten Arbeitsbedingungen niederschlägt.

7 Wie wertvoll ein funktionierender Sozialstaat ist, haben wir in der Corona-Krise
8 erlebt. Anders als in anderen Ländern haben wir die Folgen der Krise abmildern
9 können. Erkennbar wurde aber auch, wo wir als Gesellschaft noch viel zu tun haben.
10 Bei der immer noch nicht vollendeten Gleichstellung von Männern und Frauen, die sich
11 vor allem daran zeigt, dass sich viele unvermittelt in alte Rollenmodelle
12 zurückversetzt gesehen haben. Auch bei der unzureichenden Absicherung von
13 Künstler*innen und Selbstständigen, den überbewerteten Wohnungen nicht nur in den
14 Ballungszentren und der mangelnden Infrastruktur im ländlichen Raum gibt es noch viel
15 zu tun.

16 Respekt vor der Würde aller Bürger*innen heißt für uns, dass alle ein Recht auf
17 gleiche Verwirklichungschancen und ein sicheres Leben haben. Eine Wohnung, ein Kita-
18 Platz, Zugang zu kostenloser Bildung, Mobilität, Kultur, Sport, einen schnellen
19 Internetanschluss, Zugang zum Wissen dieser Welt, verlässliche digitale Dienste für
20 eine aktive Zivilgesellschaft, Gesundheitsversorgung, Mitbestimmung im Arbeitsleben,
21 eine sichere Rente, gute Pflege im Alter, das sind für uns soziale Grundrechte und
22 die Voraussetzungen für die Stabilität von Familie und Gesellschaft.

23 Wir treten für eine Gesellschaft ein, die von gegenseitigem Respekt getragen wird.
24 Eine Gesellschaft, die, frei von Vorurteilen, alle Bürger*innen gleichermaßen
25 respektiert. Wir schulden einander Respekt, egal ob eine*r studiert hat oder nicht,
26 ob in Deutschland oder woanders, im Osten oder Westen geboren, ob weiblich, männlich
27 oder divers, ob jung oder alt, arm oder reich, ob mit Behinderung oder ohne. Für die
28 Würde und Wertschätzung jeder und jedes einzelnen darf das keinen Unterschied machen.
29 Wir wollen eine Gesellschaft des Zusammenhalts und stellen uns Hass und Hetze,
30 jedweder Art von Ausgrenzung und Diskriminierung und dem Erstarken rechtsextremer
31 Kräfte mit aller Entschiedenheit entgegen.

32 Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland schaffen. Dazu gehört
33 auch, die deutsche Einheit zu vollenden und das Ungleichgewicht zwischen Metropole
34 und Peripherie, zwischen traditionellen Industrieregionen und neuen Boom-Zonen,

35 zwischen Stadt und Land zu reduzieren. Gerade hier zeigen sich die Herausforderungen
36 großer gesellschaftlicher Transformationsprozesse und des Strukturwandels. Dabei sind
37 der Respekt und die Anerkennung der spezifisch ostdeutschen Lebenserfahrungen und
38 Lebensleistungen zentral, um das Vertrauen in die Demokratie weiter zu stärken. Unser
39 Ziel ist, die Sichtbarkeit der Ostdeutschen in allen Bereichen zu erhöhen.

Antrag 1.3.: Kapitel 1.3. EUROPA STÄRKEN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 1

1 1.3. Europa stärken

2 Grenzenlos reisen, arbeiten, studieren oder leben. Die Europäische Union (EU) hat das
3 Leben von Millionen von Menschen geprägt, neue Möglichkeiten und Freiheiten eröffnet
4 und den unermesslichen Wert kultureller Vielfalt für unsere Gesellschaften für viele
5 erlebbar gemacht. Sie hat gezeigt, dass wir gemeinsam mehr erreichen können. Darauf
6 wird es in Zukunft ganz besonders ankommen.

7 In einem von globalem Wettbewerb geprägten Umfeld können wir unsere europäischen
8 Werte und Interessen nur behaupten, wenn Europa nach innen geeint und nach außen
9 handlungsfähig ist. Wir wollen die Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in Europa schützen
10 und die EU zur modernsten Demokratie der Welt machen. Wir wollen, dass Europa auch
11 beim Klimaschutz Vorreiter wird. Wir wollen ein digital souveränes Europa auf der
12 Basis einer wertebasierten digitalen Wirtschaft. Mit Investitionen in unsere
13 gemeinsame Wirtschafts- und Innovationskraft stärken wir Europa als den modernsten,
14 sozialsten, nachhaltigsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt und
15 sichern so die Grundlagen unseres Wohlstands. Damit schaffen wir die Voraussetzungen
16 für ein souveränes Europa, das für soziale Gerechtigkeit, Wohlstand und
17 Menschenrechte steht und sich geschlossen für eine gerechtere, friedlichere und
18 nachhaltigere Welt einsetzt.

19 Nur miteinander werden wir eine humanitäre und solidarische Flüchtlingspolitik
20 gewährleisten. Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind das Fundament
21 unserer Gemeinschaft. Wir werden es nicht zulassen, dass nationalistischer Hass und
22 populistische Hetze Europa spalten.

23 Wir meinen es ernst mit der europäischen Solidarität. Wir haben zu Beginn der
24 Pandemie schnell und kraftvoll gehandelt und den größten Wiederaufbaufonds der
25 Geschichte der Europäischen Union auf den Weg gebracht – eine Solidarleistung, die
26 die sozialen Folgen der Corona-Krise abmildert und die gleichzeitig den sozial-
27 ökologischen Wandel vorantreibt und Innovationen fördert. Europa bekommt dafür
28 weltweite Anerkennung. Auf dieser Basis wollen wir neues Vertrauen in Europa aufbauen
29 und eine wirtschaftliche und politische Spaltung der EU verhindern.

Antrag 1.4.: Kapitel 1.4. ZUSAMMENHALT WÄHLEN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 1

1 1.4. Zusammenhalt wählen

2 Wir haben vieles erreicht in der Regierungskoalition. Die Erfolge tragen eine
3 erkennbar sozialdemokratische Handschrift. Dazu zählen die Verlängerung und die
4 Erhöhung des Kurzarbeitergelds, der Corona-Kinderbonus und die Erhöhung des
5 Kinderzuschlags sowie mehr Geld für den Kita-Ausbau, die Ausgestaltung des Corona-
6 Konjunkturpakets mit den Schwerpunkten der wirtschaftlichen Stabilisierung, der
7 sozialen Sicherung und der ökologischen Transformation, dazu die deutliche
8 Einschränkung von Werkvertrags- und Leiharbeit in der Fleischindustrie. Wir haben die
9 Grundrente, die Mindestausbildungsvergütung, die Brückenteilzeit und die Abschaffung
10 des Soli-Zuschlags für niedrige und mittlere Einkommen durchgesetzt.

11 Bei der anstehenden Bundestagswahl geht es um Richtungsfragen. Es gibt die, die den
12 Sozialstaat abbauen und Sozialleistungen kürzen wollen. Ihnen setzen wir das Konzept
13 für einen Sozialstaat entgegen, der es allen ermöglicht, den Wandel zu meistern und
14 kommenden Krisen zu trotzen. Denen, die gegen die Krise ansparen wollen und alle
15 Lebensbereiche den Gesetzen des Marktes unterwerfen wollen, setzen wir zentrale
16 Zukunftsmissionen mit konkreten Investitionsschwerpunkten entgegen.

17 Für unser Streben nach mehr gegenseitigen Respekt in Deutschland, Europa und der Welt
18 werben wir mit diesem Programm.

ZUKUNFT
FÜR ALLE

BRAUCHT EIN

PROGRAMM

FÜR ALLE.

Antrag 2.0.: Kapitel 2.0. EINE LEBENSWERTE ZUKUNFT

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 2

1 II. Eine lebenswerte Zukunft

2 Wir sehen viel Gutes. Wir sehen auch vieles, das man besser machen kann. Wir sehen
3 aber auch Entwicklungen, die geändert oder gestoppt werden müssen, um eine gute
4 Zukunft möglich zu machen. Deshalb werden wir in der Welt von morgen unseren
5 Wohlstand sichern, erhalten und ausbauen und zugleich das Klima und die Umwelt
6 schützen. Wir werden ermöglichen, dass alle Bürger*innen sicher leben und sich
7 entfalten können.

8 Viele Bürger*innen haben den Eindruck, dass staatliches Handeln oft einem
9 Reparaturbetrieb gleicht. Mal wird da an einer Schraube gedreht, mal an einer
10 anderen. Dieses politische "Klein-Klein" überwinden wir. Für uns geht es um die
11 Bewältigung von Zukunftsaufgaben.

12 Daher benennen wir vier Zukunftsmissionen, die für uns eine zentrale Bedeutung haben.
13 Das gilt für den Kampf gegen den Klimawandel, für die Zukunft der Mobilität, für die
14 Digitalisierung und für das Gesundheitssystem. Wir werden diese vier
15 Zukunftsmissionen anpacken, um die Wirtschaft zu modernisieren, High-Tech in den
16 Schlüsselbranchen zu fördern, unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und die
17 Arbeitsplätze der Zukunft zu schaffen.

18 Die Umsetzung dieser Missionen braucht ein hohes Niveau öffentlicher Investitionen
19 und eine sozial-ökologisch ausgerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wir werden
20 diese Missionen im Zusammenwirken mit Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und
21 Zivilgesellschaft voranbringen und den klimafreundlichen Infrastrukturausbau auf
22 Grundlage eines neuen, gesamtgesellschaftlichen Infrastrukturkonsenses gestalten.
23 Darin zeigt sich unser Anspruch eines modernen und kooperativen Regierens.

Antrag 2.1.: Kapitel 2.1. ZUKUNFTSMISSION I. KLIMANEUTRALES DEUTSCHLAND

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 2

1 **2.1. Zukunftsmission I. Klimaneutrales Deutschland**

2 Unser Ziel: ein komplett klimaneutrales Deutschland – spätestens im Jahr 2050 und das
3 ohne Atomkraft. Aber: Jahreszahlen sind erst mal nur Symbole. Mit dem
4 Klimaschutzgesetz hat die SPD einen wirkungsvollen Kontrollmechanismus zur Erreichung
5 der Klimaziele durchgesetzt. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist bereits
6 beschlossene Sache. Spätestens 2038 ist bei uns auch Schluss mit der
7 Kohleverbrennung. Das sind historische Entscheidungen.

8 Leben, Arbeiten und Wirtschaften hat spätestens 2050 keine negativen Auswirkungen
9 mehr auf unser Klima. Die Energieversorgung Deutschlands basiert dann vollständig auf
10 erneuerbaren Energien, unsere Gebäude werden effizient mit erneuerbaren Energien
11 beheizt. Unsere Industrie ist auf den Weltmärkten weiterhin führend, gerade weil sie
12 CO₂-neutral produziert und Technologien exportiert, die die klimaneutrale Welt von
13 morgen braucht. So sichern wir die Arbeitsplätze für die Zukunft und erreichen
14 gleichzeitig unsere ökologischen Ziele.

15 Um in Deutschland bis spätestens 2050 treibhausgasneutral leben, arbeiten und
16 wirtschaften zu können, werden wir dafür sorgen, dass wir unseren Strom bis zum Jahr
17 2040 vollständig aus erneuerbaren Energien beziehen. Dafür müssen jetzt die richtigen
18 Entscheidungen getroffen werden: Beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der
19 Digitalisierung der Stromnetze, bei der Steigerung der Energieeffizienz, beim Aufbau
20 von Speichertechnologien und einer Wasserstoffproduktion sowie eines Transportnetzes,
21 bei Investitionen in klimafreundliche Produktionsprozesse in der Industrie, bei der
22 Modernisierung von Wohngebäuden, Fabriken und Schulen.

23 Erneuerbarer Strom wird in allen Sektoren eingesetzt. Dort, wo eine direkte
24 Elektrifizierung nicht sinnvoll ist, werden wir große Mengen Wasserstoff aus
25 erneuerbaren Energien benötigen. Wasserstoff stößt bei der Verbrennung keinerlei
26 Treibhausgase aus und ist gut speicherbar. Er ist reichlich vorhanden und lässt sich
27 durch die Aufspaltung von Wasser in Sauerstoff und Wasserstoff erzeugen. Ohne
28 sauberen Wasserstoff in großindustriell hergestelltem Maßstab ist Klimaneutralität
29 nicht zu erreichen.

30 Wir brauchen mehr Tempo beim Ausbau der Stromnetze, Wasserstoffleitungen und
31 Ladesäulen für Elektroautos. Der Ausbau dieser Infrastrukturen muss dem Bedarf
32 vorausgehen. Unsere Planungen für den Aufbau einer nachhaltigen Infrastruktur müssen

33 über das Jahr 2025 hinausreichen.

34 In einem Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern, Kommunen und kommunalen
35 Spitzenverbänden vereinbaren wir verbindliche Ausbauziele für die erneuerbaren
36 Energien. Damit die Energiewende vor Ort zur Win-Win-Situation für alle wird, laden
37 wir Bürger*innen und Gemeinden zum Mitmachen ein, indem wir Mieterstrom und
38 gemeinschaftliche Eigenversorgung stärken, kommunale Beteiligungsmodelle ausweiten
39 und nachhaltige Strom-Anleihen auflegen. Wir werden in der Umsetzung des
40 Kohleausstiegs sicherstellen, dass die Kohleregionen verlässlich dabei unterstützt
41 werden, neue Wertschöpfung und zukunftsfähige Arbeitsplätze aufzubauen.

42 Wir wollen dafür sorgen, dass alle dazu geeigneten Dächer von öffentlichen Gebäuden
43 und gewerblichen Neubauten eine Solaranlage bekommen. Unser Ziel ist eine Solaranlage
44 auf jedem Supermarkt, jeder Schule und jedem Rathaus. Wir werden innovative Formen
45 der erneuerbaren Stromerzeugung wie integrierte Photovoltaik in der Gebäudehülle und
46 auf landwirtschaftlichen Flächen gezielt fördern und neue strategische
47 Energiepartnerschaften aufbauen.

48 Mit dem Umstieg auf erneuerbare Energien müssen wir Energie zugleich effizienter
49 nutzen. Wir werden die Energieeffizienzziele und -standards weiterentwickeln.

50 Seit Anfang 2021 gilt im Zuge des nationalen Emissionshandels ein CO₂-Preis. In
51 Kombination mit anderen Maßnahmen wie dem Umweltbonus beim Kauf eines Elektroautos
52 oder Förderprogrammen zum Heizungstausch sorgt er dafür, dass klimafreundliche
53 Alternativen attraktiver werden. Um den Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehr und
54 der Gebäudewärme zu unterstützen („Sektorenkopplung“), werden wir die EEG-Umlage in
55 der bestehenden Form bis 2025 abschaffen und aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Dazu
56 dienen auch die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung.

57 Diese Maßnahme leistet auch einen Beitrag zur sozialen gerechten Finanzierung der
58 Energiewende, weil dadurch die Stromrechnung deutlich sinkt. Wir werden dafür sorgen,
59 dass Bürger*innen mit niedrigen Einkommen nicht ins Hintertreffen geraten. Wir werden
60 prüfen, ob mit dem Ansteigen des CO₂-Preises weitere Ausgleichsmaßnahmen – wie ein
61 Pro-Kopf-Bonus – möglich werden.

62 Auch der Gebäudesektor muss schrittweise CO₂-neutral werden. Mit dem CO₂-Preis wollen
63 wir vor allem Investitionen lenken und Vermieter*innen zur Modernisierung motivieren.
64 Gerade im Bestands-Mietwohnungsbau gibt es noch viel zu tun. Wir haben das Ziel, dass
65 bis 2030 fünf Millionen Häuser über innovative Heiz- und Energiesysteme (z.B.
66 Wärmepumpen) versorgt werden. Wir werden gesetzliche Regelungen schaffen, dass der
67 CO₂-Preis von den Vermieter*innen getragen wird. Dabei orientieren wir uns am Ziel
68 der Warmmieten-Neutralität. Zugleich werden wir Investitionen in Wärmenetze und
69 Quartierskonzepte staatlich fördern.

70 Wir werden mit einer langfristig angelegten Industriestrategie Planungssicherheit für
71 den sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft schaffen. Diese Industriestrategie
72 wird in Verbindung mit dem Green New Deal in eine gesamteuropäische Lösung
73 eingebettet sein.

74 Den Umstieg auf klimaschonende Produktionsprozesse werden wir durch direkte

75 Investitionsförderung staatlich unterstützen und die derzeitigen höheren Kosten von
76 klimaschonenden Technologien ausgleichen; klima- und umweltschädliche Subventionen
77 werden wir abbauen. Wir werden einen Markt für umweltfreundliche Ausgangsmaterialien
78 schaffen. Die öffentliche Hand als großer Bauherr von Straßen und Gebäuden wird bis
79 2030 schrittweise immer mehr und ab 2030 ausschließlich klimaneutrale
80 Grundmaterialien für Bauten beschaffen. Wir werden unsere Industrien sichern und die
81 Verlagerung von Produktion und Emissionen ins Ausland durch maßgeschneiderte
82 Instrumente unattraktiver machen. Außerdem werden wir dafür sorgen, dass für
83 Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, auch der Industriestrompreis
84 wettbewerbsfähig ist.

85 Mit Ressourcen werden wir nicht länger verschwenderisch umgehen. Wir werden unsere
86 Wirtschaft zur Kreislaufwirtschaft umbauen. Die Menge an Abfall, die wir in
87 Deutschland produzieren, muss deutlich weniger werden. Neben dem Recycling werden wir
88 ein Rohstoffsicherungskonzept erarbeiten, um eine sichere Lieferung der für die
89 umweltfreundliche Produktion nötigen Rohstoffe zu gewährleisten.

90 Wir werden Schlüsselindustrien auf ihrem Weg zur Klimaneutralität unterstützen und
91 konkrete Transformationsziele entwickeln und fördern. Wir werden Deutschland bis 2030
92 zum Leitmarkt für Wasserstofftechnologien machen – für die klimaneutrale Erzeugung
93 von Stahl, für CO₂-arme PKWs, LKWs und den Schiffs- und Flugverkehr.

Antrag 2.2.: Kapitel 2.2. ZUKUNFTSMISSION II. MODERNSTES MOBILITÄTSSYSTEM EUROPAS

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 2

1 **2.2. Zukunftsmission II. Modernstes Mobilitätssystem**

2 **Europas**

3 Alle Bürger*innen müssen schnell, zuverlässig und klimafreundlich von A nach B
4 gelangen können. Dafür denken wir Mobilität neu: Nachhaltig, bezahlbar, barrierefrei
5 und verlässlich. Und immer mehr Bürger*innen steigen auf Bus, Bahn oder das Rad um.
6 Dennoch bleibt das Auto für viele Menschen wichtig. Aber der Schadstoffausstoß wird
7 auf null reduziert sein. Unsere Mission ist eine klimafreundliche Mobilität für
8 alle.

9 Wir werden die Verkehrswende voranbringen und bis 2030 das modernste und
10 klimafreundlichste Mobilitätssystem Europas aufbauen. Das ist eine gesamtstaatliche
11 Aufgabe, zu der die Bundesregierung ihren Beitrag leisten wird, die aber auch Länder
12 und Kommunen in die Pflicht nimmt. Unser Ziel ist eine Mobilitätsgarantie: Jede*r
13 Bürger*in – in der Stadt und auf dem Land - soll einen wohnortnahen Anschluss an den
14 öffentlichen Verkehr haben. Dazu nutzen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung:
15 mit neuen Mobilitätsdienstleistungen, die vernetzte Mobilitätsangebote auf digitalen
16 Plattformen nutzbar machen. Modelle wie das 365-Euro-Ticket oder Modellprojekte für
17 einen ticketfreien Nahverkehr unterstützen wir.

18 Wir werden einen Mobilitätsplan 2030 auf den Weg bringen, der den öffentlichen
19 Personennahverkehr und den Schienenverkehr auf ein neues Niveau bringt. Der Bund wird
20 durch Austauschprogramme seinen Beitrag leisten, damit alle neuen Busse und Bahnen
21 bis 2030 in den Kommunen klimaneutral fahren und die vorhandenen Flotten modernisiert
22 sind. Förderprogramme und ein geändertes Straßenverkehrsrecht sollen Kommunen dabei
23 unterstützen, in Städten mehr Fläche für öffentlichen Verkehr, Fußgänger und
24 Radfahrer zu schaffen. Wir werden den Straßenverkehr im Sinne der Vision Zero
25 sicherer machen, insbesondere auch für die vielen Radfahrer*innen.

26 An Knotenpunkten werden wir die Einrichtung von barrierefreien Mobilitätsstationen
27 für nachhaltige urbane Mobilität fördern, damit möglichst viele vom Auto auf
28 umweltfreundliche Verkehrsmittel umsteigen. Wir werden eine nationale Leitstelle
29 Mobilität einrichten, die die Erarbeitung regionaler Mobilitätspläne unterstützt und
30 eine frühzeitige Beteiligung vor Ort sicherstellt.

31 Der Schienenverkehr ist ein Schwerpunkt unserer verkehrspolitischen Agenda.

32 Bahnfahren soll innereuropäisch günstiger und attraktiver als Fliegen sein. Wir
33 wollen rasch den Deutschlandtakt umsetzen und einen Europatakt aufbauen. Hierfür
34 werden wir investieren: in den Aus- und Neubau des Schienennetzes, in den Lärmschutz
35 und den Ausbau und die Attraktivitätssteigerung von Bahnhöfen. Wir haben das Ziel,
36 alle Großstädte wieder ans Fernverkehrsnetz anzuschließen und neue schnelle Zug- und
37 Nachtzugverbindungen in unsere Nachbarländer zu etablieren. Vor allem werden wir die
38 Attraktivität des Nahverkehrs verbessern, durch Investitionen in das Angebot und die
39 Qualität von Zügen und Bussen und durch die Reaktivierung alter Bahnstrecken. Wir
40 werden engere, verlässliche Taktungen, komfortablere Züge mit flächendeckendem W-LAN
41 und eine Reservierungsmöglichkeit für Sitzplätze ermöglichen.

42 Bis 2030 wollen wir mindestens 75 Prozent des Schienennetzes elektrifizieren, die
43 Schiene weiter digitalisieren und für nicht elektrifizierte Strecken verbindliche
44 Nutzungen wie den Einsatz von wasserstoffbetriebenen Zügen unterstützen. Die Deutsche
45 Bahn AG ist für uns ein Garant verlässlicher Mobilität. Wir werden sie als
46 integrierten Konzern in öffentlichem Eigentum erhalten. Mit der Verpflichtung zur
47 Tariftreue, zum Personalübergang für alle Beschäftigten bei Betreiberwechsel und der
48 Gewährleistung guter Arbeitsbedingungen im Vergaberecht werden wir
49 Wettbewerbsverzerrungen durch Billiganbieter verhindern.

50 Wir wollen, dass sich die Deutsche Bahn AG auf ihr Kerngeschäft des Transports von
51 Personen und Gütern auf der Schiene konzentriert und auf gemeinwohlorientierte Ziele
52 ausrichtet. Den Schienengüterverkehr wollen wir ausbauen und modernisieren. Wir
53 werden in die Erneuerung und Digitalisierung von Loks und Waggons investieren. Wir
54 werden die Kostennachteile der Schiene gegenüber der Straße parallel zum
55 Kapazitätsaufbau im Schienengüterverkehr verringern. Die Potenziale unserer
56 Wasserstraßen werden wir stärker nutzen, um mehr Güterverkehr von LKW auf die
57 umweltfreundliche Binnenschifffahrt zu verlagern.

58 Die Zukunft gehört den elektrischen Antrieben. Wir wollen diese Entwicklung aktiv
59 gestalten, damit die Automobilindustrie Leitindustrie bleibt und die Zukunft der
60 vielen kleinen und mittelständischen Zulieferer mit ihren Arbeitsplätzen gesichert
61 ist. Wir wollen die Elektrifizierung des Verkehrs massiv voranbringen. 2030 sollen
62 mindestens 15 Millionen PKW in Deutschland voll elektrisch fahren.

63 Wir werden Deutschland zu einem Zentrum der Batteriezellenfertigung und des
64 Recyclings gebrauchter Batterien machen. Im Schwerlastverkehr wird auch die
65 Wasserstoff-Brennstoffzelle eine wichtige Rolle spielen. Die weitere Forschung hierzu
66 werden wir unterstützen. Wir unterstützen die Automobil-Zulieferindustrie bei der
67 Umstellung ihrer Produktionsprozesse und der Erschließung neuer Geschäftsfelder.
68 Gemeinsam mit Sozialpartnern und lokalen Akteuren werden wir regionale
69 Transformationscluster aufbauen, um neue, qualifizierte und gut bezahlte
70 Beschäftigung in den Regionen zu schaffen.

71 Wir machen das Stromtanken so einfach wie bisher das Tanken von Benzin und Diesel.
72 Den Fortschritt beim Ausbau der Ladesäulen für Elektroautos wollen wir
73 vierteljährlich evaluieren und wo nötig mit Versorgungsaufgaben und staatlichem
74 Ausbau die notwendige verlässliche Erreichbarkeit von Ladepunkten herstellen.

75 Wir werden ein Tempolimit von 130 km/h auf Bundesautobahnen einführen. Das schützt
76 die Umwelt und senkt die Unfallzahlen deutlich. Zusätzlich werden wir Forschung,
77 Entwicklung und Pilotprojekte vorantreiben, damit Schiffe, Flugzeuge und Laster kein
78 klimaschädliches CO₂ mehr ausstoßen. Wir verbinden das mit Projekten zum Aufbau einer
79 umweltfreundlichen Wasserstoffwirtschaft.

Antrag 2.3.: Kapitel 2.3. ZUKUNFTSMISSION III. DIGITALE SOUVERÄNITÄT IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 2

1 **2.3. Zukunftsmission III. Digitale Souveränität in** 2 **Deutschland und Europa**

3 Deutschland soll 2030 über eine digitale Infrastruktur auf Weltniveau verfügen, über
4 eine vollständig und durchgängig digitalisierte Verwaltung und ein Bildungssystem, in
5 dem für das Leben in einer digitalen Welt gelernt werden kann. Die Selbstbestimmung
6 der Bürger*innen ist unser Leitbild, damit die Digitalisierung allen zugutekommen
7 kann.

8 Ein schneller, sicherer und bezahlbarer Internetzugang ist im 21. Jahrhundert
9 unverzichtbar. In den 2020er Jahren muss Deutschland zur "Gigabit-Gesellschaft"
10 werden. Gerade mittelständische Unternehmen im ländlichen Raum, die oft global
11 agieren, sind auf schnelles Internet angewiesen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Um
12 dieses Versprechen einzuhalten, werden wir die Versorgung aller Haushalte und
13 Unternehmen mit einer Bandbreite von mindestens einem Gigabit pro Sekunde garantieren
14 – durch konkrete, gesetzlich festgelegte Ausbau- und Versorgungsverpflichtungen und
15 entsprechende Zwischenziele. Hier stehen auch die Netzbetreiber in der
16 Verantwortung.

17 Unser Ziel ist ein moderner, bürgernaher Staat, der allen Bürger*innen einen
18 einfachen, digitalen Zugang zu seinen Dienstleistungen bietet. Wir werden daher die
19 Verpflichtung von Bund, Ländern und Kommunen zur Bereitstellung digitaler
20 Verwaltungsdienstleistungen ausbauen, damit alle Verwaltungsleistungen möglichst
21 schnell auch digital verfügbar sind. Jede* Bürger*in soll ohne Zusatzkosten und
22 Extrageräte die Möglichkeit haben, diese Leistungen freiwillig und datenschutzkonform
23 mit einer digitalen Identität zu nutzen. Wer Anspruch auf eine Leistung hat, muss sie
24 automatisch ohne einen gesonderten Antrag bekommen. Öffentlich finanzierte Software
25 sollte wo möglich als Open-Source transparent entwickelt und öffentlich zugänglich
26 gemacht werden.

27 Wir verfolgen das Ziel, dass alle Schulen in Deutschland erstklassig ausgestattet
28 sind. Jede*r Schüler*in muss ein digitales Endgerät und Zugang zum Internet zur
29 Verfügung stehen. Mit dem DigitalPakt Schule und dem Konjunkturpaket haben Bund und
30 Länder bereits einen großen Schritt zu einer digitalen Lehrmittelfreiheit getan. Wir
31 werden hier weiter investieren und ein Modernisierungsprogramm des Bundes aufsetzen,
32 das sowohl den Sanierungsbedarf der Schulgebäude als auch die digitale Ausstattung

33 umfasst. Einen besonderen Schwerpunkt werden wir auf die Ganztagschule legen.
34 Neben der Infrastruktur brauchen wir auch eine bessere Koordinierung des Unterrichts
35 selbst. Wir brauchen Lehr- und Lernmaterialien für inklusive, ganzheitliche Bildung:
36 Auf einer Open-Source-Plattform, die bereits durch den Digitalpakt beauftragt und
37 finanziert ist, sollen künftig länderübergreifend Lehr- und Lernmaterialien und
38 Unterrichtskonzepte für alle zugänglich sein: offen, dezentral, sicher und vernetzt.
39 Die Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen ist dabei ein
40 zentrales Ziel.

41 Notwendig ist darüber hinaus ein System, das die Qualität der eingestellten Medien
42 auf solchen offenen Plattformen prüft und sichert. Wir werden die Entwicklung
43 datenschutzkonformer intelligenter Lehr- und Lernsoftware unterstützen. Unser Ziel
44 ist es, die Lehr- und Lernprozesse zu individualisieren, Schüler*innen bestmöglich zu
45 fördern, Lehrkräfte fortzubilden und zu entlasten und die Binnendifferenzierung im
46 (digitalen) Unterricht zu verbessern. Die Fortbildung von Lehrkräften ist ein
47 Schlüssel zur digitalen Schule. Wir werden deshalb bundesweit vernetzte
48 Kompetenzzentren für digitales Lehren und Lernen aufbauen und unterstützen.

49 Digitales Lernen ist für uns auch Persönlichkeitsbildung und die Förderung sozialer
50 Kompetenzen. Deshalb werden wir den pädagogischen, stärkenorientierten Ansatz der
51 Kinder- und Jugendhilfe ebenso einbeziehen, wie auch die frühkindliche Bildung und
52 einen Digitalpakt auch für die Kinder- und Jugendhilfe auflegen.

53 Die Digitalisierung darf die Gesellschaft nicht spalten. Der Zugang zum Netz muss
54 bezahlbar sein. Für Bürger*innen mit geringem Einkommen, für Schüler*innen und
55 Studierende werden wir darum einen Sozialtarif für den Netzzugang schaffen. Zur
56 digitalen Teilhabe gehört die Barrierefreiheit. Alle Bürger*innen sollen zur
57 digitalen Selbstbestimmung befähigt werden. Wir brauchen ein Recht auf digitale
58 Bildung und Weiterbildung für alle Generationen. Gerade die Volkshochschulen sind
59 ideale Orte, um digitale Bildung für alle Bürger*innen zu ermöglichen -
60 kostengünstig, barrierefrei, inklusiv. Wir werden die Volkshochschulen mit einem
61 Förderprogramm des Bundes in ihrer Entwicklung unterstützen.

62 Wir begrüßen die Überlegungen zu einer europäischen Medienplattform, die die
63 Qualitätsinhalte der öffentlich-rechtlichen Medien Europas für alle Bürger*innen
64 grenzüberschreitend zugänglich macht. Diese Plattform soll in der Folge auch
65 Partnerschaften mit Museen und anderen Kultureinrichtungen zugänglich sein. Ebenfalls
66 begrüßen wir die verstärkte Veröffentlichung von Inhalten unter offenen und freien
67 Lizenzen, um die Nutzung der Inhalte zum Beispiel im Rahmen freier Wissensprojekte
68 (Wikipedia) oder auch im Schulunterricht leichter möglich zu machen.

69 Wir stehen für digitale Souveränität von Bürger*innen und Verbraucher*innen ein. Wo
70 globale Plattformkonzerne zu Monopolisten werden, bedrohen sie digitale Vielfalt und
71 neigen dazu, nationalstaatliche Regeln zu umgehen. Wir werden deshalb gemeinsam mit
72 den EU-Mitgliedsstaaten eine starke und präzise Regulierung schaffen, den Wettbewerb
73 sichern und alternative Angebote fördern. Es braucht mehr Angebote mit hoher
74 Datensouveränität.

75 Es muss Alternativen zu den großen Plattformen geben – mit echten Chancen für lokale

76 Anbieter. Nutzerdaten müssen geschützt sein und die Nutzer*innen müssen darüber
77 bestimmen können, was mit ihren Daten geschieht.

78 Zu viel Marktmacht einzelner schadet dem Wettbewerb und damit letztlich den
79 Verbraucher*innen. Wir wollen Entwicklungen am Markt voraus sein und ein präventives
80 und proaktives Wettbewerbs- und Kartellrecht schaffen. In das Kartellrecht werden wir
81 verstärkt vorbeugende Kontrollen integrieren. Zudem werden wir weitere neue
82 europäische Instrumente entwickeln, um die übermächtigen Plattformen zu zähmen oder
83 notfalls zu entflechten.

84 Es muss möglich sein, zwischen verschiedenen Messenger-Diensten, sozialen Netzwerken
85 und digitalen Diensten und Plattformen zu kommunizieren oder zu wechseln. Diese
86 Interoperabilität werden wir gesetzlich vorschreiben.

87 Wir brauchen in Europa eine selbstbestimmte Entwicklung und Herstellung der
88 notwendigen Komponenten und Bauteile, damit nicht ausschließlich US- und chinesische
89 Hersteller über den Erfolg und die Netzwerksicherheit digitaler Infrastrukturen in
90 Europa entscheiden. Dafür wollen wir einen gemeinsamen Kraftakt in Europa, der eine
91 gemeinsame europäische Entwicklung und Produktion solcher Komponenten strategisch und
92 langfristig aufbaut.

93 Wir setzen uns für eine gezielte und koordinierte Unterstützung der deutschen und
94 europäischen Digitalwirtschaft auf allen Technologie-Ebenen und entlang der gesamten
95 Wertschöpfungsketten ein: von der Halbleiter-Fertigung und der Quantentechnologie
96 über die Cloud und Künstliche Intelligenz und Edge-Computing bis zur Cyber-
97 Sicherheit, sicherer und vertrauenswürdiger Hard- und Software sowie Netzwerktechnik
98 und datenbasierten Geschäftsmodellen.

99 Große Bedeutung für europäische Unternehmen kommt hierbei Open Source-basierten
100 Modellen zu. Wir setzen uns ein für eine europäische Cloud-Infrastruktur.

101 Daten sollen für gemeinwohlorientierte digitale Dienstleistungen und Innovationen
102 nutzbar gemacht werden und nicht nur wenigen großen Daten-Monopolisten zur Verfügung
103 stehen. Wir werden ein Datengesetz schaffen, das das Gemeinwohl in den Mittelpunkt
104 rückt. Dafür werden wir eine vertrauenswürdige Daten-Teilen-Infrastruktur fördern,
105 öffentliche Datentreuhänder einrichten und gleichzeitig dafür sorgen, dass die großen
106 Konzerne ihre Daten für gemeinwohlorientierte Ziele teilen müssen. Wo die öffentliche
107 Hand Aufträge vergibt, muss sie darauf bestehen können, dass die Daten, die im Rahmen
108 des Auftrages erhoben werden, wieder an sie zurückfließen. Wir fördern die
109 Entwicklung von Anonymisierungstechniken und setzen uns für strafbewehrte Verbote von
110 De-Anonymisierung ein. Der Staat muss beim Datenteilen mit gutem Beispiel vorangehen
111 und einen breiten Datenzugang im Sinne von Open-Data ermöglichen. Wir werden die
112 Behörden dabei unterstützen, das umzusetzen.

113 Online-Handel und Plattformökonomie verändern den Handel dramatisch. Damit nicht nur
114 die großen Digitalkonzerne profitieren werden wir Plattformen für den regionalen
115 Handel und regionale Dienstleistungen fördern. Der Handel vor Ort darf steuerlich
116 nicht gegenüber dem Onlinehandel in Hintertreffen geraten. Darum haben wir dafür
117 gesorgt, dass digitale Handelsplattformen dafür in Haftung genommen werden, wenn

118 Händler*innen, die über die Plattform Geschäfte abwickeln, die Umsatzsteuer nicht
119 zahlen. Wir werden weiterhin konsequent gegen Steuerbetrug im Onlinehandel vorgehen.

120 Jeden Tag bekommen wir Dinge von Algorithmen vorgeschlagen: Neue Songs, Turnschuhe
121 oder Routen von A nach B. Selbstlernende Systeme und Algorithmen treffen
122 Entscheidungen für eine Vielzahl von Menschen. Sie können unser Leben und unseren
123 Alltag erleichtern. Aber sie müssen transparent und diskriminierungsfrei angelegt
124 werden. Die Zielsetzung einer algorithmischen Entscheidung muss klar und überprüfbar
125 definiert sein. Hierfür brauchen wir eine stringente Regulierung und Aufsicht.

126 Cybersicherheit ist die Grundlage für eine erfolgreiche Digitalisierung. Das
127 Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik als zentrale, unabhängige und
128 ausschließlich präventiv ausgerichtete Cybersicherheitsbehörde werden wir stärken und
129 die Verschlüsselungsforschung ausbauen. Wir wollen Hersteller darauf verpflichten,
130 Softwareprodukte, digitale Dienste und technische Geräte so zu konzipieren, dass sie
131 sicher sind (Security by Design) und dass sie bei den Standardeinstellungen die
132 sicherste Variante wählen (Security by Default).

133 Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung werden wir schützen. Die
134 Datenschutzgrundverordnung ist ein wichtiger Meilenstein und muss in ihrer
135 Durchsetzung praxisnah verbessert werden. Wir brauchen daher gut ausgestattete,
136 effektiv arbeitende Datenschutzaufsichtsbehörden. Privatheit und Datenschutz schaffen
137 Vertrauen und sichern individuelle und kollektive Freiheitsräume. Das
138 Bundesverfassungsgericht hat geurteilt, dass „die Freiheitswahrnehmung der Bürger“
139 durch die Summe der staatlichen Überwachungsmaßnahmen „nicht total erfasst und
140 registriert werden“ darf. Wir werden ein dauerhaftes, regelmäßiges und unabhängiges
141 Monitoring der Gesetze im Sicherheitsbereich schaffen.

142 Die anonyme und pseudonyme Nutzung des Netzes schützt viele Journalist*innen und
143 Freiheitskämpfer*innen in aller Welt vor Verfolgung und Bedrohung. Wir sind gegen
144 eine Klarnamenpflicht im Netz und setzen uns weiterhin für die Möglichkeit einer
145 anonymen und pseudonymen Nutzung ein. Das ist eine wichtige Voraussetzung für eine
146 freie Meinungsäußerung und der beste Schutz vor Diskriminierungen.

147 Für den Schutz unserer Demokratie und die Sicherheit Einzelner benötigen wir auch im
148 Netz ein konsequentes Vorgehen gegen Hasskriminalität, Betrug und andere Straftaten.
149 Zur Verfolgung von aus dem oder im Internet begangenen Straftaten braucht es
150 technisch und personell hinreichend ausgestattete Strafverfolgungsbehörden. Bei
151 hinreichenden tatsächlichen Anhaltspunkten auf eine Straftat müssen Verdächtige
152 identifiziert werden können. Wir werden die nationalen Schutzvorschriften im
153 Strafgesetzbuch und Netzwerkdurchsetzungsgesetz weiterentwickeln und setzen uns für
154 verbindliche Regelungen auf europäischer Ebene (Digital Service Act) ein.

155 Es braucht aber neben den rechtlichen Vorgaben auch ziviles Engagement, um dem
156 Respekt zwischen den Bürger*innen in der digitalen Kommunikation wieder mehr Geltung
157 zu verschaffen. Organisationen, die gegen Hass und Hetze im Netz aktiv sind, sichern
158 wir unsere Unterstützung zu.

Antrag 2.4.: Kapitel 2.4. ZUKUNFTSMISSION IV. UPDATE FÜR DIE GESUNDHEIT

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 2

1 **2.4. Zukunftsmission IV. Update für die Gesundheit**

2 Der Gesundheitssektor braucht wieder mehr politische Aufmerksamkeit und Reformen. Wir
3 brauchen ein klares Leitbild für die nächsten Jahrzehnte.

4 Deutschland galt für Jahrzehnte als „Apotheke der Welt“. Die klügsten Forscher*innen
5 fanden sich in deutschen Instituten, dort sammelten sie Nobelpreise, die unumstritten
6 weltbeste Medizinindustrie wurde hierzulande aufgebaut. Deutschland versorgte Kranke
7 in aller Welt mit allen denkbaren Heilmitteln, von Aspirin bis zum Impfstoff gegen
8 Tuberkulose. Durch die Corona-Krise wurde deutlich, dass die Abwanderung der
9 Arzneimittelproduktion ins Ausland und die damit zunehmende Abhängigkeit zu
10 Lieferengpässen oder gar Versorgungsempässen führen kann.

11 Deutschland muss wieder seine Innovationskraft einsetzen, um Krankheiten zu
12 bekämpfen. Dass die gezielte Förderung von Innovationen und neuen Methoden
13 erfolgreich sein kann, hat aktuell das Beispiel BioNtech gezeigt. Es zeigt auch, dass
14 die Gesundheitswirtschaft kein reiner Markt ist und eine aktive Rolle des Staates
15 Leben retten kann. Wir sehen es als unserer Pflicht dafür zu sorgen, dass die
16 Medikamente, die hier entwickelt werden, in ärmeren Ländern nicht überteuert und
17 knapp sind.

18 Eines unserer Ziele ist die Standardisierung der Entwicklungsmethoden der
19 personalisierten Medizin, so dass sie zu erschwinglichen Preisen für alle zugänglich
20 wird. Maßgefertigten Produkte statt Präparate “von der Stange” sind Anfang einer
21 neuen Gesundheitswirtschaft und eine neue Zeit der adaptiven Zulassung von
22 Medikamenten. Personalisierte Medizin bewirkt eine Veränderung im Verhältnis von
23 Behandlung und Diagnostik. In der Zukunft wird es mehr Produkte geben, bei denen ein
24 diagnostischer Test mit einem Medikament als Einheit angeboten wird. Diese Leistungen
25 müssen allen Bürger*innen zur Verfügung stehen - auch bei Medikamenten brauchen wir
26 einen Sicherstellungsauftrag.

27 Frauen, Männer und Kinder haben besondere gesundheitliche Bedürfnisse, die bei ihrer
28 Gesundheitsversorgung und der Prävention berücksichtigt werden müssen. Doch in der
29 medizinischen Forschung wird zumeist mit Daten von männlichen erwachsenen Probanden
30 geforscht – das werden wir ändern.

31 Eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung kann am besten durch eine
32 Neuordnung der Rollenverteilung zwischen ambulantem und stationärem Sektor und durch

33 eine Überwindung der Sektorengrenzen gelingen. Wir brauchen darum eine stärkere
34 Öffnung von Krankenhäusern für die ambulante und für teambasierte Formen der
35 Versorgung. Dienstleistungen können dann von niedergelassenen Teams und
36 Krankenhäusern gemeinsam erbracht werden.

37 Die Corona-Krise hat gezeigt: Der öffentliche Gesundheitsdienst braucht bessere
38 Rahmenbedingungen, eine bessere Ausstattung, auch mit Blick auf die digitale
39 Infrastruktur – Hardware ebenso wie Software, und eine konkurrenzfähige Vergütung.

40 Wir wollen die Potenziale der Digitalisierung für die Verbesserung von Diagnosen und
41 für die flächendeckende gesundheitliche Versorgung entschlossener nutzen. Auch im
42 Gesundheitssektor werden Daten immer wichtiger. Die Digitalisierung kann die
43 Versorgungsqualität und die Effizienz verbessern und Fachkräfte von Aufgaben
44 entlasten.

45 Wir wollen Datenschutz gewährleisten und geeignete Rahmenbedingungen, damit nicht die
46 großen Plattformen auch die Gesundheitswirtschaft dominieren. Für uns ist aber klar,
47 dass die Digitalisierung unser hervorragendes und engagiertes medizinisches Personal
48 nicht ersetzen wird. Hinter guter medizinischer Versorgung und Pflege stehen immer
49 Menschen. Damit vom Pfleger bis zur niedergelassenen Ärztin alle die digitale
50 Transformation bewältigen können, sind flächendeckende Weiterbildungs- und
51 Unterstützungsangebote unerlässlich.

52 Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem braucht eine stabile und solidarische
53 Finanzierung. Steuerzuschüsse und Investitionsmittel sollten mit klaren Zielvorgaben
54 für die Reform des Systems verbunden werden. Wir werden eine Bürgerversicherung
55 einführen. Das bedeutet: Gleich guter Zugang zur medizinischen Versorgung für alle,
56 eine solidarische Finanzierung und hohe Qualität der Leistungen. Gesundheit ist keine
57 Ware, deshalb müssen in unserem Gesundheitssystem die Bürger*innen im Mittelpunkt
58 stehen. Der Staat muss deshalb sicherstellen, dass die Leistungen der
59 Gesundheitsversorgung den Bedürfnissen derer entsprechen, die sie benötigen. Gute
60 Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne in der Pflege sind dafür eine wichtige
61 Grundlage.

62 Professionelle Pflege ist ein höchst anspruchsvoller Beruf. Gute Arbeitsbedingungen
63 und vernünftige Löhne sind dafür eine wichtige Grundlage. Maßnahmen zur Überwindung
64 des Personalmangels dürfen nicht dazu führen, dass die Stellen in der Pflege
65 abgewertet werden. Wir wollen die Renditeorientierung im Gesundheitswesen begrenzen,
66 denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die
67 Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Gewinne, die aus Mitteln der
68 Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, müssen zumindest mehrheitlich wieder in
69 das Gesundheitssystem zurückfließen. Das System der Fallpauschalen werden wir auf den
70 Prüfstand stellen, die Pauschalen überarbeiten und wo nötig abschaffen. Bei der
71 Stärkung des Gemeinwohls spielen öffentliche Krankenhäuser eine zentrale Rolle.

72 Den individuellen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen werden Fallpauschalen
73 nicht gerecht. Sie führen dazu, dass Kinderkliniken außerhalb der Ballungsräume nicht
74 rechnen und geschlossen werden. Deshalb werden wir die Finanzierung der Kinder- und
75 Jugendmedizin neu strukturieren.

- 76 Insgesamt werden wir für eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung der Kliniken und den
- 77 Erhalt der Versorgung inklusive den Ausbau der integrierten Versorgungszentren in den
- 78 ländlichen Regionen sorgen.

Antrag 2.5.: Kapitel 2.5. WIE WIR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE WIRTSCHAFT FÖRDERN WOLLEN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 2

1 **2.5. Wie wir eine zukunftsfähige Wirtschaft fördern** 2 **wollen**

3 Viele bahnbrechende Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte hätte es ohne eine
4 aktive und vorausschauend handelnde Politik nicht gegeben. Die Politik muss die
5 langen Linien und die Richtung beschreiben und sich als Innovationstreiber verstehen.
6 Sie muss die für die Wettbewerbsfähigkeit und die nachhaltige Beschäftigung
7 wesentlichen Ziele formulieren, auf die sich die Kräfte konzentrieren sollen. Wir
8 brauchen den Staat als strategischen Investor, als Ordnungs- und Gestaltungskraft zur
9 Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit. Staat und Verwaltung müssen zum
10 Innovationstreiber werden und ihre Nachfragemacht einsetzen.

11 Die Investitionen der öffentlichen Hand in wichtige Zukunftsfelder haben eine
12 zentrale Bedeutung. Wir werden das, in dieser Legislaturperiode von uns
13 durchgesetzte, hohe Investitionsniveau des Bundes mit mindestens 50 Milliarden Euro
14 pro Jahr, weiter fortsetzen und zudem dazu beitragen, dass sich alle staatlichen
15 Ebenen mit großer Investitionskraft beteiligen. Ein zentraler Akteur beim
16 Investitionsgeschehen sind die Kommunen – ihre Investitionskraft müssen wir erhalten
17 und stärken. Dazu brauchen wir flächendeckend starke und handlungsfähige Kommunen. Im
18 Zuge der Corona-Pandemie haben wir bereits weitere Schritte getan, um Kommunen von
19 Sozialausgaben zu entlasten. Ein nötiger Schritt ist, den besonders hoch
20 verschuldeten Kommunen einmalig hohe Altschulden abzunehmen. Zudem werden wir das
21 Problem der Altschulden vor allem ostdeutscher Wohnungsbaugesellschaften lösen.

22 In Deutschland werden gegenwärtig jährlich über 300 Milliarden Euro im Rahmen der
23 öffentlichen Auftragsvergabe umgesetzt. Gerade die öffentliche Hand muss als große
24 Abnehmerin von Produkten und Dienstleistungen Verantwortung übernehmen. Wir werden
25 die öffentliche Beschaffung so ausrichten, dass sie Innovationsimpulse setzt und den
26 Zielen des sozial-ökologischen Wandels dient. Hierfür sollten die Vergabekriterien
27 stärker auf Innovation, Tarifbindung, Geschlechtergerechtigkeit und klimafreundliche
28 Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

29 Produktentwicklungen müssen sich auf den Staat als Nachfrager verlassen können.

30 Wir müssen besser darin werden, aus Ideen auch Produkte und Dienstleistungen zu
31 machen und Start-ups zu fördern. Wir werden dabei die Erkenntnisse aus der Forschung
32 schneller und breiter in Innovationen und Investitionen übersetzen.

33 Eine wichtige Rolle nimmt dabei die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein, die
34 Mittel am Kapitalmarkt aufnimmt und diese zusammen mit den Förderbanken der Länder in
35 strategisch wichtige Zukunftsbranchen lenkt, die den sozial-ökologischen Umbau der
36 Wirtschaft unterstützt und auch Start-ups fördert. Wir werden sie zu einer modernen
37 Innovations- und Investitionsagentur weiterentwickeln.

38 Wir stehen an der Seite der vielen Unternehmen, die ihre soziale, gesellschaftliche
39 und ökologische Verantwortung ernst nehmen. Das Handwerk ist der entscheidende
40 Partner damit die Klimawende vor Ort gelingt. Wir werden das Handwerk fördern, indem
41 wir Gebühren für Techniker*innen- und Meister*innenkurse abschaffen und uns für die
42 Tarifbindung im Handwerk einsetzen. Wir unterstützen das Handwerk in dem Bemühen, mit
43 neuen Ausbildungskonzepten dem Fachkräftemangel zu begegnen und berufliche Ausbildung
44 praxisnah mit Schule und Hochschule zu verknüpfen. Wir fördern und erkennen die Rolle
45 des Handwerks bei der Ausbildung und Integration junger Menschen aus allen Teilen der
46 Welt an.

47 Start-up-Unternehmen sind wichtige Wachstumsmotoren für die Wirtschaft. Wir wollen
48 Deutschland zu einem führenden Start-up-Standort Europas machen, und so hochwertige
49 Arbeitsplätze in den Regionen schaffen. Um mehr Unternehmensgründungen anzuregen und
50 mittelständischen Unternehmen eine sinnvolle Nachfolgeplanung zu ermöglichen, setzen
51 wir auf drei Kernpunkte: Organisatorische Unterstützung wie One-Stop-Agenturen für
52 Gründer*innen, erleichteter Zugang zu Kapital durch Projektförderung sowie
53 öffentliche Fonds für Wagniskapital und eine "Kultur der zweiten Chance", auch im
54 Insolvenzrecht. Existenzgründungen von Frauen und in der Fläche werden wir mit
55 eigenen Programmen gezielt fördern.

56 Wir wollen Unternehmen unterstützen, für die der Sinn ihrer wirtschaftlichen
57 Aktivität und der langfristige Bestand ihres Unternehmens wichtiger sind als der
58 kurzfristige Gewinn. Dazu werden wir eine nationale Strategie für die Förderung
59 gemeinwohlorientierter Unternehmen und sozialer Innovationen entwickeln. Die
60 rechtlichen Rahmenbedingungen für gemeinwohlorientiertes Wirtschaften, wie zum
61 Beispiel für Genossenschaften, Sozialunternehmen, Integrationsunternehmen und
62 Unternehmen in Verantwortungseigentum, werden wir verbessern. Für die Förderung einer
63 sozialökologischen und digitalen Transformation unserer Wirtschaft gibt es bereits
64 dezentrale Strukturen – wir wollen sie zu Transformationszentren als Werkstätten des
65 Wandels bündeln und weiterentwickeln, die sich sowohl an etablierte Unternehmen als
66 auch an Sozialunternehmen und nicht-exit-orientierte Start-ups sowie an Beschäftigte,
67 Gewerkschaften und Zivilgesellschaft richten.

68 Solidarität werden wir weiterhin den Wirtschaftsbereichen zukommen lassen, die in der
69 Corona-Pandemie zugunsten der Gesundheit aller besondere Einbußen hinnehmen mussten.
70 Das gilt für die Kulturwirtschaft, ebenso für die Tourismuswirtschaft, inklusive des
71 Hotel- und Gaststättenwesens, die nach der Pandemie andere sein werden als zuvor.
72 Viel stärker als bisher wird sich der Fokus auf den inländischen Tourismus richten.
73 Darin steckt eine Chance, diesen zentralen Wirtschaftszweig nachhaltig, klimabewusst
74 und modern auszurichten.

Antrag 2.6.: Kapitel 2.6. WIE WIR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG INNOVATIV UND ZUKUNFTSFÄHIG HALTEN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 2

1 **2.6. Wie wir Wissenschaft und Forschung innovativ und** 2 **zukunftsfähig halten**

3 Um auch in Zukunft innovativ zu bleiben, werden wir die Stärken des deutschen
4 Wissenschaftssystems in seiner ganzen Breite und Vielfalt und seiner internationalen
5 Ausrichtung erhalten und weiterentwickeln. Dazu fördern wir Zukunftstechnologien wie
6 zum Beispiel Quantentechnik, Künstliche Intelligenz, Alternativverfahren zu
7 Tierversuchen und Wasserstoff an vielen Orten im Land.

8 Wir werden die Universitäten und Hochschulen dabei unterstützen, die Digitalisierung
9 voranzutreiben, Innovationen in guter Lehre fördern und zugleich ihre
10 forschungspolitische Bedeutung, die weit in die jeweiligen Regionen ausstrahlt,
11 stärken. Die Exzellenzstrategie entwickeln wir weiter und ergänzen sie um die
12 Unterstützung regionaler Kooperationen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen.
13 Das wird auch dazu beitragen, dass die ausgezeichnete Forschungslandschaft, die die
14 ostdeutschen Länder in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaut haben, ihr
15 Exzellenzpotential weiter entfalten kann, insbesondere in Bezug auf die Erforschung
16 innovativer Technologien.

17 Die Gleichstellung von Frauen wollen wir weiter stärken und durch eine Reform des
18 Wissenschaftsarbeitszeitvertragsgesetzes für gute Arbeit in der Wissenschaft sorgen.

19 Wir haben den Zielwert gesamtstaatlicher, also öffentlicher und privater Ausgaben für
20 Forschung und Entwicklung, von drei Prozent des BIP bereits in den letzten Jahren
21 übertroffen und wollen ihn weiter auf mindestens 3,5 Prozent steigern. Wir werden
22 dazu die Innovationsförderung aufstocken, die Forschung in die mittelständische
23 Praxis mit Partnerschafts- und Kooperationsförderungen vorantreiben und die Förder-
24 und Kreditprogramme für den Mittelstand im Bereich Umwelt-, Klima- und
25 Ressourcenschutz ausbauen. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) werden einen
26 niederschweligen Zugang zu Fördermitteln erhalten.

27 Eine besondere Bedeutung kommt dem Austausch von wissenschaftlichen Erkenntnissen mit
28 der Gesellschaft zu. Wir werden deshalb mehr Fördergelder für Open Science und
29 Wissenschaftskommunikation bereithalten.

30 Damit Europa im internationalen technologischen Wettbewerb bestehen und seine

31 Souveränität behaupten kann, werden wir in der Europäischen Union gemeinsam weiter
32 geschlossen vorangehen. Wir setzen uns für ein neu geordnetes Wettbewerbs- und
33 Beihilferecht ein, dass Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen großen
34 Wirtschaftsräumen verringert. Die sozial-ökologische Transformation erfordert
35 umfangreiche Investitionen in den klimaneutralen Umbau industrieller
36 Wertschöpfungsketten. Das Beihilferecht muss es dem Staat ermöglichen, den nötigen
37 Kapitaleinsatz in den Unternehmen mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen und auf
38 diese Weise Arbeitsplätze zu erhalten.

Antrag 2.7.: Kapitel 2.7. WIE WIR UNSERE POLITIK FINANZIEREN WOLLEN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 2

1 **2.7. Wie wir unsere Politik finanzieren wollen**

2 Die Corona-Pandemie hat gravierende Auswirkungen. Auch auf die öffentlichen
3 Haushalte. Während die Steuereinnahmen zurückgehen, sind die staatlichen Ausgaben
4 gestiegen. Eine Politik der Austerität nach der Krise wäre ein völlig falscher Weg.
5 Wer diesen Weg verfolgt, setzt unsere Zukunft aufs Spiel oder will harte Einschnitte
6 in den Sozialstaat. Wir stehen für eine Finanz- und Haushaltspolitik, die die großen
7 Zukunftsinvestitionen finanziert und so zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft, ein
8 klimaneutrales Wachstum ermöglicht und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

9 Daher gilt für uns: Die Finanzierung der in diesem Regierungsprogramm formulierten
10 Schwerpunkte stellen wir sicher. Dazu werden wir die verfassungsrechtlich möglichen
11 Spielräume zur Kreditaufnahme nutzen. Die gerechte Verteilung von Einkommen und
12 Vermögen ist eine Grundvoraussetzung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die
13 extrem ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen ist nicht nur sozialpolitisch
14 bedenklich, sie ist auch ökonomisch unvernünftig. Die hohe und weiterwachsende
15 Konzentration des Vermögens auf einige Hochvermögende verhindert nachhaltiges
16 Wachstum und verschenkt wertvolle Potenziale.

17 Wir werden der Steuergerechtigkeit Geltung verschaffen – Steuerhinterziehung ist kein
18 Kavaliersdelikt. Gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerbetrug werden
19 wir konsequent vorgehen. Wir haben grenzüberschreitende Steuergestaltungsmodelle der
20 Anzeigepflicht unterworfen und werden eine nationale Anzeigepflicht einführen. Wir
21 werden die Umgehung der Grunderwerbsteuer (Share Deals) beenden. Der
22 Umsatzsteuerbetrug bei Karussellgeschäften auf europäischer Ebene muss beendet
23 werden. Die öffentliche Transparenz ist ein gutes Mittel, um Unternehmen in die
24 Pflicht zu nehmen. Wir werden Steuervermeidung mit einem öffentlichen Reporting
25 großer, international agierender Unternehmen eindämmen (Public Country-by-Country-
26 Reporting).

27 Die Besteuerung von Einkommen werden wir gerechter gestalten. Das aktuelle
28 Steuersystem nimmt gerade mittlere Einkommen zu stark in Anspruch. Die finanziellen
29 Lasten der Krisenbewältigung dürfen für die ohnehin stark strapazierte große Mehrheit
30 der Bürger*innen nicht zu einer steuerlichen Mehrbelastung führen. Im Gegenteil: Wir
31 wollen die Steuern für die Mehrheit senken. Wir werden eine Einkommensteuerreform
32 vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt, die Kaufkraft stärkt und

- 33 dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der wichtigen
34 öffentlichen Aufgaben heranzieht.
- 35 Für diejenigen, die besonders viel verdienen, halten wir zudem an dem Aufschlag von
36 drei Prozentpunkten zur Einkommensteuer fest. Er soll künftig bei Verheirateten für
37 den zu versteuernden Einkommensanteil oberhalb von 500.000 Euro im Jahr, bei Ledigen
38 ab 250.000 Euro im Jahr gelten.
- 39 Den Solidaritätszuschlag haben wir für die allermeisten Bürger*innen abgeschafft. Die
40 Einnahmen aus dem verbliebenen Solidaritätszuschlag, den nur noch die
41 Spitzenverdiener*innen zahlen, werden wir weiter brauchen. Er ist ein gerechter
42 Beitrag zu einem stabilen Gemeinwesen, das allen nutzt.
- 43 Das geltende Steuerrecht befördert die klassische Arbeitsteilung zwischen Männern und
44 Frauen. Das werden wir ändern und das Steuerrecht stärker auf Partnerschaftlichkeit
45 ausrichten. Das Ehegattensplitting bildet die gesellschaftliche Realität nicht mehr
46 ab und schließt viele Haushalte mit Kindern von dem gewährten Steuervorteil aus.
47 Nutznießer sind stattdessen vor allem Alleinverdiener-Ehepaare mit hohem Einkommen
48 unabhängig von der Kinderzahl. Wir werden das Ehegattensplitting für neu geschlossene
49 Ehen ändern. Die allermeisten Haushalte mit Kindern werden durch die
50 Kindergrundsicherung finanziell bessergestellt werden. Normalverdienende auch ohne
51 Kinder werden keine Einbußen erleiden. Für bestehende Ehen werden wir zudem ein
52 Wahlrecht einführen.
- 53 Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Manager*innengehältern werden wir begrenzen, und
54 zwar auf das 15-fache des Durchschnittseinkommens der Beschäftigten in dem Betrieb,
55 in dem die Manager*in beschäftigt ist.
- 56 Bislang gilt bei förderwürdigen Aufwendungen wie zum Beispiel Spenden: Je höher das
57 Einkommen, desto höher die Steuerrückerstattung. Zukünftig soll jede*r eine
58 einkommensunabhängige Steuerminderung erhalten.
- 59 Wir wollen die Vermögensteuer wieder in Kraft setzen, auch um die Finanzkraft der
60 Länder für wichtige Zukunftsaufgaben zu verbessern. Wer sehr viel Vermögen hat muss
61 einen größeren Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten. Deshalb werden
62 wir unter anderem einen maßvollen, einheitlichen Steuersatz von einem Prozent für
63 sehr hohe Vermögen einführen. Gleichzeitig wird es hohe persönliche Freibeträge
64 geben, so dass sich die Steuerbelastung auf besonders vermögende Teile der
65 Bevölkerung konzentriert. Wir stellen sicher, dass mit der Vermögenssteuer keine
66 Arbeitsplätze gefährdet werden. Die Grundlage von Betrieben wird bei der
67 Vermögenssteuer verschont.
- 68 Die Erbschaftssteuer ist reformbedürftig. In ihrer gegenwärtigen Form ist sie
69 ungerecht, da sie vermögende Unternehmenserben bevorzugt. Mit einer effektiven
70 Mindestbesteuerung werden wir die Überprivilegierung großer Betriebsvermögen
71 abschaffen. Auch für vermögenshaltende Familienstiftungen werden wir eine
72 Mindestbesteuerung einführen.
- 73 Wir werden eine Finanztransaktionssteuer einführen, möglichst im Einklang mit unseren
74 europäischen Partnern. Zugleich werden wir die von uns maßgeblich mit unterstützten

75 internationalen Verhandlungen zur Einführung einer effektiven Mindestbesteuerung und
76 einer fairen Besteuerung so genannter Digitalunternehmen zum Abschluss bringen und in
77 Deutschland und Europa umsetzen. Google, Amazon, Facebook und andere große
78 Digitalunternehmen müssen einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des
79 Gemeinwesens leisten.

80 Wir brauchen einen leistungsfähigen, sicheren und fairen Finanzmarkt, um den Wandel
81 in eine digitale und nachhaltige Wirtschaft finanzieren zu können. Er muss ordentlich
82 reguliert und überwacht werden. Wir werden sicherstellen, dass den Verbraucher*innen
83 die Finanzierungsdienstleistungen kostengünstig angeboten werden und Investitionen in
84 nachhaltige, klimafreundliche Produkte und Produktionsverfahren fördern.

85 Für das Vertrauen in die Funktionstüchtigkeit und Sicherheit von Finanzmarktakteuren
86 und Finanzprodukten ist es gerade für Kleinanleger*innen wichtig, dass sie eine
87 unabhängige und an ihren Interessen orientierte Beratung erhalten können.

88 Überschuldeten Privatpersonen werden wir besser aus einer nicht aus eigener Kraft
89 überwindbaren finanziellen Not helfen. Die Schuldnerberatung werden wir stärken.

90 Durch ausgeweitete vorsorgende Beratungsmöglichkeiten soll der Weg in die
91 Überschuldung am besten von vornherein vermieden werden.

92 Um den Finanzstandort Deutschland zum Motor einer nachhaltigen Transformation der
93 Finanz- und Realwirtschaft in Einklang mit den Pariser Klimaschutzziele zu machen,
94 werden wir künftig noch mehr nachhaltige Staatsanleihen auflegen und auf weitere als
95 nachhaltig zertifizierte Finanzprodukte hinwirken. Das Ziel ist, private
96 Kapitalflüsse in den Auf- und Ausbau nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen zu lenken.

97 Der Wettbewerb im Finanzsektor soll erhalten bleiben und die Bankenregulierung muss
98 bewirken, dass staatliche Rettungsschirme für einzelne Banken nicht notwendig werden.

99 Wir unterstützen die EU-Kommission dabei, darauf im Rahmen der europäischen
100 Fusionskontrolle zu achten.

101 Wir haben dafür gesorgt, dass die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
102 (BaFin) stärkere Kontroll-Kompetenzen erhält. Wir haben bei der Prüfung von
103 Jahresabschlüssen der Unternehmen eine Überprüfung unmittelbar durch die BaFin
104 ermöglicht. Sie kann nun hoheitlich prüfen, da Jahresabschlüsse die wichtigste
105 Informationsquelle für Anleger*innen und Verbraucher*innen sind. Zudem haben wir die
106 Aufsicht über die Wirtschaftsprüfer*innen verschärft und geregelt, damit sie häufiger
107 als bisher gewechselt werden müssen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass
108 die BaFin mehr Kompetenzen bei der Geldwäscheaufsicht auch für große Unternehmen über
109 ihre bisherige Aufsichtszuständigkeit hinaus erhält. Schmutziges Geld darf in
110 Deutschland keine Heimat finden.

111 Der Zoll ist neben der Polizei eine wichtige Institution im Kampf gegen Geldwäsche
112 und Kriminalität. Wir werden die Kompetenzen des Zolls weiter stärken und die für
113 dessen Wahrnehmung der Aufgaben verbundene Personalausstattung und Ausrüstung im
114 Bereich illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit, organisierte Kriminalität,
115 Geldwäsche wirkungsvoll unterstützen.

116 Wir lehnen eine Privatisierung von Währungen ab. Dies gilt auch für private digitale
117 Währungen, die in ihrem Wert künstlich stabil gehalten werden (Stablecoins).

Antrag 2.8.: Kapitel 2.8. WIE WIR REGIEREN WOLLEN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 2

1 **2.8. Wie wir regieren wollen**

2 Wir wollen vorausschauender, wirksamer, agiler und nachhaltiger regieren und dabei
3 mehr Transparenz, mehr Beteiligung, mehr Demokratie wagen.

4 Unsere föderale Struktur ist eine unserer demokratischen Stärken. Im Bund, den
5 Ländern, Städten, Landkreisen und Gemeinden wird die Zukunft ausgehandelt. Zugleich
6 besteht die große Herausforderung darin, gemeinsame Ziele für unsere Zukunft zu
7 verfolgen. Wir werden daher alle, die Verantwortung tragen, in die Umsetzung unserer
8 großen Ziele mit einbeziehen.

9 Das Silodenken der politischen Ebenen und Ressorts wollen wir überwinden und
10 innovative Regierungsprojekte in Plattformen organisieren. Denken außerhalb alter
11 Muster ist gefragt. Wir brauchen eine Modernisierungsoffensive für den öffentlichen
12 Dienst und eine bessere Zusammenarbeit der Verwaltung. In die Entwicklung, Umsetzung
13 und Evaluation von Projekten wollen wir wissenschaftliche und wirtschaftliche
14 Expertise, Verbände und die Zivilgesellschaft einbinden und das Parlament in seiner
15 Kontrollfunktion stärken.

16 Die demokratische Gestaltung des digitalen Wandels, die alle Lebensbereiche umfasst,
17 alle gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Felder und Ebenen, ist ein
18 Beispiel für die Überforderung herkömmlicher Organisationsformen mit den Aufgaben
19 unserer Zeit.

20 Zum nachhaltigen Regieren gehört, dass Regierungsvorhaben, Projekte und Gesetze in
21 ihrer Umsetzung kommunikativ begleitet werden. Außerdem muss die Umsetzung in den
22 zuständigen Verwaltungseinheiten, durch hinreichende Personalausstattung und
23 geeignete Fortbildungsmaßnahmen sichergestellt werden.

24 Die Prinzipien offenen Regierungshandelns - Transparenz, Partizipation und
25 Zusammenarbeit - sind für uns handlungsleitend. Wir werden die Nationalen
26 Aktionspläne im Rahmen der Open Government Partnership Deutschlands umsetzen und
27 weiterentwickeln.

28 Wir werden die Erfahrungen mit Bürgerräten aufgreifen und es uns zur Aufgabe machen,
29 neue Wege der unmittelbaren Beteiligung an staatlichen Entscheidungen zu gehen. Durch
30 eine systematische und frühzeitige Beteiligung der Bürger*innen an staatlichen
31 Projekten können Rechtwege verkürzt und Verfahren beschleunigt werden.

32 Das Informationsfreiheitsrecht werden wir zu einem wirksamen Transparenzrecht

33 weiterentwickeln und ausbauen. Wir werden öffentliche Daten und Informationen
34 kostenlos und diskriminierungsfrei bereitstellen. Durch einen legislativen und
35 exekutiven Fußabdruck machen wir den Einfluss von Lobbyist*innen bei
36 Gesetzesentwürfen sichtbar. Damit werden Entscheidungsprozesse nachvollziehbar.
37 Wir werden dafür sorgen, dass Abgeordnete zukünftige ihre Einkommen auf Euro und Cent
38 angeben müssen. Ebenso werden wir für Abgeordnete die Anzeigepflicht für
39 Unternehmensbeteiligung und Aktienoptionen verschärfen und klar regeln, wann ein
40 Interessenkonflikt zwischen parlamentarischer und wirtschaftlicher Arbeit vorliegt
41 und wie er zu lösen ist.

RESPEKT
FÜR
ALLE

**HEISST NIEMANDEN
ZURÜCKZULASSEN!**

Antrag 3.0.: Kapitel 3.0. EINE GESELLSCHAFT DES RESPEKTS

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 3

1 III. Eine Gesellschaft des Respekts

2 Wir stehen für eine Gesellschaft des Respekts. Eine Gesellschaft, in der wir uns
3 gegenseitig anerkennen, auch wenn wir in vielerlei Hinsicht verschieden sind. Eine
4 Gesellschaft, in der niemand auf andere herabschaut und in der
5 Meinungsverschiedenheiten fair, zivilisiert und auf Basis unserer demokratischen
6 Grundsätze ausgetragen werden.

7 Wo dieser Respekt fehlt, zerfällt unsere Gesellschaft. Hassreden im Internet
8 zersetzen unsere Gesellschaft. Das ist der Nährboden für Rechtsextreme. Unsere
9 Politik zielt darauf ab, den Respekt wiederherzustellen.

- 10 • Sie achtet die Würde jeder Arbeit und jede Lebensleistung.
- 11 • Sie steht für gleiche Teilhabe und gleiche Lebenschancen für alle. Sie sorgt für
12 gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land.
- 13 • Sie ist konsequent gegen jede Form von Diskriminierung, egal ob es um soziale
14 Herkunft, Geschlecht, Migrationsbiografie, Religion, Behinderung oder sexuelle
15 Orientierung geht.
- 16 • Sie steht für politische und soziale Bürger*innenrechte. Sie steht aber auch für
17 Pflichten. Dazu gehört, dass sich alle an Gesetze halten.

Antrag 3.1.: Kapitel 3.1. ARBEIT WERTSCHÄTZEN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 3

1 **3.1. Arbeit wertschätzen**

2 Unser Ziel ist Vollbeschäftigung mit gerechten Löhnen. Unsere Antwort auf den Wandel
3 der Arbeitswelt ist ein „Recht auf Arbeit“. Das bedeutet für uns, dass sich die
4 Solidargemeinschaft dazu verpflichtet, sich um Jede*n zu kümmern und jeder*m Arbeit
5 und Teilhabe zu ermöglichen. Weil sich Arbeit verändert, soll jede*r alle
6 Möglichkeiten bekommen, sich auch selbst weiterzuentwickeln.

7 Arbeit bedeutet auch die Sicherung der Existenz. Das ist ein grundlegendes Bedürfnis.
8 Für sich selbst und die Familie. Diese Sicherheit gibt es nur, wenn man auch
9 langfristig planen kann: Eine gute Wohnung finden, die Miete bezahlen, den Kindern
10 eine gute Ausbildung ermöglichen, den Lebensstandard im Alter sichern.

11 Daher setzen wir uns für gerechte Löhne ein. Wir werden die Möglichkeit vereinfachen,
12 Tarifverträge für allgemein verbindlich zu erklären, damit sie für alle Beschäftigten
13 und Arbeitgeber*innen in einer Branche gelten. Tarifverträge müssen auch weiter
14 gelten, wenn Betriebe aufgespalten und ausgelagert werden.

15 Wir wollen, dass möglichst viele Unternehmen sich an den Tarifverträgen beteiligen.
16 Die Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung ist unanständig. Wir
17 werden diese Praxis zurückzudrängen. Ein öffentlicher Auftrag darf nur an Unternehmen
18 vergeben werden, die nach Tarif bezahlen. Dazu schaffen wir ein
19 Bundestarifreugesetz. Eine bessere Tarifbindung ist darüber hinaus eine wichtige
20 Voraussetzung, die Lohnangleichung zwischen Ost und West durchzusetzen.

21 Wer den ganzen Tag arbeitet, muss von seiner Arbeit ohne zusätzliche Unterstützung
22 leben können. Auch das ist eine Frage des Respekts. Wir werden den gesetzlichen
23 Mindestlohn zunächst auf mindestens zwölf Euro erhöhen und die Spielräume der
24 Mindestlohnkommission für künftige Erhöhungen ausweiten.

25 Die Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne einen Sachgrund werden wir abschaffen
26 und die vom Gesetz akzeptierten Gründe für eine Befristung kritisch überprüfen.
27 Leiharbeiter*innen werden ab dem ersten Tag den gleichen Lohn erhalten wie
28 Festangestellte.

29 Die Corona-Krise hat erneut gezeigt, dass die soziale Sicherung der Minijobs
30 unzureichend ist. Unser Ziel ist, alle Beschäftigungsverhältnisse in die soziale
31 Sicherung einzubeziehen. Dabei wird es Übergänge für bestehende Arbeitsverhältnisse
32 und Ausnahmen für bestimmte Gruppen wie zum Beispiel Rentner*innen geben. Um die

33 Nettoeinkommen von gering Verdienenden zu erhöhen, heben wir die Gleitzone der Midi-
34 Jobs auf 1.600 Euro an. In dieser Zone zahlen die Arbeitnehmer*innen geringere
35 Beiträge, ohne dass sie dadurch einen geringeren Rentenanspruch haben.

36 Den Zugang zur Brückenteilzeit werden wir für mehr Beschäftigte möglich machen.

37 Corona hat ein Schlaglicht darauf geworfen, wie groß bei manchen Berufsgruppen die
38 Lücke zwischen Wert und Lohn ist. Dazu gehören die sozialen Dienstleistungsberufe. Es
39 verdient große Anerkennung, dass immer mehr junge Menschen es sich vorstellen können,
40 soziale Berufe zu ergreifen, Mädchen genauso wie Jungen - es sind Berufe mit
41 Bedeutung und Zukunft. Hier entstehen die meisten Arbeitsplätze.

42 In der Pflege wird enorme und gesellschaftlich wertvolle Arbeit geleistet. Wir wollen
43 die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Altenpflege und Pflege von Menschen mit
44 Behinderung schnell verbessern. Wir werden über die Pflegemindestlohnkommission eine
45 weitere Erhöhung der Mindestlöhne verfolgen. Unser Ziel sind allgemeinverbindliche
46 Branchentarifverträge. Gemeinsam mit den kirchlichen Arbeitgeber*innen und ihren
47 Arbeitnehmer*innen wollen wir einen Weg erarbeiten, ihr Arbeitsrecht dem allgemeinen
48 Arbeits- und Tarifrecht sowie der Betriebsverfassung anzugleichen. Wir haben dafür
49 gesorgt, dass Pflegeanbieter, die nach Tarif zahlen, diese auch von der
50 Pflegeversicherung refinanziert bekommen. Nun werden wir im Umkehrschluss die
51 Refinanzierung der Pflegeleistungen an die Geltung von Tarifverträgen binden.

52 Es gibt einen gewaltigen Personalmangel in den Krankenhäusern und
53 Pflegeeinrichtungen. Soziale Arbeit aufwerten heißt für uns auch, dass die Arbeits-
54 und Stressbelastung gesenkt werden muss. Wir werden deshalb den Vorschlag eines
55 neuen, bundesweiten und einheitlichen Personalbemessungsrahmens voranbringen.
56 Pfleger*innen müssen sich beruflich weiterentwickeln können.

57 Auch die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen wird von gut ausgebildeten Fachkräften
58 geleistet. Erzieher*innen, Lehrer*innen, Sozialpädagog*innen und Beschäftigte in der
59 Jugendhilfe machen mit großem Engagement und viel Leidenschaft ihre Arbeit, doch auch
60 hier fehlt es an Personal. Mit gezielten Impulsen zur Fachkräftesicherung werden wir
61 die Länder beim weiteren Ausbau von Kitas, Ganztagsbetreuung an Schulen und
62 Jugendeinrichtungen unterstützen. Unser Ziel ist es, die Zahl der Nachwuchskräfte in
63 den erzieherischen Berufen bis 2030 bundesweit zu verdoppeln. Dafür werden wir eine
64 attraktive, vergütete und schulgeldfreie Ausbildung schaffen, für mehr
65 Ausbildungskapazitäten an Fachschulen und in den Studiengängen zur sozialen Arbeit
66 und Kindheitspädagogik sorgen, mehr Karriereoptionen für die Fachkräfte schaffen und
67 Beschäftigungsverhältnisse anstreben, die eine eigenständige Existenzsicherung
68 ermöglichen.

69 Die Krise hat gezeigt, wie unverzichtbar und wichtig funktionierende Postdienste und
70 Paketdienste für die Daseinsvorsorge in Deutschland sind. Die Arbeitsbedingungen in
71 dieser Branche sind oft schlecht. Es gibt viele ungesicherte Arbeitsverhältnisse
72 durch Scheinselbständigkeit und Subunternehmertum. Wir werden die Branche sozial und
73 ökologisch ausrichten.

74 Der Erfolg der Unternehmen wird von ihren Beschäftigten erarbeitet. Deshalb
75 verbessern wir deren Mitbestimmung. Wir werden sie auf Unternehmen in ausländischer

76 Rechtsform erweitern. Wir werden den Geltungsbereich der Mitbestimmung durch die
77 Absenkung der Schwellenwerte der Unternehmensgrößen erweitern. Entscheidungen zur
78 Verlagerung oder Schließungen von Betriebsstandorten sollen nicht über die Köpfe der
79 Beschäftigten hinweg getroffen werden. Darum stärken wir durch eine echte Parität in
80 den Aufsichtsräten den Einfluss der Arbeitnehmer*innen.

81 Die neuen technologischen Möglichkeiten bieten die Chance, die Arbeitsbedingungen in
82 Unternehmen und Betrieben zu verbessern, Belastungen zu verringern und die
83 Handlungsspielräume der arbeitenden Menschen zu erweitern. Bei der Digitalisierung
84 der Unternehmen müssen die Belegschaften auf Augenhöhe beteiligt werden.

85 Die letzte große Reform der Betriebsverfassung liegt 20 Jahre zurück und braucht ein
86 Update. Unsere Ziele: Mehr echte Mitbestimmungsrechte bei der Beschäftigtensicherung
87 und Betriebsänderungen, beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen, beim Einsatz
88 neuer Technologien und Arbeitsweisen wie die der Künstlichen Intelligenz (KI), bei
89 der Personalbemessung, damit Überlastungen beseitigt werden und bei der betrieblichen
90 Weiterbildung als eine zentrale Voraussetzung für gelungenen Wandel. Wir werden den
91 Kündigungsschutz für Betriebsrät*innen ausweiten und eine Behinderung von
92 Betriebsratsarbeit stärker verfolgen.

93 Mit der Digitalisierung wird Arbeit immer häufiger ortsunabhängig erledigt oder über
94 Plattformen organisiert. Auch hier müssen Arbeitnehmer*innenrechte unvermindert
95 gültig und wirksam sein. Gewerkschaften sollen ein digitales Zugangsrecht zum
96 „virtuellen“ Betrieb erhalten. Beschäftigte auf Plattformen sollen sich
97 zusammenschließen können, um gemeinsam grundlegende Bedingungen ihrer Tätigkeit mit
98 den Plattformen aushandeln können. Wir wollen, dass der Arbeitnehmerstatus einfacher
99 geklärt werden kann. Wir werden ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaften und ein
100 Beschäftigtendatenschutzgesetz einführen.

101 Die Corona-Krise hat Teile der Arbeitswelt auf den Kopf gestellt, das Homeoffice hat
102 an Bedeutung gewonnen. Der Schreibtisch in den eigenen vier Wänden und
103 Videokonferenzen statt persönlicher Begegnung waren anfangs ungewohnt, sind aber
104 inzwischen Alltag und Routine für viele Bürger*innen.

105 Wir werden einen Rechtsanspruch auf mobile Arbeit einführen. Grundsätzlich sollen
106 Beschäftigte bei einer Fünf-Tage-Woche mindestens 24 Tage im Jahr mobil oder im
107 Homeoffice arbeiten können, wenn es die Tätigkeit erlaubt. Klar ist, dass das nicht
108 in Rundum-die-Uhr-Arbeiten ausarten darf – auch im Homeoffice müssen Arbeits- und
109 Ruhezeiten gelten, die Arbeitszeit muss jeden Tag vollständig erfasst werden und es
110 braucht ein Recht auf Nichterreichbarkeitszeiten, auf technische Ausstattung sowie
111 guten Unfallversicherungsschutz. Um betriebliche Regelungen zur mobilen Arbeit zu
112 fördern, schaffen wir ein Mitbestimmungsrecht zur Einführung und bei der
113 Ausgestaltung mobiler Arbeit. Der Grundsatz der Freiwilligkeit der mobilen Arbeit für
114 Arbeitnehmer*innen ist für uns Voraussetzung.

115 Wir sorgen dafür, dass vom Wandel der Arbeitswelt alle profitieren. Dazu gehört, dass
116 Arbeitszeiten besser zum Leben passen und Menschen mehr selbstbestimmte Zeit haben –
117 etwa für Familie, soziales Engagement und Weiterbildung. Wir werden die
118 Schutzfunktion des Arbeitszeitgesetzes erhalten. Eine Verlängerung der täglichen

119 Arbeitszeit schließen wir aus. Wenn die Arbeit durch Produktivitätsgewinne weniger
120 werden sollte, müssen alle davon profitieren. Da wo Gewerkschaften für die Absenkung
121 von Arbeitszeit streiten, um mehr selbstbestimmte Zeit zu ermöglichen oder
122 Beschäftigung zu sichern, stehen wir an ihrer Seite.

123 Für viele Menschen ist Selbständigkeit eine attraktive Form der Erwerbstätigkeit.
124 Unternehmergeist fördert dringend benötigte Innovationen. Wir schaffen ein Klima, das
125 Selbständigkeit positiv aufnimmt und unterstützt. Dazu gehört, dass offensichtliche
126 Schutzlücken bei kleinen Selbständigen und Kreativen beseitigt werden und deren
127 soziale Absicherung verbessert wird. Die Corona-Krise hat uns deutlicher denn je vor
128 Augen geführt, wie schnell man ohne eigenes Zutun in Not gerät und wie schnell
129 Rücklagen aufgebraucht sind. Wir werden darum Solo-Selbständige, darunter sind
130 beispielsweise viele Künstler*innen, Autor*innen, Maler*innen, Übersetzer*innen,
131 Entwickler*innen, besser absichern. Dafür werden wir die Absicherung in der
132 Künstlersozialversicherung ebenso wie in der Renten-, Kranken- und
133 Arbeitslosenversicherung verbessern. Der Wechsel zwischen versicherungspflichtiger
134 Beschäftigung und Selbständigkeit ist keine Ausnahme mehr.

135 Wer Neues wagt, braucht Sicherheit. Die bestehende freiwillige Weiterversicherung in
136 der Arbeitslosenversicherung bietet ein solches Netz. Wir werden den Zugang
137 verbessern und mehr Sicherheit im Bedarfsfall schaffen. Die Regelungen für die
138 ständigen und nicht ständig Beschäftigten zum Beispiel im Bereich des Films und der
139 Theater werden wir deutlich vereinfachen und die sozialversicherungspflichtige
140 Beschäftigung stärken und ausbauen. Wir werden eine grundsätzliche Pflicht zur
141 Altersvorsorge einführen und Selbständige schrittweise in die gesetzliche
142 Rentenversicherung integrieren. Die Mindestbeiträge zur Krankenversicherung für
143 Selbständige haben wir bereits um mehr als die Hälfte gesenkt. Unser Ziel sind
144 einkommensabhängige Beiträge wie bei abhängig Beschäftigten.

145 Wir werden auch Solo-Selbständige besser absichern, deren Geschäftsmodell sie
146 grundsätzlich trägt, wo jedoch unvorhersehbare erhebliche Einnahmeausfälle, etwa
147 durch den kurzfristigen Wegfall von Auftraggebern, zu Notlagen führt. Mit einem
148 Sicherungsgeld schaffen wir ein neues und freiwilliges Angebot für eine solidarische
149 Absicherung in Notlagen, die über branchen- und saisonübliche Schwankungen
150 hinausgehen. Das Sicherungsgeld soll mit Leistungen der Arbeitslosenversicherung
151 vergleichbar sein und durch die Bundesagentur für Arbeit ausgezahlt werden. Das durch
152 Beiträge der Selbständigen finanzierte Sicherungsgeld hat dabei Vorrang vor
153 Leistungen der Grundsicherung.

Antrag 3.2.: Kapitel 3.2. BERUFSCHANCEN ERHÖHEN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 3

1 3.2. Berufschancen erhöhen

2 Wir setzen uns für eine Ausbildungsgarantie ein. Junge Berufsanfänger*innen brauchen
3 eine Chance in das Berufsleben einzusteigen. Sie verdienen Respekt ebenso wie jene,
4 die einen beruflichen Neustart wagen. Für uns bleibt die Vermittlung junger Menschen
5 in eine betriebliche Ausbildung oberstes Ziel. Denn die duale Ausbildung ist ein
6 Erfolgsmodell, das wir vollumfänglich stärken wollen. Alle Unternehmen, vor allem
7 größere, müssen jedoch mehr Verantwortung für die Schaffung von ausreichend
8 Ausbildungsplätzen übernehmen. Wir unterstützen das Mittel der branchenbezogenen
9 Umlagen bzw. Fonds, dort wo unterhalb des Bedarfs ausgebildet wird. Alle jenen ohne
10 betrieblichen Ausbildungsplatz ermöglichen wir eine eng an die betriebliche Praxis
11 angelehnt Ausbildung in einer Berufsschule oder eine außerschulische Ausbildung. Der
12 Wechsel in eine betriebliche Ausbildung hat für uns hier zu jedem Zeitpunkt
13 Priorität.

14 Wir werden zudem unseren Weg fortsetzen, in den Berufen der Gesundheit, Pflege und
15 Erziehung die vollschulischen Ausbildungen dual auszurichten. Damit werden sie
16 kostenfrei und die Auszubildenden erhalten eine Vergütung. Zudem werden wir die
17 dualen akademischen Ausbildungswege und damit die Bedeutung der Professionalität in
18 diesen Berufsfeldern stärken, Qualität sichern und Karriereoptionen für die
19 Beschäftigten eröffnen.

20 Den Lernort Berufsschule werden wir stärken, vor allem im ländlichen Raum und in
21 strukturschwachen Regionen. Dafür schließen wir einen Pakt für berufsbildende Schulen
22 von Bund, Ländern und Schulträgern zusammen mit den Sozialpartnern. Im Vordergrund
23 stehen dabei die Modernisierung der technischen Ausstattung und eine verbesserte
24 Sicherung des Lehrkräfte-Nachwuchses. Um berufliche und akademische Bildung besser zu
25 verzahnen, werden wir das duale Studium besser fördern. Den Weg der Gebührenfreiheit
26 bei der Aufstiegsfortbildung setzen wir fort.

27 Unsere Arbeit befindet sich im Wandel. Durch die technologische Entwicklung gehören
28 manche Berufsbilder inzwischen der Vergangenheit an oder werden in naher Zukunft
29 verschwinden oder sich verändern. Gleichzeitig entstehen neue Berufsbilder, die
30 Zukunft versprechen. Damit alle, die damit verbundenen Möglichkeiten nutzen können,
31 lenken wir unser Augenmerk auf die Weiterbildung.

32 Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer solidarischen Arbeitsversicherung
33 weiterentwickeln. Sie soll nicht erst im Fall der Arbeitslosigkeit auf den Plan
34 treten, sondern dabei helfen, diese gar nicht erst entstehen zu lassen. Die

35 Bundesagentur für Arbeit bauen wir darum zur Bundesagentur für Arbeit und
36 Qualifizierung um, die ein hochwertiges und individuelles Beratungsangebot
37 gewährleistet. Wir werden einen Anspruch auf Qualifizierung einführen, der bereits
38 nach drei Monaten ohne neue Erwerbsarbeit greift (Arbeitslosengeld Q). Damit halten
39 wir den Betroffenen den Rücken frei, um sich auf das Wesentliche konzentrieren zu
40 können: Neue Arbeit zu finden, um wieder auf eigenen Beinen zu stehen.

41 Wir schaffen ein Recht auf Weiterbildung und beruflichen Neustart in allen
42 Lebensphasen. Jede*r einzelne wird bei den bevorstehenden Veränderungen unterstützt.
43 Wir werden ein Recht schaffen, das es Arbeitnehmer*innen auch mit 40plus ermöglicht,
44 noch einmal einen ganz neuen Beruf zu erlernen.

45 Mit unserem Modell der geförderten Bildungszeit und Bildungsteilzeit werden wir
46 ermöglichen, dass alle Erwerbstätigen im Lauf ihres Erwerbslebens auf eigene
47 Initiative und mit staatlicher Unterstützung unabhängig vom Betrieb sich weiterbilden
48 oder umschulen können. Wer Bildungszeit oder Bildungsteilzeit beantragt, erhält ein
49 Recht, sich von seinem Beruf freistellen zu lassen oder die Arbeitszeit zu
50 reduzieren. Die Bildungszeiten werden wir mit einer finanziellen Förderung
51 ausgestalten, die Lohneinbußen während der Weiterbildung oder Umschulung angemessen
52 kompensiert – und zwar lange genug, um anerkannte Abschlüsse zu erwerben. Bei den
53 Kosten für die Weiterbildungsmaßnahme werden wir diejenigen unterstützen, die die
54 Mittel nicht oder nicht vollständig aus eigener Tasche aufbringen können.

55 Mit einem Transformations-Kurzarbeitergeld unterstützen wir die Qualifizierung von
56 Beschäftigten in Betrieben, die sich neu orientieren müssen.

57 Neben der individuellen Weiterbildungsförderung wollen wir die Möglichkeiten eines
58 Beschäftigtentransfers stärker fördern, wenn betriebliche Umstrukturierungen oder
59 Betriebsschließungen unvermeidlich sind.

60 Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) soll in Zukunft wieder mehr junge
61 Erwachsene erreichen. Dafür weiten wir die Förderansprüche aus und streben eine
62 schrittweise Rückkehr zum Vollzuschuss an. Das neue Kindergeld ist eine
63 Basisabsicherung für alle bis zum Alter von 25 Jahren. Es macht das BAföG
64 elternunabhängiger. Zugleich werden wir das BAföG und das Aufstiegs-BAföG besser
65 aufeinander abstimmen und perspektivisch zusammenführen. Die Altersgrenzen im BAföG
66 werden wir dazu in einem ersten Schritt aufheben. Und wir brauchen ein Neustart-
67 BAföG, das auch im Erwachsenenalter neue berufliche Wege öffnen und angemessen den
68 Lebensunterhalt sichert.

69 Bereits jetzt besteht die Möglichkeit, dass Arbeitnehmer*innen ihre geleisteten
70 Arbeitsstunden auf Langzeitkonten ansparen. Allerdings besteht bislang kein
71 rechtlicher Anspruch darauf und nur ein kleiner Teil der Unternehmen und
72 Arbeitnehmer*innen nutzt Langzeitkonten. Wir werden das Instrument zu einem
73 persönlichen Zeitkonto weiterentwickeln, um zusätzlich individuelle
74 Gestaltungsmöglichkeiten entlang des Lebenslaufs zu schaffen. Basis eines solchen
75 Zeitkontos sind Zeiteinzahlungen der Beschäftigten – auf diese Weise gehen
76 Überstunden nicht verloren, sondern verwandeln sich in ein Zeitguthaben, das per
77 Tarifvertrag oder durch den Staat aufgestockt werden kann.

Antrag 3.3.: Kapitel 3.3. SOLIDARITÄT ERWEITERN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 3

1 3.3. Solidarität erweitern

2 Unser Sozialstaat ist der Garant, auf den sich alle verlassen können müssen, damit
3 unsere Gesellschaft zusammenhält. Er baut auf sozialen Rechten und Pflichten auf.
4 Bürger*innen treten ihm nicht als Bittsteller*innen gegenüber. Wir werden den Zugang
5 zum Arbeitslosengeld erleichtern. Dabei haben wir insbesondere neue
6 Beschäftigungsformen und unterbrochene Erwerbsbiographien im Blick.

7 Wir wollen Lebensleistungen stärker berücksichtigen. Wer länger eingezahlt hat, soll
8 zukünftig auch länger Arbeitslosengeld I beziehen. Für Bürger*innen, die trotz bester
9 Unterstützung keine Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, haben wir den
10 sozialen Arbeitsmarkt eingeführt. Er ebnet denjenigen, die seit vielen Jahren von
11 Arbeitslosigkeit betroffen sind, den Weg in reguläre sozialversicherungspflichtige
12 Beschäftigungsverhältnisse.

13 Es hat sich bewährt, sinnvolle und sozial abgesicherte Tätigkeiten zu schaffen. Wir
14 werden den sozialen Arbeitsmarkt weiterführen und weiterentwickeln. Auch weiterhin
15 werden wir Arbeitgeber mit Lohnkostenzuschüssen unterstützen, die Langzeitarbeitslose
16 sozialversicherungspflichtig einstellen.

17 Die Grundsicherung werden wir grundlegend überarbeiten und zu einem Bürgergeld
18 entwickeln. Unser Bürgergeld steht für ein neues Verständnis eines haltgebenden und
19 bürgernahen Sozialstaats. Das Bürgergeld soll digital und unkompliziert zugänglich
20 sein. Bescheide und Schriftwechsel sollen eine verständliche Sprache sprechen. Die
21 Regelsätze im neuen Bürgergeld müssen zu einem Leben in Würde ausreichen und zur
22 gesellschaftlichen Teilhabe befähigen. Das Bürgergeld muss absichern, dass eine
23 kaputte Waschmaschine oder eine neue Winterjacke nicht zur untragbaren Last werden.
24 Die Kriterien zur Regelsatzermittlung werden wir weiterentwickeln und Betroffenen und
25 Sozialverbänden mit einbeziehen.

26 Das Ziel muss sein, die hilfsbedürftige Lebenslage gemeinsam zu bezwingen und allen
27 eine Beschäftigung und, falls erforderlich, eine Qualifizierung und Weiterbildung zu
28 ermöglichen. Wir schaffen das Recht auf Förderung, beim Nachholen eines
29 Berufsabschlusses und führen einen Weiterbildungs-Bonus ein, der die finanziellen
30 Spielräume spürbar erweitert.

31 Wir haben wegen der Corona-Pandemie die Vermögensprüfung weitestgehend ausgesetzt.
32 Man läuft nicht mehr Gefahr, aus der Wohnung ausziehen zu müssen. Dadurch können sich
33 die Behörden und die Betroffenen in den ersten Monaten mit voller Energie auf eine

34 sinnvolle Wiederaufnahme der Beschäftigung konzentrieren. Die guten Erfahrungen aus
35 diesen vorübergehenden Maßnahmen haben uns darin bestätigt, dafür zu sorgen, dass
36 auch in Zukunft Vermögen und Wohnungsgröße innerhalb der ersten zwei Jahre nicht
37 überprüft werden und das Schonvermögen erhöht wird. Das Bürgergeld beinhaltet
38 Mitwirkungspflichten, setzt aber konsequent auf Hilfe und Ermutigung.
39 Eingliederungsvereinbarungen werden durch eine gemeinsame und auf Augenhöhe
40 erarbeitete Teilhabvereinbarung ersetzt. Bei ihrer Umsetzung setzen wir auf
41 Befähigung und Bestärkung und nicht auf Vorgaben und Zwang. Sinnwidrige und unwürdige
42 Sanktionen schaffen wir ab. Das sozioökonomische und soziokulturelle Existenzminimum
43 muss jederzeit gesichert sein.

44 Die Leistungen des Sozialstaates sind soziale Rechte – wer sie benötigt, sollte nicht
45 lange suchen müssen. Unser Ziel ist es, die Leistungen ohne Hürden und Umwege
46 zugänglich zu machen. Wir wollen einen Bürgerservice, der nach Lebenslagen berät und
47 alle Leistungen aus einer Hand zugänglich macht. Es ist digital und aufsuchend, wo
48 der Weg zu beschwerlich ist. Ein zugewandter Sozialstaat hilft, Rechtsansprüche
49 geltend zu machen und auch danach beratend alle Schritte begleiten.

Antrag 3.4.: Kapitel 3.4. ALTER ABSICHERN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 3

1 3.4. Alter absichern

2 Für alle Erwerbstätigen muss eine gute und verlässliche Rente nach vielen Jahren von
3 Arbeit sicher sein. Es geht um Respekt und Wertschätzung der Arbeit und darum, sich
4 mit eigener Arbeit eine gute eigenständige Absicherung im Alter zu schaffen und am
5 gewohnten Lebensstandard anzuknüpfen. Zentrale Grundlage dafür bleibt für uns die
6 gesetzliche Rentenversicherung mit ihren verlässlichen Leistungen und ihrer
7 solidarischen Finanzierung.

8 Wir wollen die gesetzliche Rente stärken und stehen für eine dauerhaft stabile
9 Rentenleistung und ein dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent. Arbeit
10 darf ihren Wert im Alter nicht verlieren. In Parlament und Regierung haben wir uns
11 erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Grundrente kommt. Nun ist sie da und schützt
12 viele Menschen, die Jahrzehnte für geringe Löhne gearbeitet haben, vor dem Risiko im
13 Alter arm zu sein.

14 Immer wieder fordern Arbeitgeber und konservative Kräfte, dass Menschen für eine gute
15 Rente noch länger arbeiten sollen. Wir lehnen eine weitere Anhebung des gesetzlichen
16 Renteneintrittsalters ab, weil sie für viele, die nicht länger arbeiten können, eine
17 Rentenkürzung bedeutet und ungerecht ist. Den gesetzlichen Anspruch, dass besonders
18 langjährig Versicherte vor Erreichen der Regelaltersgrenze abschlagsfrei in Rente
19 gehen können, werden wir beibehalten. Solidarität in der Alterssicherung bedeutet für
20 uns zudem, dass auch die Selbstständigen, Beamt*innen, freien Berufe und
21 Mandatsträger*innen der gesetzlichen Rentenversicherung angehören. Es ist an der
22 Zeit, die Gesamtheit der Erwerbstätigen in die Rentenversicherung aufzunehmen und die
23 Sondersysteme auf lange Sicht zu überwinden. Wenn es zu einer Zusammenführung der
24 Altersversorgung der Beamt*innen mit der gesetzlichen Rentenversicherung kommt, wird
25 das Gesamtniveau ihrer Alterssicherung nicht reduziert.

26 Es darf nicht sein, dass jemand wegen gesundheitlicher Beeinträchtigungen in Armut
27 gerät. Wir werden daher die Armutsrisiken bei den heutigen
28 Erwerbsminderungsrentner*innen verringern und für sie Verbesserungen erreichen.
29 Wir wollen eine geschlechtergerechte Rente. Unterschiedliche Arbeitszeiten und
30 familienbedingte Tätigkeiten bei den Renten werden wir gerechter behandeln.
31 Langjährige Pflege von Eltern, Schwiegereltern oder anderen Familienmitgliedern
32 dürfen sich nicht mehr negativ auf die Rente auswirken und die eigene Altersarmut
33 bedeuten. Hier brauchen wir mehr Solidarität und Respekt vor dieser schweren
34 Aufgabe.

35 Wir haben es kleinen und mittleren Unternehmen erleichtert, für ihre Beschäftigten in
36 die betriebliche Altersversorgung einzusteigen. Unser ist Ziel ist, dass deutlich
37 mehr Beschäftigte in einer betrieblichen Altersversorgung abgesichert sind. Dabei
38 sollten tarifvertraglich vereinbarte kollektive Altersversorgungsformen bevorzugt
39 werden.

40 Wir wollen allen gesetzlich verpflichtet Versicherten zusätzlich die Möglichkeit
41 einräumen, sich in angemessenem Umfang ergänzend freiwillig in der gesetzlichen
42 Rentenversicherung zu versichern.

43 Eine ergänzende private Altersvorsorge ist kein Ersatz für die gesetzliche Rente. Die
44 bisherigen Ergebnisse der Riester-Rente sind nicht zufriedenstellend. Wir wollen
45 daher bei klassischen privaten Angeboten der Altersvorsorge bürokratische Hemmnisse
46 abbauen und Kosten senken. Um den Bürgerinnen und Bürgern eine attraktive private
47 Altersvorsorge zu ermöglichen, setzen wir uns für ein neues standardisiertes Angebot
48 ein, das kostengünstig ist, digital und grenzüberschreitend und (nach schwedischem
49 Vorbild) auch von einer öffentlichen Institution angeboten wird. Die Förderung neuer
50 Verträge werden wir in Form von Zuschüssen auf untere und mittlere Einkommensgruppen
51 beschränken.

Antrag 3.5.: Kapitel 3.5. FÜR EINANDER EINSTEHEN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 3

1 3.5. Füreinander einstehen

2 Eine Gesellschaft des Respekts misst sich auch am Umgang mit den Bürger*innen, die
3 auf andere angewiesen sind und gepflegt werden müssen. Wir haben bereits dafür
4 gesorgt, dass Angehörige mit einem Einkommen unter 100.000 Euro pro Jahr nicht mehr
5 für die Pflegekosten herangezogen werden. So müssen sich Eltern nicht mehr sorgen,
6 dass ihre Kinder später für ihre Pflege aufkommen müssen.

7 Wir wollen eine Vollversicherung als Bürgerversicherung, die alle pflegerischen
8 Bedarfe und Leistungen abdecken. Ein erster Schritt dorthin ist für uns, für
9 Pflegebedürftige mit kleinen und mittleren Einkommen den Eigenanteil zu deckeln,
10 damit Pflege für sie bezahlbar bleibt. Zukünftige Kostensteigerungen werden
11 solidarisch über einen Mix aus moderat steigenden Pflegeversicherungsbeiträgen und
12 einem dynamischen Bundeszuschuss finanziert.

13 Für uns ist es außerdem wichtig, dass Länder, Landkreise und Kommunen mehr
14 Möglichkeiten erhalten, darüber zu entscheiden, wo und in welcher Trägerschaft Heime
15 entstehen. Um ihren Sicherstellungsauftrag zu gewährleisten, müssen sie deutlich
16 intensiver in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

17 Bei Pflegebedürftigkeit wollen viele in der eigenen Wohnung bleiben. Dabei sind sie
18 oft auf eine 24-Stunden-Pflege angewiesen. Dabei entsteht viel Rechtsunsicherheit zu
19 den wechselseitigen Pflichten und Rechten. Wir werden bei der Pflege und der Hilfe im
20 Alltag für Klarheit sorgen.

21 Ein besonderes Augenmerk werden wir auf den ländlichen Raum legen. Wir werden im
22 Rahmen eines Modellprojektes des Bundes Dienstleistungszentren (DLZ) in kleinen
23 Städten und Gemeinden schaffen, in denen medizinische und haushaltsnahe
24 Dienstleistungen vermittelt werden. Die DLZ erkennen darüber hinaus fehlende Angebote
25 und schaffen in Kooperation mit dem sozialen Arbeitsmarkt und den vorhandenen
26 Anbietern Abhilfe.

27 Wir werden durch eine besondere Förderung der haushaltsnahen Dienstleistungen die
28 Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, älteren Menschen helfen, möglichst
29 lange in der eigenen Wohnung zu leben, Schwarzarbeit bekämpfen und den Personen, die
30 bislang ohne Sozialversicherung in den privaten Haushalten arbeiten, eine Absicherung
31 bei Arbeitsunfällen oder Krankheit geben. Diese Förderung soll so ausgerichtet sein,
32 dass sie auch von Geringverdiener*innen in Anspruch genommen werden kann.

Antrag 3.6.: Kapitel 3.6. BEZAHLBAR WOHNEN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 3

1 **3.6. Bezahlbar wohnen**

2 Eine Wohnung zu finden wird in vielen Lagen zu einer immer größeren Herausforderung –
3 selbst mit mittlerem Einkommen.

4 Wir werden bezahlbaren Wohnraum erhalten und neuen schaffen. Dazu werden wir alle
5 Beteiligten an einen Tisch bringen. Kommunale Wohnungsunternehmen und
6 Genossenschaften, aber auch private Wohnungsunternehmen und Vermieter*innen, die sich
7 einer sozialverträglichen Vermietung verpflichtet fühlen, sollten dabei sein wie auch
8 die Bauwirtschaft und die Gewerkschaften.

9 Es gibt eine gemeinsame Verantwortung aller Beteiligten vor allem für den
10 erforderlichen Neubau sowie die Quartiersentwicklung und den Klimaschutz. Nach wie
11 vor ist der Neubau von 100.000 Sozialwohnungen jährlich erforderlich. Daneben führen
12 wir eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit ein und fördern damit ein zusätzliches nicht
13 gewinnorientiertes Segment auf dem Wohnungsmarkt.

14 In angespannten Wohnlagen werden wir daneben ein zeitlich befristetes
15 Mietenmoratorium einführen, das bedeutet: Mieten können für eine bestimmte Zeit nur
16 im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden. Mietwucher werden wir wirksam
17 unterbinden. Wir werden außerdem die Mietpreibremse entfristen und Schlupflöcher
18 schließen, den Betrachtungszeitraum von Mietspiegeln auf acht Jahre verlängern und
19 die Möglichkeiten für Eigenbedarfskündigungen reduzieren.

20 Unsere Bodenpolitik wird am Gemeinwohl orientiert. Bund, Länder und Kommunen sollen
21 öffentliches Eigentum an Grundstücken sichern und vermehren, um die Spekulation mit
22 Grund und Boden zu stoppen. Dazu ist das Vorkaufsrecht für Kommunen zu fairen Preisen
23 wichtig.

24 Wir werden dazu beitragen, dass kommunale Wohnbauflächen nicht veräußert werden,
25 Flächen zurückerworben werden und öffentliches Bauland nur auf dem Weg der Erbpacht
26 für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wird. Mit der Schaffung von Bodenfonds
27 unter Einbeziehung bundeseigener Grundstücke erhalten Kommunen ein Instrument für die
28 nachhaltige Stadtentwicklung und bezahlbaren Wohnungsbau. Wir werden die bislang nach
29 einer Zehn-Jahres-Frist geltende Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne nicht selbst
30 genutzter Grundstücke abschaffen. Um die Spekulation mit Wohnraum einzudämmen, werden

31 wir die Eigentümerstrukturen über ein zentrales Immobilienregister transparent
32 machen.

33 Wohneigentum dient nicht nur der Versorgung mit Wohnraum, sondern auch der Vermögens-
34 und Alterssicherung. Um insbesondere jungen Familien den Weg zu den eigenen vier
35 Wänden zu erleichtern, werden wir in angespannten Wohnlagen den Erwerb von
36 Genossenschaftsanteilen erleichtern. Wir werden Mietkaufmodelle fördern und ein
37 Programm „Jung-Kauft-Alt“ für den Erwerb von Bestandsimmobilien insbesondere in vom
38 Leerstand betroffenen Ortskernen auflegen.

39 Die Corona-Pandemie verstärkt die Strukturveränderungen in unseren Innenstädten und
40 Stadtteilzentren. Das betrifft den Einzelhandel, die Gastronomie und das Hotelgewerbe
41 ebenso wie Museen, Theater, Büchereien und Kinos. Die gemeinsam mit den Ländern
42 getragene Städtebauförderung sichern wir ab. Wir unterstützen die Städte dabei, die
43 Innenstädte lebendig zu halten und notwendige Nutzungsänderungen mitgestalten zu
44 können, unter anderem durch eine Mietpreisbegrenzung, einen Mieterschutz im
45 Gewerbeimmobilienbereich, durch Konzepte zur Revitalisierung von Standorten und die
46 Förderung von Co-Working-Spaces in den Innenstädten. Ein besonderes Augenmerk werden
47 wir auf die Entwicklung im ländlichen Raum legen.

Antrag 3.7.: Kapitel 3.7. GUT AUFWACHSEN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 3

1 3.7. Gut aufwachsen

2 Kinder und Jugendliche brauchen starke Familien. Sie brauchen Liebe, Zuwendung und
3 viel gemeinsame Zeit. Die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft hängt davon ab, dass
4 sich Menschen für Kinder entscheiden und sie auf ihrem Weg in ein selbständiges Leben
5 bestmöglich begleiten. Die Vereinbarkeit von Familienarbeit und Beruf ist für viele
6 noch immer ein täglicher Spagat – hier brauchen Eltern mehr Unterstützung. Das gilt
7 zumal dann, wenn neben der Kindererziehung noch Alltagshilfe oder Pflege für ältere
8 Angehörige zu leisten ist.

9 In der Krise ist erneut deutlich geworden, dass Fürsorgearbeit überwiegend von Frauen
10 geleistet wird. Wir treten dafür an, dass Familien mehr Zeit füreinander haben, und
11 dass es einfacher wird, Erwerbs- und Sorgearbeit gerechter zwischen allen
12 Geschlechtern aufzuteilen, und Alleinerziehende besser unterstützt werden.

13 Wir werden ein Vier-Säulen-Modell für mehr Familienzeit einführen. Die erste Säule
14 sind zwei Wochen Elternschaftszeit direkt nach Geburt eines Kindes, auf die jeder
15 Vater bzw. der/die Partner*in kurzfristig und sozial abgesichert Anspruch hat. Wir
16 werden damit Familien mit Kindern in ihrer allerersten Phase unterstützen und die
17 Voraussetzungen für eine gerechtere Aufteilung von Sorgearbeiten schaffen.

18 Die zweite Säule ist die Familienarbeitszeit, mit der wir den derzeitigen
19 Partnerschaftsbonus beim ElterngeldPlus zu einer flexiblen, geförderten
20 Elternteilzeit nach dem ersten Lebensjahr eines Kindes ausbauen werden. Wenn in
21 Paarfamilien beide Elternteile gleichzeitig oder Alleinerziehende etwas weniger als
22 Vollzeit arbeiten, sollen sie zukünftig je zehn Monate ElterngeldPlus erhalten –
23 mindestens 200 und höchstens 900 Euro. Diese Leistung kann so lange genutzt werden,
24 wie auch der Anspruch auf Elternzeit gilt, also bis zum achten Geburtstag des Kindes.
25 Denn auch jenseits des Kleinkindalters brauchen Eltern Zeit für ihre Kinder, sei es
26 bei der Einschulung, weil ein Umzug ansteht oder ein Kind einfach mehr unterstützt
27 werden muss als andere.

28 Die dritte Säule ist die dauerhafte Ausweitung der pandemiebedingt erhöhten
29 Kinderkrankentage auf 20 Tage pro Kind, Jahr und Elternteil (als „Elterngeld akut“) -
30 bei mehr als zwei Kindern maximal 45 Tage pro Elternteil und 90 Tage für
31 Alleinerziehende. Kinderkrankentage waren schon vor Corona oft zu knapp - gerade bei
32 jüngeren Kindern, die in den ersten Kita-Jahren häufig krank werden. Darüber hinaus
33 soll künftig auch anderer kurzzeitiger Betreuungsbedarf über das „Elterngeld akut“
34 organisiert werden können.

35 Unser Modell der Familienpflegezeit ist die vierte Säule. Wer Angehörige pflegt, soll
36 dabei unterstützt werden, die Pflege mit Erwerbsarbeit zu kombinieren. Das bedeutet:
37 15 Monate Anspruch auf Unterstützung (Lohnersatz) bei einer Arbeitszeitreduzierung
38 für jeden nahen Angehörigen ab Pflegegrad 2, auf mehrere Pflegepersonen aufteilbar
39 mit einer Mindestarbeitszeit von 15 bis 20 Stunden. Wichtig ist, dass Unternehmen
40 gezielt auch die Männer ermutigen, dieses Modell zu nutzen.

41 Wir werden dafür sorgen, dass alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer
42 Herkunft die gleichen Chancen haben, das Bestmögliche aus ihrem Leben zu machen.
43 Jedes Kind soll gut und geborgen aufwachsen und alle jungen Menschen sollen gut ins
44 Erwachsenenleben starten. Die Unterstützung von Kindern und Familien in Deutschland
45 ist vielfältig. Aber genau dort, wo sie besonders gebraucht wird, kommt sie oft nicht
46 an.

47 Wir haben deshalb ein Konzept der Kindergrundsicherung entwickelt, das aus zwei
48 zentralen Bereichen besteht. Zum einen aus einer Infrastruktur, die gerechte Bildung
49 und Teilhabe für alle Kinder ermöglicht. Sie beinhaltet gute und beitragsfreie Kitas,
50 ein Ganztagsangebot für Schulkinder, eine soziale Infrastruktur für Jugendliche und
51 freie Fahrt für Kinder und Jugendliche mit Bus und Bahn im Nahverkehr. Die
52 Kindergrundsicherung besteht zum anderen aus einem neuen existenzsichernden,
53 automatisch ausgezahlten Kindergeld, das nach Einkommen der Familie gestaffelt ist –
54 je höher der Unterstützungsbedarf, desto höher das Kindergeld. Damit machen wir das
55 Leben der Familien leichter, die es besonders schwer haben.

56 Der monatliche Basisbetrag dieses neuen Kindergeldes wird bei zirka 250 Euro liegen.
57 Der Höchstbetrag wird sich an den Ausgaben von Familien mit mittleren Einkommen für
58 Bildung und Teilhabe orientieren und mindestens doppelt so hoch sein wie der
59 Basisbetrag. Im Höchstbetrag sind das sächliche Existenzminimum inklusive
60 Wohnkostenpauschale sowie Bildungs- und Teilhabekosten enthalten. Das neue Kindergeld
61 ersetzt so den Kinderfreibetrag und bündelt bisherige Leistungen.

62 Junge Menschen in Ausbildung sollen durch direkte, elternunabhängige Auszahlung des
63 neuen Kindergeldes finanziell abgesichert werden - mit einem zusätzlichen,
64 auskömmlichen Fördersatz an BAföG obendrauf. Wir wollen Hilfen für Kinder,
65 Jugendliche und Familien bündeln, die von Krankheit oder Behinderung betroffen sind.
66 Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Eltern müssen einen einfachen Zugang zu
67 Unterstützungsleistungen haben. Dafür sind weitere Schritte notwendig. Der Kampf
68 gegen Bildungsbenachteiligung muss in allen Systemen konsequent stattfinden. Die
69 erste Bildungseinrichtung im Leben eines Kindes ist heute die Kita. Deshalb werden
70 wir die frühkindliche Bildung weiter ausbauen.

71 Ohne bezahlbare Wohnheimangebote ist für viele Auszubildende und Studierende eine
72 erfolgreiche Ausbildung nicht möglich. Wir werden sie ausbauen und zudem das
73 Jugendwohnen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe zukünftig für junge Menschen bis
74 27 Jahre ermöglichen sowie mehr Räume für Jugendarbeit schaffen.

75 Zur Unterstützung der beruflichen Orientierung und persönlichen Entwicklung, der
76 Stärkung des freiwilligen Engagements muss jeder junge Mensch nach Ende der Schulzeit
77 die Möglichkeit haben, sich für ein Jugendfreiwilligenjahr zu entscheiden. Wir werden

78 einen Rechtsanspruch auf Förderung aller Freiwilligendienst-Vereinbarungen für Unter-
79 27-Jährige schaffen, beispielweise im Freiwilligen Sozialen Jahr oder in
80 internationalen Freiwilligendiensten. Das Freiwillige Soziale Jahr Digital
81 (FSJdigital) werden wir neu auflegen. Das Engagement in Jugendfreiwilligendiensten
82 muss für junge Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft möglich sein. Dafür
83 soll es ein bundesweit einheitliches Freiwilligengeld geben, das junge Menschen
84 zusammen mit dem neuen gestaffelten Kindergeld elternunabhängig absichert.

85 Wir werden starke Kinderrechte auf Schutz, Beteiligung und Förderung und den Vorrang
86 des Kindeswohls im Grundgesetz verankern. Wir werden das Wahlalter für junge Menschen
87 auf 16 Jahre senken. Kinder und Jugendlichen müssen auf allen Ebenen an politischen
88 Prozessen beteiligt werden und einen Anspruch auf echte Beteiligung in kommunalen
89 Jugendhilfeausschüssen und Landesjugendhilfeausschüssen haben, die gesetzlich in den
90 Kommunalverfassungen verankert werden müssen. Jugendverbände und bestehende
91 Beteiligungsstrukturen wie Jugendringe, Kinder- und Jugendparlamente wollen wir
92 dauerhaft und nachhaltig finanzieren und jedes neue Gesetz einem Jugend-Check
93 unterziehen.

94 Die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Jugend- und Auszubildenden-Vertretungen (JAV)
95 werden wir verbessern, indem ihr Vertretungsrecht auf alle Beschäftigten in
96 Ausbildung ausgedehnt und die Gründung einer JAV erleichtert wird.

97 Mit einem Bundesprogramm „Gemeindehaus 2.0“ werden wir aufbauend auf dem Netz der
98 Mehrgenerationenhäuser noch mehr Angebote unter einem Dach bündeln:

99 außerschulischen Bildung, Sport, Kultur und Jugendarbeit, Netzwerke für den
100 Kinderschutz, barrierefreie digitale Infrastruktur für alle Kinder und Jugendlichen,
101 die sie für Bildung und gesellschaftliche Teilhabe benötigen. Selbstbestimmte Räume
102 für die Kinder- und Jugendarbeit müssen unabhängig davon erhalten und ausgebaut
103 werden. An Kinder gerichtete Werbung wollen wir reglementieren. Kitas und Schulen
104 müssen ein werbefreier Raum sein.

105 Ein gutes Ganztagsangebot ist entscheidend für gleiche Chancen – und das muss für alle
106 Kinder zur Verfügung stehen. Ganztagschulen sind Lern- und Lebensorte, wo gute
107 Chancen für alle ermöglicht und sichergestellt werden. Schule erreicht jedes Kind,
108 unabhängig von seiner Herkunft. Der Rechtsanspruch auf ein ganztägiges Bildungs- und
109 Betreuungsangebot im Grundschulalter ist ein wichtiger Beitrag zur
110 Bildungsgerechtigkeit und zudem für viele Eltern der notwendige nächste Schritt in
111 der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auf den sie dringend warten. Mehr als 70
112 Prozent wünschen sich ein solches Angebot für ihre Kinder.

113 Durch die Einschränkung des Präsenzunterrichts während der Pandemie droht sich die
114 Verbindung von Bildungserfolg und Familienhintergrund zu verfestigen und
115 Bildungsbenachteiligungen zu verstärken. Aus diesem Grund starten wir die
116 Bundesinitiative Chancengleichheit in der Bildung. Mit einem Bundesprogramm für
117 Schulsozialarbeit werden wir durch den Bund finanzierte Chancenhelfer für jede Schule
118 fördern.

119 Der Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse ist für uns bei der
120 Weiterentwicklung der Bund-Länder-Zusammenarbeit maßgebend, damit Kinder und

121 Jugendliche aus wirtschaftlich benachteiligten Familien nicht alleine gelassen
122 werden. Die Mittel von Bund und Ländern müssen durch die zusätzliche Einführung von
123 Sozialkriterien da ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

124 Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche sicher aufwachsen. Wir werden daher
125 Strafrecht und Prävention besser verbinden, um Kinder und Jugendliche wirksam zu
126 schützen. Wir brauchen Schutzkonzepte unter anderem mit Kinderschutzbeauftragten für
127 Kitas, Schulen und Jugendhilfe-Einrichtungen und werden das durch vom Bund geförderte
128 Pilotprojekte unterstützen. Darüber hinaus werden wir unabhängige Ombudsstellen
129 einrichten.

130 Wir werden Präventionsketten und Netzwerke für Kinder und Jugendliche aller
131 Altersgruppen schaffen, in denen Jugendhilfe und Gesundheitsdienst, Bildungs- und
132 Gesundheitseinrichtungen, öffentliche und freie Träger, Sportvereine und Verbände,
133 Polizei und Familiengerichte auf kommunaler Ebene verbindlich zusammenwirken.

134 Schutzstandards für Kinder und Jugendliche müssen auch im digitalen Raum gelten, also
135 auch beim Schutz der persönlichen Integrität, vor sexueller Belästigung und Gewalt,
136 bei Entwicklungsbeeinträchtigungen und wirtschaftlicher Ausbeutung. Um die
137 Belastungen für Kinder und Jugendliche vor allem in Kinderschutz- oder
138 Familienrechtsverfahren so gering wie möglich zu halten, setzen wir uns für eine
139 kindersensible Justiz ein.

Antrag 3.8.: Kapitel 3.8. GLEICHSTELLUNG VERWIRKLICHEN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 3

1 3.8. Gleichstellung verwirklichen

2 Bei der großen Aufgabe der Gleichberechtigung der Geschlechter wurde in den letzten
3 Jahrzehnten vieles erreicht, wenn auch lange noch nicht alles. Die Pandemie hat
4 erneut die immer noch ungleichen Chancen von Frauen und Männern gezeigt. Wir wollen
5 ein Jahrzehnt der Gleichstellung.

6 Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine Aufgabe für die gesamte
7 Gesellschaft. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche durchziehen muss:
8 Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Bildungs- und Rechtspolitik –
9 aber auch Haushalts- und Finanzpolitik. Dies schließt eine geschlechtergerechte
10 Haushaltssteuerung mit ein. Wir wollen die Gleichstellung von Männern und Frauen in
11 allen gesellschaftlichen Bereichen erreichen. Dazu werden wir die
12 Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung zu einem verbindlichen Fahrplan mit
13 konkreten und wirksamen Maßnahmen für alle Politikbereiche weiterentwickeln.

14 Gleichberechtigung ist auch eine Frage der politischen Repräsentation. Darum setzen
15 wir uns für Paritätsgesetze für den Bundestag, die Länder und Kommunen ein, damit
16 alle Geschlechter in gleichem Maße an politischen Entscheidungen beteiligt sind.

17 Das Prinzip des gleichen Lohns für die gleiche und gleichwertige Arbeit muss gelten.
18 Wir haben per Gesetz dafür gesorgt, dass Arbeitnehmer*innen einen Auskunftsanspruch
19 gegenüber ihrem Arbeitgeber haben, damit sie herausfinden können, ob andere
20 Kolleg*innen, die die gleiche Arbeit machen, mehr Geld dafür bekommen. Das reicht
21 aber nicht. Wir werden das Entgelttransparenzgesetz so weiterentwickeln, dass es
22 Unternehmen und Verwaltungen verpflichtet, Löhne und Gehälter im Sinne der
23 Geschlechtergerechtigkeit zu überprüfen und Verfahren festzulegen, mit denen
24 Ungleichheit bei der Entlohnung beseitigt wird, ohne dass sich Betroffene selbst
25 darum kümmern müssen. Wir werden eine entsprechende Regelung auch auf europäischer
26 Ebene vorantreiben.

27 Erfolgreiches Wirtschaften braucht geschlechterparitätische und kulturell vielfältige
28 Arbeitsteams. Das gilt selbstverständlich auch an den Unternehmensspitzen. Wir haben
29 bisher eine Quote für Aufsichtsräte eingeführt und geregelt, dass in größeren
30 Vorständen von börsennotierten und paritätisch mitbestimmten großen Unternehmen
31 mindestens eine Frau vertreten sein muss. Wir wollen, dass an der Spitze von
32 Unternehmen und in den Führungsebenen darunter genauso viele Frauen wie Männer
33 vertreten sind. Dies werden wir auf alle börsennotierten oder mitbestimmten
34 Unternehmen ausweiten und wirksame Sanktionen einführen für alle, die sich nicht

35 daran halten.

36 In Start-ups und den großen Tech-Unternehmen wird im buchstäblichen Sinne unsere
37 Zukunft programmiert. Frauen sollen daran einen relevanten Anteil haben. Der erste
38 Mensch auf der Welt, der eine Maschine programmiert hat, war eine Frau: Ada
39 Lovelace.

40 Doch heute sind IT-Berufe in hohem Maße von Männern dominiert, und an der Spitze von
41 Tech-Unternehmen in Deutschland sind Frauen noch seltener vertreten als im
42 Durchschnitt der Unternehmen. Wir wollen, dass Mädchen und junge Frauen früh
43 erfahren, dass Technik und Unternehmensgründung etwas für sie sein kann und setzen
44 uns weiterhin für die Förderung von Frauen und Mädchen im naturwissenschaftlichen und
45 technischen Bereich (MINT) ein. Wir wollen einen besseren Zugang für Frauen zu
46 Gründungskapital und eine umfassende und koordinierte Förderstrategie, um
47 geschlechtsbezogene Barrieren insbesondere für digitalisierungsbezogene
48 Unternehmensgründungen abzubauen.

49 Wenn der Einsatz von Algorithmen, zum Beispiel bei der Personalrekrutierung, über das
50 Leben oder die Chancen von Menschen mitentscheidet, dürfen sie niemals
51 diskriminieren. Wir wollen verantwortungsvolle Künstliche Intelligenzen (KI) und
52 Algorithmen, die vorurteilsfrei programmiert sind und auf diskriminierungsfreien
53 Datenlagen basieren. Dies soll regelmäßig geprüft und zertifiziert werden.

54 Dass jeden dritten Tag eine Frau durch die Hand ihres Partners oder Ex-Partners
55 stirbt, ist erschütternd. Jede siebte Frau erlebt Belästigung oder Gewalt am
56 Arbeitsplatz. Um Gewalt gegen Frauen wirksam zu bekämpfen, werden wir die
57 Zusammenarbeit aller Verantwortlichen in staatlichen und nichtstaatlichen
58 Institutionen verbessern. Entsprechend unserer Verpflichtungen aus der „Istanbul-
59 Konvention“ werden wir das Hilfesystem aus Beratungsstellen, Frauenhäusern und
60 anderen Schutzeinrichtungen weiterentwickeln und die internationalen Vereinbarungen
61 zum Schutz vor Gewalt am Arbeitsplatz umsetzen. Für von Gewalt betroffene Frauen
62 führen wir einen Rechtsanspruch auf Beratung und Schutz ein. Wir werden
63 Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Femizide einrichten – also zur Verfolgung von
64 Morden an Frauen, die begangen wurden, weil sie Frauen sind.

65 Paare, die sich für Kinder entscheiden, brauchen Versorgungssicherheit und die freie
66 Wahl des Geburtsortes. Ob nun stationär oder ambulant in der Klinik, im Geburtshaus
67 oder in den eigenen vier Wänden. Für eine gute Geburtsbegleitung ist ein
68 Betreuungsschlüssel für Hebammen notwendig, der eine Eins-zu-eins-Betreuung im
69 Kreißsaal vorsieht. Daher muss auch die Geburtshilfe aus dem System der
70 „diagnosebezogenen Fallpauschalen“ entlassen werden.

71 In der Familienplanung müssen Menschen selbstbestimmte Entscheidungen treffen können
72 – eigenständig, partnerschaftlich, und unabhängig vom Einkommen. Wir werden deshalb
73 für einen kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln sorgen und gezielt die Erforschung
74 von Verhütungsmethoden für Männer fördern.

75 Frauen und Paare, die sich in einer Konfliktsituation für einen
76 Schwangerschaftsabbruch entscheiden, brauchen Zugang zu Informationen und einer
77 wohnortnahen, guten medizinischen Versorgung – das gilt ambulant wie stationär.

78 Deshalb müssen Länder und Kommunen dafür sorgen, dass Krankenhäuser, die öffentliche
79 Mittel erhalten, Schwangerschaftsabbrüche als Grundversorgung anbieten. Wir erkennen
80 die Verantwortung und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen an. In Hinblick auf die
81 Paragraphen 218 und 219a stellen wir fest: Schwangerschaftskonflikte gehören nicht
82 ins Strafrecht.

83 In der Familie wird füreinander Verantwortung übernommen. Die Ehe ist und bleibt
84 dafür attraktiv. Deshalb haben wir die Ehe für alle durchgesetzt. Zugleich ist klar,
85 Verantwortung hängt nicht am Trauschein. Wir werden vielfältige Familienmodelle
86 rechtlich absichern. Mit der Verantwortungsgemeinschaft schaffen wir nach dem Vorbild
87 des französischen „Pacte civil de solidarité (PACS) eine Möglichkeit des füreinander
88 Einstehens für alle, zu deren Lebenssituation das klassische Ehe-Modell nicht passt.
89 Mit der Verantwortungsgemeinschaft unterstützen wir beispielsweise Regenbogenfamilien
90 zusätzlich darin, füreinander Sorge zu tragen und Verantwortung zu übernehmen, wenn
91 sich mehrere Menschen mit oder anstelle der biologischen Eltern um Kinder kümmern.

92 Wir schaffen ein modernes Abstammungsrecht. Wir setzen uns ein für gleiche Rechte von
93 gleichgeschlechtlichen Partner*innen in der Ehe, insbesondere bei Adoptionen. Kein
94 Gericht sollte künftig mehr über die Anpassung des Personenstandes entscheiden.
95 Psychologische Gutachten zur Feststellung der Geschlechtsidentität werden wir
96 abschaffen. Jeder Mensch sollte selbst über sein Leben bestimmen können. Wir wollen,
97 dass trans-, inter- und nicht binäre Menschen im Recht gleich behandelt werden,
98 deshalb werden wir das Transsexuellengesetz reformieren. Das Diskriminierungsverbot
99 wegen der geschlechtlichen und sexuellen Identität wollen wir in Art. 3 Abs. 3 GG
100 aufnehmen.

101 Die gleichberechtigte Teilhabe aller Geschlechter und Identitäten ist ein Gewinn für
102 die ganze Gesellschaft. So können alte Rollen- und Denkmuster aufgebrochen werden.
103 Wir setzen uns für die Anerkennung und Gleichstellung von Lesben, Schwulen,
104 Bisexuellen, Trans-, Inter- und queeren Menschen (LSBTIQ*) ein. Wir setzen uns die
105 rechtliche Absicherung von LSBTIQ*-Familien und Trans* und Inter*Personen zum Ziel.

106 Wir stellen uns konsequent gegen Diskriminierung und Gewalt. Wir werden einen
107 nationalen Aktionsplan gegen Homo-, Bi-, Trans- und Interphobie und Gewalt gegen
108 LSBTIQ* einführen. Wir fördern den Kampf gegen Hass und Gewalt, die sich gegen queere
109 Menschen richtet. Wir werden darauf hinwirken, dass die diskriminierende Richtlinie
110 der Bundesärztekammer zur Blutspende abgeschafft wird.

111 In unserer Gesellschaft soll das tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne
112 Behinderungen selbstverständlich werden. Menschen mit Behinderungen sollen bessere
113 Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Auch für sie gilt das Recht auf gute Arbeit.
114 Das werden wir durch die Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen und die
115 Weiterentwicklung der Ausgleichsabgabe unterstützen. Viele Menschen mit Behinderungen
116 sind gut oder sogar sehr gut ausgebildet und in Zeiten des Fachkräftemangels begehrte
117 Arbeitskräfte. Wir setzen uns dafür ein, dass eine einheitliche Ansprechstelle für
118 Arbeitgeber*innen kleiner und mittlerer Unternehmen geschaffen wird, die bei Fragen
119 beispielsweise zu Barrierefreiheit oder Lohnzuschüssen berät.

120 Das gesellschaftliche Leben muss auf allen Ebenen für Menschen mit Behinderung

121 inklusiv gestaltet werden. Dabei ist Barrierefreiheit unverzichtbar. Wir werden vor
122 allem die Kommunen bei dieser Aufgabe unterstützen. Der große Mangel an
123 barrierefreien bzw. armen Wohnraum, Sporthallen und anderen Freizeiteinrichtungen
124 muss behoben werden. Wir werden ein Bundesprogramm Barrierefreiheit initiieren, das
125 über entsprechende Ressourcen verfügen muss.

Antrag 3.9.: Kapitel 3.9. ZUSAMMEN LEBEN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 3

1 3.9. Zusammen leben

2 Grundvoraussetzung für ein gemeinsames Leben in einer Gesellschaft des Respekts ist
3 die Gewissheit, dass man dazugehört, dass man unabhängig von einer familiären
4 Migrationsbiografie akzeptiert ist und dazugehört.

5 Für Deutschland ist Migration nichts Unbekanntes. Unser Land hat stets Menschen aus
6 anderen Regionen aufgenommen – genauso wie auch Deutsche in anderen Ländern der Welt
7 eine neue Heimat gefunden haben. Das macht uns als Gesellschaft reicher und bringt
8 uns voran. Unser Ziel ist, dafür zu sorgen, dass diese Selbstverständlichkeit und das
9 Zusammengehörigkeitsgefühl in allen Bereichen der Gesellschaft sichtbar und spürbar
10 werden. Es geht darum, allen Bürger*innen zu garantieren, dass sie dieselben Chancen
11 und Möglichkeiten haben – frei von Diskriminierung.

12 Dafür werden wir die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes stärken und das
13 Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz modernisieren. Gleichzeitig werden wir
14 nachdrücklich gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus,
15 Islamfeindlichkeit, Sexismus und LSBTIQ*-Feindlichkeit vorgehen. Ein besserer
16 Austausch und ein abgestimmtes Vorgehen, zum Beispiel durch die Schaffung einer Bund-
17 Länder-Kommission, ist ein wichtiger Schritt. Zudem müssen Straftaten in diesem
18 Bereich konsequenter erfasst und geahndet werden.

19 Integration ist eine permanente gesellschaftliche, wie auch staatliche Aufgabe. Wir
20 möchten allen Menschen, die neu zu uns kommen den Anspruch auf Integrations- und
21 Beteiligungsangebote gewährleisten. Für das Miteinander stärken wir die Integrations-
22 und Sprachkurse für alle zugewanderten Menschen in Deutschland, zu denen sie –
23 ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit und ihres Aufenthaltsstatus – von Tag eins an
24 Zugang haben sollen. Alle Kinder müssen unmittelbar die Möglichkeit erhalten, eine
25 Kita zu besuchen; auch die Schulpflicht gilt unmittelbar für alle Kinder. Familien
26 gehören zusammen. Auch die Integration klappt am besten mit der Familie. Die
27 Regelungen für den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten wollen wir daher
28 wieder an die für Flüchtlinge angleichen. Dabei werden wir auch Regelungen für den
29 Geschwisternachzug zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen schaffen.

30 Gleichwohl muss unsere Integrationsfähigkeit weit mehr als die Finanzierung von
31 Sprach- und Integrationskursen umfassen. Und es geht auch nicht nur um neu
32 Zugezogene. Auch die Kinder und Enkel der damals so genannten „Gastarbeiter*innen“
33 und „Vertragsarbeiter*innen“ der 60er Jahre erfahren noch heute Diskriminierung im
34 Alltag. Der öffentliche Dienst muss Vorbild in Sachen Integration sein. Im Sinne der

35 Chancengleichheit ist darauf zu achten, dass auch marginalisierte Personengruppen
36 Zugang zu Stellen im öffentlichen Dienst erhalten und dass es allen Beschäftigten
37 gleichermaßen möglich ist, sich fortzubilden und aufzusteigen. Wir brauchen darum
38 neben zielgruppenspezifischen Formulierungen von Stellenausschreibungen, Anerkennung
39 von Vielfaltskompetenzen, Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen sowie
40 Entgeltgerechtigkeit auch ein Partizipations- und Integrationsgesetz, das staatliche
41 Institutionen zu einem Prozess der interkulturellen Öffnung verpflichtet.

42 Unsere Gesellschaft des Respekts braucht ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht.
43 Nachdem wir bereits dafür gesorgt haben, dass grundsätzlich alle in Deutschland
44 geborenen Kinder mit der Geburt auch deutsche Staatsbürger*innen sind, werden wir
45 auch die generelle Möglichkeit von Mehrstaatigkeit gesetzlich verankern. Wir wollen
46 bestehende Hürden bei Einbürgerungen abschaffen und hierfür auch die geltende
47 Regelaufenthaltsdauer von bisher acht Jahren verkürzen.

48 Für den Kampf gegen Rassismus in der deutschen Gesellschaft braucht es eine kritische
49 Auseinandersetzung mit unserer kolonialen Vergangenheit. Es gilt verantwortungsvoll
50 mit unserer historischen Schuld umzugehen.

51 Wir begrüßen das Engagement in den Religionsgemeinschaften und Kirchen. Den
52 interreligiösen Dialog werden wir weiter fördern und verstärken. Die
53 Religionsfreiheit ist fest im Grundgesetz verankert und wir schützen sie.

Antrag 3.10.: Kapitel 3.10. DEMOKRATIE STÄRKEN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 3

1 3.10. Demokratie stärken

2 Demokratie ist verletzlich. Sie zu schützen ist erforderlich. Deshalb müssen wir
3 unsere Demokratie wehrhaft gegen ihre Feinde machen. Dabei hat sich die
4 ausdifferenzierte föderale Sicherheitsstruktur bewährt. Wir werden sie weiter
5 verbessern durch eine wirkungsvollere Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern.

6 Demokratie ist die Basis einer Gesellschaft, die allen die Chance bietet, in Freiheit
7 und Sicherheit zu leben. Mit einem Demokratiefördergesetz werden wir Vereine,
8 Projekte und Initiativen langfristig fördern und sie besser wappnen gegen die Feinde
9 unserer offenen Gesellschaft. Wir werden das Bundesprogramm „Demokratie leben!“
10 weiter ausbauen und hierüber Präventionsprojekte auf Bundes-, Landes und kommunaler
11 Ebene fördern. Auch politische Bildung ist unverzichtbar. Wir werden
12 Arbeitnehmer*innen verstärkt in die Lage versetzen, ihren gesetzlichen Bildungsurlaub
13 zu nutzen, um sich einfacher für ihr ehrenamtliches Engagement freustellen zu
14 lassen.

15 Millionen Bürger*innen engagieren sich ehrenamtlich in (Sport-)Vereinen, der
16 freiwilligen Feuerwehr, Kirchen- und Religionsgemeinschaften, Tafeln, Frauennotrufen,
17 Flüchtlingsorganisationen, dem THW und anderen Organisationen. Mit ihrer Arbeit
18 tragen sie dazu bei, dass unser Gemeinwesen funktioniert. Dieses ehrenamtliche
19 zivilgesellschaftliche Engagement ist für uns unverzichtbar. Wir werden es daher
20 weiter unterstützen.

21 Sport hat eine zentrale Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft,
22 für Inklusion, Integration und gegen Diskriminierung. Breiten- und Leistungssport
23 werden wir fördern. Wir stehen als Sozialdemokraten*innen für einen Sport, der unsere
24 Verfassungswerte auch in nationalen und internationalen Wettbewerben vorlebt. Wir
25 werden auch in den kommenden Jahren den Spitzensport fördern. Darüber hinaus
26 verlieren wir die Belange und Sorgen unserer Vereine vor Ort nicht aus dem Blick.
27 Bund, Bundesländer und Kommunen sind gleichermaßen aufgefordert, die Basis des Sports
28 bei der Überwindung der pandemiebedingten Probleme in besonderer Weise zu
29 unterstützen.

30 Wir werden sicherstellen, dass steuerbegünstigte Körperschaften wie Vereine bei der
31 Verfolgung ihrer satzungsmäßigen Zwecke auch politisch tätig sein können und z.B. der
32 Aufruf eines Sportvereins zu einer Demonstration gegen Rassismus und
33 Fremdenfeindlichkeit möglich ist, ohne diese steuerliche Vergünstigung zu verlieren.

34 Extremisten und Terroristen bedrohen unsere freie Gesellschaft. Um dieser erheblichen
35 Gefahr wirksam begegnen zu können, muss der Verfassungsschutz die Rolle eines
36 demokratischen Frühwarnsystems erfüllen. Verfassungsfeindliche Organisationen werden
37 wir verbieten.

38 Wo Religionsfreiheit missbraucht wird und in religiösen Fanatismus umschlägt, müssen
39 staatliche Sicherheitsbehörden konsequent eingreifen. Mit aller Konsequenz und Härte
40 werden wir weiter gegen Terror und Gewalt vorgehen. Dafür haben wir die gesetzlichen
41 Grundlagen geschaffen.

42 Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden oder auch bei der Bundeswehr bekämpfen wir
43 konsequent. Der Entstehung von rassistischen Denkmustern im Polizeialltag wirken wir
44 entgegen. Wir unterstützen die Einrichtungen von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur
45 Verfolgung von Antisemitismus und Rassismus.

Antrag 3.11.: Kapitel 3.11. KULTUR FÖRDERN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 3

1 3.11. Kultur fördern

2 Kultur ist lebensnotwendig, als Inspirationsquelle und Katalysator von Debatten.
3 Viele Fragen, die uns zurzeit bewegen, sind im Kern kulturpolitische Fragen. Wir
4 erleben ja nicht nur die Bedrohung des sozialen Zusammenhalts, sondern auch ein
5 Schwinden des gemeinsamen Sinns und der gemeinsamen Wertegrundlage. Für eine
6 Demokratie eine beunruhigende Entwicklung.

7 Angesichts der existentiellen Bedeutung von Kunst und Kultur müssen wir uns als
8 Gesellschaft darüber verständigen, was Kulturpolitik im 21. Jahrhundert leisten muss.
9 Dafür wollen wir die kulturpolitischen Spitzengespräche zu einem bundesweiten
10 Kulturplenium weiterentwickeln, in dem neben Kommunen, Ländern und Bund auch
11 Kulturproduzent*innen, ihre Verbände und die Zivilgesellschaft vertreten sind, um
12 einen neuen Kulturkonsens über die Aufgaben und Verfahren der Kulturpolitik, ein
13 kulturelles Bündnis der Vielfalt und Freiheit zu erarbeiten. Wir wollen Kultur als
14 Staatsziel im Grundgesetz verankern.

15 Zur Förderung der Kultur müssen die bestehenden Infrastrukturen aufrechterhalten und
16 die Produktionsmöglichkeiten künstlerischer und kultureller Inhalte auch in der
17 freien Szene gesichert werden. Dazu werden wir die Lebens- und Arbeitsbedingungen von
18 Künstler*innen verstärkt berücksichtigen. Zur besseren sozialen Sicherung von
19 freischaffenden Künstler*innen werden wir Mindestgagen und Ausstellungshonorare fest
20 etablieren.

21 Wir wollen die Mittel bereitstellen, damit Kunst entstehen kann und
22 Kultureinrichtungen allen offenstehen, vom Theater bis zum Musikclub, vom Museum bis
23 zum soziokulturellen Zentrum, von der Bibliothek bis zur Musikschule. Eine
24 entscheidende Aufgabe wird sein, die Kommunen auch finanziell dauerhaft in die Lage
25 zu versetzen, Kunst und Kultur aus eigener Kraft zu fördern. Wir werden die
26 Bundeskulturfonds ausbauen und Programme auflegen, mit denen kulturelle Freiräume
27 gesichert und entwickelt werden können. Wir werden die Rahmenbedingen auf den Märkten
28 für Kultur- und Kreativwirtschaft so gestalten, dass entsprechende Geschäfts- und
29 Erlösmodelle gestärkt werden.

30 Wir verbessern die Filmförderung durch die Filmförderanstalt (FFA), sichern mit der
31 Novelle des Filmförderungsgesetzes die Einnahmehasis des Filmschaffenden, unterstützen
32 die internationale Ausstrahlung deutscher Filme, bewahren das Filmerbe und gestalten
33 die Entscheidungsgremien effizienter. Wir wollen die Produktion von audiovisuellen
34 Inhalten am Standort Deutschland fördern, um so zukunftsfähige Arbeitsplätze zu

35 erhalten und neue zu schaffen. Eine nachhaltige Finanzierungsbasis der Kinoförderung
36 ist nötig, um Kinos erfolgreich in die Zukunft zu führen und ihre regionale Präsenz
37 als Kulturorte sicherzustellen. Wir werden Zukunftskonzepte für die Filmförderung mit
38 der Film-Community entwickeln.

39 Games sind Kulturgut, Innovationsmotor und Wirtschaftsfaktor. Die Potentiale von
40 Games in der digitalen Bildung aber auch von eSports in Vereinen und Schulen werden
41 jedoch noch unzureichend genutzt. Die Förderung von Computerspielen wollen wir darum
42 dauerhaft verankern. Wir werden die Entwicklung von eSports in Deutschland weiter
43 unterstützen, beispielsweise dadurch, dass er gemeinnützig wird. Wir werden allen
44 Bürger*innen den Zugang zu Kunst und Kultur ermöglichen, unabhängig von Herkunft,
45 Bildung, sozialer Lage und finanziellen Mittel. Wir werden uns darum kümmern, dass
46 sich Kultureinrichtungen weiter öffnen können. Wir werden die Vielfalt in den
47 kulturellen Einrichtungen stärken. Wir werden die Diversität und
48 Geschlechtergerechtigkeit auch in Führungspositionen, Gremien und Jurys ausbauen.

49 Teilhabe an Kunst und Kultur ist ein Schlüssel zu Selbstbewusstsein,
50 Persönlichkeitsentwicklung, Bildung und Integration. Wir werden sie auch durch
51 Programme wie „Kultur macht stark“ nachhaltig als Teil schulischer und
52 außerschulischer Bildung sichern.

53 Wir werden die Digitalisierung von Mediatheken vorantreiben und unser kulturelles
54 Erbe sichern und besser zugänglich machen. Wir werden die Entwicklung des Digitalen
55 als künstlerischen Raum stärken und digitale Kunstprojekte fördern. Nicht zuletzt
56 werden wir auch die Entwicklung digitaler Kulturveranstaltungen und Erlösmodelle
57 aktiv unterstützen. Kulturaustausch soll sowohl die gesellschaftliche und
58 künstlerische Zusammenarbeit in Europa als auch die europäischen Werte wie Offenheit,
59 Gleichheit, Freiheit und Humanismus betonen.

60 Kulturelles Netzwerk, Kulturplattformen und Kulturakteure sind Partner staatlichen
61 Handelns. Der gemeinsame Auftritt zum Beispiel des Goethe-Instituts und des Institut
62 Français zeigt, wie wir mit unseren Werten und den uns gemeinsam herausfordernden
63 Themen wie dem Kolonialismus umgehen können.

64 Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus stellen uns vor neue
65 Herausforderungen insbesondere in der Aufarbeitung der NS-Verbrechen und der Shoah.
66 Wir werden die wissenschaftliche und gesichtsdidaktische Aufbereitung der
67 Zeitzeugenberichte und des Quellenmaterials zur NS-Zeit besser unterstützen. Wir
68 werden kleine Initiativen und Gedenkorte stärker unterstützen.

69 Wir werden die Bundesstiftung Aufarbeitung stärken, damit auch das Engagement der
70 Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur landesweit mehr Unterstützung erhält. Wir
71 unterstützen das Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche
72 Einheit.

73 Mit Blick auf die von Deutschen verübten Kolonialverbrechen werden wir auch
74 bundespolitisch die Entwicklung einer postkolonialen Erinnerungskultur fördern. Zu
75 ihr gehören ein veränderter Umgang mit kolonial belastetem Sammlungsgut in Museen.
76 Herausragende Orte der Demokratiegeschichte Deutschlands wollen wir auf Bundesebene
77 fördern.

Antrag 3.12.: Kapitel 3.12. EINANDER BESSER VERSTEHEN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 3

1 **3.12. Einander besser verstehen**

2 Die neue Welt ist digital und medial. Deshalb sind digitale und mediale Teilhabe,
3 Vielfalt, Chancengleichheit und ein kommunikativer Pluralismus von grundlegender
4 Bedeutung. Wir begreifen Medienpolitik auf allen staatlichen Ebenen als
5 Gesellschaftspolitik. Sie dient dazu, das offene demokratische Gespräch unserer
6 Gesellschaft zu stärken.

7 Wir setzen uns gesamtstaatlich für einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein
8 und unterstützen die Länder darin, den Auftrag in einer digitalen Medienwelt weiter
9 zu entwickeln. Gerade jetzt braucht es öffentlich-rechtliche Angebote, die eine
10 umfassende und tiefgreifende journalistische Berichterstattung sicherstellen.

11 Wir werden die Rahmenbedingungen privatwirtschaftlichen Medienschaffens stärken und
12 insbesondere dort unterstützen, wo bundesrechtliche Fragen des Wettbewerbs-, Urheber-
13 oder Telekommunikationsrechts die Rahmenbedingungen privater Medienmärkte prägen. Den

14 Verlagen werden wir dabei helfen, die Transformation ins Digitale erfolgreich zu
15 bewältigen. Wir werden die Auskunfts- und Berichterstattungsrechte von
16 Journalist*innen stärken. Wir werden Journalismus im Gemeinnützigkeitsrecht
17 verankern, so dass auch die Stiftungsfinanzierung möglich ist, ohne dass damit
18 marktwirtschaftliche Strukturen konterkariert werden.

19 Mit Sorge nehmen wir wahr, dass Journalist*innen und Medienunternehmen in vielen
20 Teilen der Welt zunehmend durch staatliche Institutionen und Amtsträger angegriffen,
21 bedroht und in ihrer Freiheit beeinträchtigt werden. In bilateralen Gesprächen und
22 zwischenstaatlichen Zusammenschlüssen werden wir daher Initiativen für den Schutz der
23 Pressefreiheit sowie der Arbeit von Journalist*innen und Medienunternehmen
24 verstärken.

25 Allen Bürger*innen in Deutschland eine mediale Teilhabe zu ermöglichen, ist eine
26 gemeinsame Verantwortung aller Medien sowie der öffentlichen Stellen. Wir wollen
27 barrierefreie Angebote ausbauen und gemeinsam mit den Medienanbietern die Chancen der
28 Digitalisierung und der technischen Möglichkeiten auch hier nutzen.

29 Die Corona-Krise hat sehr deutlich gezeigt: Der Bedarf an digital verfügbaren Medien,
30 Bildungs- und Kulturinhalten ist groß. Wir setzen uns daher für eine stärkere
31 Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen den Akteuren ein, insbesondere aus den
32 Bereichen Medien, Kultur und Bildung.

33 Medienkompetenz ist vor allem eine Demokratiekompetenz. Lernen, Arbeiten,
34 Identitätsbildung, Persönlichkeitsentwicklung und die Kommunikation mit anderen sind
35 in unserem Alltag zunehmend an soziale Medien gebunden. Dafür wollen wir die kreative
36 Energie der Netzcommunity mit der Qualität und Erfahrung der klassischen Medien
37 zusammenbringen. Wir wollen Entwicklungsräume schaffen, in denen die digitale
38 Transformation der Medienwelt gelingt, und diese mit Bildungsangeboten verknüpfen.

Antrag 3.13.: Kapitel 3.13. SICHER LEBEN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 3

1 3.13. Sicher leben

2 Deutschland ist eines der sichersten Länder der Welt. Wir werden dafür sorgen, dass
3 dies so bleibt. Denn wer von Kriminalität bedroht ist oder sich von ihr bedroht
4 fühlt, handelt nicht mehr frei.

5 Durch vorbeugende Maßnahmen wollen wir verhindern, dass Bürger*innen Opfer von
6 Kriminalität werden. Gute Sozial-, Arbeitsmarkt-, Kinder-, Familien- und
7 Integrationspolitik bilden die notwendige Basis einer erfolgreichen Prävention.

8 Für mehr Sicherheit in Deutschland kommt es auf motivierte, gut ausgebildete und gut
9 ausgestattete Polizist*innen an. Es ist unakzeptabel, dass Polizist*innen und
10 Rettungsdienste wie auch Behördenmitarbeiter*innen zunehmend angegriffen und
11 beleidigt werden. Sie verdienen Anerkennung und Respekt für ihre Arbeit. Das muss
12 sich auch in einem modernen Dienstrecht, guten Arbeitsbedingungen und in einer
13 Angemessenen Bezahlung für Beamt*innen und Mitarbeiter*innen der Polizei
14 widerspiegeln. Bund und Länder müssen als attraktiver öffentlicher Dienst
15 untereinander wieder durchlässiger werden und gleichzeitig gegenüber der Wirtschaft
16 wettbewerbsfähig sein.

17 Wir bekämpfen organisierte Kriminalität. Wir sorgen dafür, dass die Herkunft von
18 schmutzigem Geld einfacher nachweisbar wird. Notwendig sind kontinuierliche und
19 flächenübergreifende Strukturermittlungen der Länderpolizeien, der Bundespolizei und
20 des Zolls zusammen mit BKA und Europol.

21 Wir verbessern die Strukturen der Sicherheitsbehörden und sorgen für eine
22 reibungslosere Verzahnung mit der Justiz. Bei begangenen Straftaten müssen Verfahren
23 unmittelbar aufgenommen werden. Die Bestrafung muss schnell im Zusammenhang mit der
24 Tat erfolgen.

25 In Gefängnissen sollen Täter*innen ihre Strafe verbüßen. Sie sollen immer auch Orte
26 der Resozialisierung sein. Mit den Bundesländern werden wir Maßnahmen zum Schutz vor
27 Radikalisierung und zur Deradikalisierung von Straftäter*innen voranbringen. Um
28 gezielter vorbeugen zu können, müssen wir mehr wissen über
29 Kriminalitätsentwicklungen. Dafür werden wir den Periodischen Sicherheitsbericht
30 wieder regelmäßig erarbeiten lassen.

31 Wir haben in Deutschland ein leistungsfähiges Hilfesystem für Katastrophen.
32 Ehrenamtliche bilden gerade im ländlichen Raum das Herzstück dieser Strukturen. Wir
33 werden dieses unverzichtbare Engagement weiter unterstützen.

- 34 Gleichzeitig zeigen sich hier neue wie bereits bekannte Herausforderungen:
35 Cyberattacken, Desinformation und Terrorismus stellen erhebliche Bedrohungen dar, die
36 schnell weite Teile Bevölkerung betreffen können. Wir sorgen dafür, dass Bund, Länder
37 und Kommunen besser und schneller Hand in Hand arbeiten können.

Antrag 3.14.: Kapitel 3.14. GESUNDHEITSSCHUTZ, JUGENDSCHUTZ UND ENTKRIMINALISIERUNG BESTIMMEN UNSERE DROGENPOLITIK

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 3

1 3.14. Gesundheitsschutz, Jugendschutz und

2 Entkriminalisierung bestimmen unsere Drogenpolitik

3 Wie Alkohol ist auch Cannabis eine gesellschaftliche Realität, mit der wir einen
4 adäquaten politischen Umgang finden müssen. Verbote und Kriminalisierung haben den
5 Konsum nicht gesenkt, sie stehen einer effektiven Suchtprävention und Jugendschutz
6 entgegen und binden enorme Ressourcen bei Justiz und Polizei. Eine regulierte Abgabe
7 von Cannabis an Erwachsene soll in Modellprojekten von Ländern und Kommunen erprobt
8 werden können, begleitet durch Maßnahmen der Prävention, Beratung und Behandlung im
9 Jugendbereich. Zudem werden wir bundeseinheitlich regeln, dass der Besitz kleiner
10 Mengen von Cannabis strafrechtlich nicht mehr verfolgt wird.

Antrag 3.15.: Kapitel 3.15. NATUR RESPEKTIEREN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 3

1 **3.15. Natur respektieren**

2 Wir wollen unseren natürlichen Lebensraum erhalten. Dazu müssen wir raus aus der
3 Wegwerfgesellschaft. Der Kreislaufwirtschaft gehört die Zukunft.

4 Insbesondere die Verschmutzung der Meere durch Plastik ist alarmierend. Wir müssen
5 die zunehmende Plastikflut zurückdrängen. Das gelingt nur, wenn wir unnötiges Plastik
6 vermeiden und abschaffen. Dort, wo Einweg-Kunststoff nicht vermeidbar ist, werden wir
7 umweltfreundliche und recycelbare Lösungen einfordern. Möglichst viel Kunststoff muss
8 aufbereitet und wiederverwendet werden. Wir wollen die Hersteller noch stärker in die
9 Pflicht nehmen. Produkte müssen so gestaltet werden, dass man sie wiederverwenden,
10 recyceln und auch reparieren kann.

11 Wir setzen uns ein für Biodiversitätspolitik, um Ökosysteme zu schützen und
12 wiederherzustellen. Eine besondere Rolle kommt dem Erhalt der Wälder zu. Ebenso
13 wollen wir den Einsatz von Dünger und Pestiziden reduzieren.

14 Ohne leistungsstarke Kohlenstoffsinken kann Deutschland nicht klimaneutral werden.
15 Eine besondere Bedeutung fällt dabei Mooren und Wäldern zu. Bestehende Moore müssen
16 geschützt und trockengelegte Moore müssen im großen Stil wiedervernässt werden.
17 Wälder müssen an den Klimawandel angepasst werden, damit sie auch in Zukunft ihre
18 wichtige Rolle für den Klimaschutz und die Biodiversität erfüllen können.

19 Die Landwirtschaft hat bei der Bekämpfung des Klimawandels und dem Erhalt der
20 Artenvielfalt eine zentrale Rolle. Wir werden daher die Agrarförderung so ausrichten,
21 dass eine umweltschonende Landwirtschaft im Wettbewerb mithalten kann.

22 Lebensmittel sind unsere Lebensgrundlage. Sie sollten auch den Landwirt*innen ihre
23 Lebensgrundlage sichern. Dies geht nur mit fairen Preisen für hochwertige
24 Nahrungsmittel. Wir werden im Lebensmittelhandel unfairen Handelspraktiken einen
25 Riegel vorschieben, denn sie schaden Verbraucher*innen, Landwirt*innen und fair
26 handelnden Wettbewerbern.

27 Der Boden, als wichtigstes Gut in der Landwirtschaft, steht den selbst
28 wirtschaftenden Betrieben vor Ort zu. Er darf kein Spekulationsobjekt sein. Wir
29 werden ihn vor Investoren ohne Agrarbezug schützen. Tierleid ist nicht zu
30 rechtfertigen, auch nicht aus wirtschaftlichem Interesse. In der Nutztierhaltung
31 setzen wir konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls bei Einführung einer
32 flächenbezogenen Obergrenze. Den Antibiotikaeinsatz werden wir reduzieren. Wir werden

33 für die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit
34 nachvollziehbaren Regeln sorgen und den Transport von lebenden Tieren auf acht
35 Stunden begrenzen.

36 Für immer mehr Menschen ist die Qualität der Nahrungserzeugung und ihre Wirkung auf
37 Umwelt und Klima relevant. Unser Ziel ist es, gesunde und nachhaltige Ernährung für
38 alle zu ermöglichen. Eine kostenlose, den Standards der Deutschen Gesellschaft für
39 Ernährung entsprechende gesundheitsfördernde Kita- und Schulverpflegung ist die
40 wichtigste Maßnahme gegen Ernährungsarmut. Wir werden Verbraucher*innen die gesunde
41 und nachhaltige Wahl erleichtern und dabei auch die Wirtschaft in die Verantwortung
42 nehmen.

43 Um die Lebensmittelverschwendung einzudämmen, werden wir es den Produzenten und dem
44 Handel untersagen, genießbare Nahrungsmittel wegzuerwerfen. Wir wollen den Wildwuchs an
45 selbst kreierten Labeln von Unternehmen zur Nachhaltigkeit ihrer Produkte beenden und
46 ein verbindliches staatliches Label entwickeln.

47 Wir werden die Lebensmittelsicherheit durch mehr Kontrollen verbessern und es den
48 Verbraucher*innen durch die Einführung eines Hygienebarometers ermöglichen, sich über
49 die Kontrollergebnisse zu informieren. Wir bleiben beim Nein zu gentechnisch
50 veränderten Pflanzen.

EUROPPA
STÄRKEN

HEISST

ZUSAMMENHALT

STÄRKEN.

Antrag 4.0.: Kapitel 4.0. SOUVERÄNES EUROPA IN DER WELT

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 4

1 **IV. Souveränes Europa in der Welt**

- 2 Die Einheit Europas ist eine zivilisatorische Errungenschaft. Sie ist unsere
3 gemeinsame Chance auf eine bessere Zukunft im 21. Jahrhundert. Gleichzeitig stellt
4 die Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen die größte Herausforderung der
5 Europäischen Union (EU) seit ihrer Gründung dar.
- 6 Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft haben wir dafür genutzt, einen solidarischeren
7 und besseren Weg zu gehen als bei der letzten großen Krise vor gut zehn Jahren. Die
8 historischen Entscheidungen zu dem größten Wiederaufbauprogramm in der Geschichte der
9 Europäischen Union hätte es ohne die SPD nicht gegeben. Ein Paradigmenwechsel
10 deutscher Europapolitik.

Antrag 4.1.: Kapitel 4.1. SOLIDARITÄT STÄRKEN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 4

1 **4.1. Solidarität stärken**

2 Wir werden aus der Krise gestärkt hervorgehen, wenn wir in Europa solidarisch
3 zusammenhalten und die EU für die großen Zukunftsaufgaben robuster und
4 handlungsfähiger machen. Wir setzen uns dafür ein, dass aus dem Wiederaufbaufonds und
5 der in der Krise gestärkten europäischen Solidarität ein dauerhafter
6 Integrationsfortschritt wird. Wir werden innere Handlungsblockaden der EU abbauen und
7 die äußere Handlungsautonomie fortentwickeln.

8 Nur mit einer solidarischen und souveränen EU sind wir in der Lage, die Welt von
9 morgen mitzugestalten und unserer Vision einer demokratischen, gerechten und
10 nachhaltigen Zukunft näher zu kommen. Unser Ziel ist es, Europa grundlegend zu
11 stärken, damit wir in einer multipolaren Welt unsere Eigenständigkeit und unsere Art
12 zu leben, auch in Zukunft bewahren.

13 Mit unserer Politik in Europa wie in der Welt wollen wir die Agenda 2030 der
14 Vereinten Nationen umsetzen, in der sich die Völker der Welt zu einer gemeinsamen
15 nachhaltigen Zukunft in Frieden, Freiheit und gesellschaftlichem Zusammenhalt
16 verpflichtet haben.

17 Ein solches Europa kann seinen Einfluss gleichermaßen zum Schutz und zur Stärkung
18 europäischer Werte und Interessen einbringen, als selbstbewusste Friedensmacht
19 auftreten und so eine kooperative, multilaterale Weltordnung mitgestalten.

20 Investitionen sind essentiell für eine nachhaltige europäische Zukunft. Wir werden
21 den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu einem Nachhaltigkeitspakt weiterentwickeln.
22 Statt einer Rückkehr zur Kürzungspolitik der Vergangenheit bleiben wir bei der in der
23 Corona-Krise begonnenen gemeinsamen Investitionspolitik Europas. Eine krisenfeste EU
24 muss fiskalpolitisch handlungsfähig sein und sich zu einer echten Fiskal-,
25 Wirtschafts- und Sozialunion weiterentwickeln.

26 Wir werden Staaten und Steuerzahler zukünftig wirksam vor Bankpleiten schützen.
27 Zusammen mit der Kapitalmarktunion soll durch die Vollendung der Bankenunion ein
28 europäischer Kapitalmarkt geschaffen werden, der die wettbewerbsfähige Finanzierung
29 europäischer Unternehmen sicherstellt. Weil zu gemeinsamen Ausgaben auch gemeinsame
30 Einnahmen gehören, haben wir die Grundlage für neue europäische Eigenmittel
31 geschaffen.

32 Wir setzen uns dafür ein, die Finanzierung der EU dauerhaft gerechter und
33 eigenständiger zu gestalten. Wir werden für diesen bedeutenden Integrationsschritt

- 34 die Besteuerung digitaler Großkonzerne, eine CO2-Grenzabgabe sowie neue Einnahmen aus
35 dem Emissionshandel heranziehen.
- 36 Wirtschaftliches Zusammenwachsen und die Herstellung von Steuergerechtigkeit sind für
37 uns zwei Seiten einer Medaille. Deshalb treten wir ein für die Überwindung des
38 Einstimmigkeitsprinzips in Steuerfragen und die Beendigung des Steuerdumpings
39 zwischen den Mitgliedstaaten, insbesondere im Bereich der Unternehmensbesteuerung.

Antrag 4.2.: Kapitel 4.2. SOZIAL-ÖKOLOGISCH WIRTSCHAFTEN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 4

1 **4.2. Sozial-ökologisch wirtschaften**

2 Als weltweiter Technologieführer muss die EU auch in Zukunftssektoren unabhängiger
3 von Dritten sein. Wir werden die Entwicklung gemeinsamer Märkte und Infrastrukturen
4 vorantreiben, strategisch wichtige Zukunftstechnologien entwickeln und
5 Schlüsselindustrien schützen.

6 Um Klimawandel, Artensterben und übermäßigem Rohstoffverbrauch entgegenzuwirken,
7 muss
8 sich die Art und Weise, wie wir in Europa leben, konsumieren und produzieren
9 grundlegend ändern. Um die Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen zu
10 erfüllen, kommt dem Energiesektor eine Schlüsselrolle zu. Wir müssen den Anteil
11 erneuerbarer Energien enorm steigern, den Energie-Mix weiter ausweiten und bestehende
12 Abhängigkeit von fossilen Energielieferungen abbauen. Wir werden Europa bis
13 spätestens 2050 zum ersten nachhaltigen und treibhausgasneutralen Kontinent machen
14 und eine Vorreiterrolle beim der Bekämpfung des Klimawandels einnehmen.

14 Auch die europäische Landwirtschaft als einer der größten Treibhausgasemittenten muss
15 einen Beitrag leisten, weg von der Flächenförderung, hin zu einer Förderung, die an
16 Kriterien für Klima, Natur- und Umweltschutz und Tierwohl gebunden ist.

17 In allen Handels-, Wirtschaftspartnerschafts- und Investitionsabkommen der EU werden
18 zukünftig neben verbindlichen sozialen Standards wie die ILO Kernarbeitsnormen sowie
19 menschenrechtlichen und ökologischen Standards auch konkrete Beschwerde- und
20 Sanktionsmechanismen vereinbart. Zudem sollen private Streitschlichtungsmechanismen
21 abgeschafft und durch öffentliche Gerichte ersetzt werden. Wir wollen ein
22 multinationales Investitionsgericht, das bei Diskriminierung, sprich der ungleichen
23 Behandlung zwischen Handelspartnern, eingreift. Die Rechte von Arbeitnehmer*innen,
24 strengere Umweltgesetzgebungen, die Umsetzung internationaler Verpflichtungen etwa
25 beim Klimaschutz und Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge sind keine
26 diskriminierenden Praktiken. Hier darf es keine Klagemöglichkeiten geben.

27 Das Abkommen zwischen der EU und dem MERCOSUR-Staatenbund ist ein wichtiges Projekt,
28 um die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika
29 zu festigen. Einem Abkommen ohne Stärkung der Umwelt-, Menschenrechts- und
30 Sozialstandards durch zusätzliche verbindliche und sanktionierbare Überprüfungs-,
31 Umsetzungs- und Durchsetzungsmechanismen, werden wir aber nicht zustimmen.

32 Mit unserer Handelspolitik werden wir die sozial-ökologische Transformation

33 unterstützen. Dafür soll der Handel mit nachhaltigen Gütern besonders gefördert
34 werden. Handelspolitische Maßnahmen auf einer werteorientierten Basis haben immer die
35 Interessen der Partner mit im Blick, insbesondere die der weniger entwickelten
36 Länder. Deshalb werden wir auch insbesondere kleinbäuerliche und agrarökologische
37 Landwirtschaft fördern. Damit die Handelspolitik demokratischer werden kann, werden
38 wir die Kontroll- und Entscheidungsrechte des Europäischen Parlamentes ausdehnen und
39 Vertreter*innen von Gewerkschaften wie auch der Zivilgesellschaft besser als bisher
40 an Verhandlungsprozessen beteiligen.

41 Die Pandemie hat die Verwundbarkeit unseres Gesundheitssystems offengelegt. Wir
42 werden eine souveräne Europäische Gesundheitsunion mit einer starken und
43 widerstandsfähigen Gesundheitswirtschaft in Europa schaffen, indem wir
44 Mindeststandards in der Gesundheitsversorgung garantieren, einen starken
45 Katastrophenschutzmechanismus etablieren und die gemeinsame Forschung und
Beschaffung
46 wichtiger medizinischer Güter fördern.

47 Mit dem Ziel, die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Europäer*innen zu verbessern,
48 werden wir in den kommenden Jahren konsequent die europäische Säule sozialer Rechte
49 in die Praxis umsetzen. Alle Arbeitnehmer*innen in Europa müssen von ihrer Arbeit gut
50 leben können. Unser Ziel bleiben europaweit Löhne, die zum Leben reichen, daher
51 begrüßen wir den Vorschlag für einen Rechtsrahmen für europäische Mindestlöhne.

52 Um die Eurozone vor ökonomischen Schocks zu schützen, treten wir ein für eine
53 dauerhafte europäische Arbeitslosenrückversicherung, die zudem sicherstellt, dass
54 alle Mitgliedstaaten auch in Zeiten schwerer wirtschaftlicher Krisen wichtige soziale
55 Sicherungsfunktionen erfüllen können.

56 Um eine angemessene soziale Absicherung zu gewährleisten und Armut zu bekämpfen,
57 setzen wir uns für europäische Mindeststandards bei den nationalen
58 Grundsicherungssystemen ein. Wichtig ist uns insbesondere die Bekämpfung von
59 Kinderarmut in Europa und daher die Umsetzung der Europäische Kindergarantie.

60 Wir werden die Rechte von Arbeitnehmer*innen weiter ausbauen, insbesondere durch die
61 Stärkung europäischer Betriebsräte, durch Mitspracherechte in Organisation und
62 Entscheidungen großer Unternehmen sowie das Recht auf Kollektivmaßnahmen und
63 Tarifverhandlungen. Die Durchsetzung von geltendem Arbeitsrecht und Arbeitsschutz bei
64 Saisonarbeitnehmern muss dringend verbessert werden. Weil vielerorts gerade die
65 Jugendarbeitslosigkeit zur strukturellen Begleiterscheinung der Krise geworden ist,
66 werden wir die europäische Jugendgarantie weiter stärken und jungen Menschen eine
67 Perspektive bieten.

Antrag 4.3.: Kapitel 4.3. DEMOKRATIE ERWEITERN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 4

1 4.3. Demokratie erweitern

2 Wir werden die Demokratie in Europa stärken. Dass unsere europäische
3 Wertegemeinschaft zunehmend auf die Probe gestellt und populistische und
4 nationalistische Regierungen die Unabhängigkeit der Justiz und grundlegende Rechte
5 beschneiden, nehmen wir nicht hin. Der Schutz von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und
6 Freiheit in Europa bildet das Fundament für eine geeinte europäische Zukunft. Dazu
7 gehört eine Vervollständigung der Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments,
8 inklusive eines echten Initiativrechts. Wir werden ein gemeinsames Wahlrecht zur Wahl
9 der europäischen Volksvertretung schaffen.

10 Mit einem Sonderfonds für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werden wir
11 zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit gezielt fördern. Die Konferenz zur Zukunft
12 Europas soll ein Erfolg werden. Wir setzen uns dafür ein, dass sie in Deutschland und
13 der ganzen EU eine breite Debatte zur europäischen Demokratie und Handlungsfähigkeit
14 initiiert und ihre Ergebnisse umgesetzt werden.

15 Durch den Rechtsstaatsdialog und Rechtsstaatsmechanismus haben wir Europa wehrhafter
16 gemacht und konkrete Instrumente eingeführt, um die Einhaltung europäischer
17 Grundwerte verbindlich zu überprüfen und fundamentale Verstöße gegen die Prinzipien
18 der Rechtsstaatlichkeit zu sanktionieren. Desinformationskampagnen, Fake News und
19 Hassreden stellen eine Bedrohung der Demokratie dar. Wir setzen uns für europäische
20 Regelungen ein, um strafbare Online-Hassreden effektiv zu bekämpfen und werden
21 europäische Frühwarnsysteme gegen Desinformationskampagnen ausbauen.

22 Wir stehen für eine humanitäre und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik in der
23 Europäischen Union. Deshalb werden wir ein funktionsfähiges Europäisches Asylsystem
24 mit dem notwendigen Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität
25 voranbringen, das eine Reform des Dublin-Systems beinhaltet und das Recht auf Asyl
26 vollumfänglich wahrt und gewährt. Das Asylsystem soll weiter europäisiert und das
27 Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen zu einer vollwertigen europäischen
28 Asylagentur ausgebaut werden.

29 Wir werden die Genfer Flüchtlingskonvention verteidigen. Pushbacks sind eine
30 eklatante Verletzung des Völkerrechts. Seenotrettung ist eine Verpflichtung aus dem
31 internationalen Seerecht und darf nicht kriminalisiert werden. Im Rahmen eines
32 umfassenden Ansatzes sollten legale Migrationswege geschaffen und die Ursachen von
33 Flucht und Vertreibung bekämpft werden. Wir werden eine Brücke zu lokalen Akteuren
34 bauen und die Aufnahmebereitschaft von europäischen Kommunen und Städten fördern und

35 unterstützen.

36 Wir setzen uns ein für eine EU-weite Ratifizierung der Istanbul-Konvention des
37 Europarats in allen Mitgliedsstaaten durch als verbindliche Rechtsnormen gegen Gewalt
38 an Frauen. Wir setzen uns dafür ein, dass Europa eine Vorreiterrolle bei
39 internationaler Krisenprävention, Friedens- und Demokratieförderung sowie zum Schutz
40 von Menschenrechten einnimmt. Europas Verantwortung in der Entwicklungszusammenarbeit
41 und humanitären Hilfe werden wir durch eine Erhöhung der EU-Mittel stärken.

Antrag 4.4.: Kapitel 4.4. EUROPÄISCHE NACHBARSCHAFTEN PFLEGEN

Antragsteller*in:	Partei Vorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 4

1 **4.4. Europäische Nachbarschaften pflegen**

2 Mehr Eigenständigkeit setzt höhere Handlungsfähigkeit voraus. Grundlegend dafür ist
3 die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik – statt des jetzigen
4 Einstimmigkeitsprinzips. Auch das Amt des Hohen Vertreters der EU für Außen- und
5 Sicherheitspolitik sollte langfristig zu einem EU-Außenminister weiterentwickelt
6 werden. Wir wollen eine gemeinsame Ausrichtung unserer globalen
7 Entwicklungszusammenarbeit und deswegen unsere Kräfte in Europa bündeln.

8 Ein Europa, das geschlossen auftritt, trägt zur Belebung eines funktionierenden und
9 kooperativen Multilateralismus bei. Wir sind auf internationale Vertrauensnetzwerke
10 angewiesen, so wie die Allianz für Multilateralismus, die bereits wichtige Impulse
11 für die Zusammenarbeit gesetzt hat.

12 Die NATO ist und bleibt ein tragender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft und
13 für Europas Sicherheit unverzichtbar. Parallel dazu muss die EU sicherheits- und
14 verteidigungspolitisch eigenständiger werden. Die europäische Zusammenarbeit werden
15 wir ausbauen. Unser Ziel bleibt eine europäische Armee als Teil der Friedensmacht
16 Europa. Durch die Bündelung europäischer Rüstungskooperation nutzen wir Synergien und
17 sparen unnötige Mehrausgaben ein. Souverän muss Europa neue Rüstungskontroll- und
18 Abrüstungsinitiativen für den europäischen Kontinent entwickeln, um frühzeitig auf
19 die Risiken neuer Technologien und gefährliche Entwicklungen im Cyberbereich oder im
20 Weltraum reagieren zu können.

21 Die Nachbarschaft Europas im Süden wie im Osten ist durch Krisen sowie durch die
22 wachsende Einflussnahme anderer Staaten geprägt. Diese Herausforderungen muss die EU
23 durch eine konzeptionell neue ausgerichtete europäische Nachbarschaftspolitik
24 angehen. Die Länder des Westbalkans werden wir integrieren. Die Partnerschaft
25 zwischen Europa und Afrika wollen wir politisch und wirtschaftlich deutlich ausbauen
26 und auf ein neues Level der Zusammenarbeit heben.

27 Wir gehen auf die neue US-Regierung zu, die sich wieder verstärkt in der
28 internationalen Zusammenarbeit einbringt. Wir brauchen nicht weniger als einen
29 Neustart in den transatlantischen Beziehungen. Wir werden die Partnerschaft zwischen
30 Europa und den USA, die auf gemeinsamen und demokratischen Werten beruht,
31 grundsätzlich stärken und die Zusammenarbeit bei Themen wie Klimaschutz, globaler
32 Gesundheitspolitik, Handel, Abrüstung und Sicherheitsfragen intensivieren.

33 Es ist im deutschen und europäischen Interesse, wenn wir mit Russland in Fragen der
34 gemeinsamen Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle wie auch bei Klima,
35 Nachhaltigkeit, Energie und der Bekämpfung von Pandemien gemeinsame Fortschritte
36 erreichen. Wir sehen jedoch auch, dass Europas Beziehungen zu Russland immer wieder
37 Rückschlägen ausgesetzt sind.

38 Ob die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, die Unterstützung der Separatisten in
39 der Ostukraine, Cyberangriffe auf den Deutschen Bundestag oder die Anwendung des
40 international geächteten chemischen Kampfstoffes Nowitschok zur Ausschaltung
41 innenpolitischer Gegner: Russland bricht regelmäßig internationales Recht und
42 belastet damit die Beziehungen zu seinen Nachbarn. Wir setzen, bei aller
43 erforderlicher Kritik, auch bei Russland auf die Bereitschaft zum Dialog und zur
44 Zusammenarbeit. Frieden in Europa kann es nicht gegen, sondern nur mit Russland
45 geben. Wertvoll in den Beziehungen zu Russland sind die zivilgesellschaftlichen
46 Kontakte, die wir weiter fördern und ausbauen wollen, auch durch Visaerleichterungen
47 für den Austausch junger Menschen.

48 Basierend auf den Werten und Prinzipien der OSZE verfolgen wir daher das Ziel einer
49 neuen europäischen Ostpolitik, die den Fokus auf eine gemeinsame und kohärente EU-
50 Politik gegenüber Russland legt. Eine konstruktive Dialogbereitschaft seitens
51 Russlands ist Voraussetzung, um am Abbau von Spannungen zu arbeiten. Dazu zählt auch,
52 dass der Weg zu einer friedlichen Lösung des Ukraine Konflikts und damit einhergehend
53 die Beendigung der Sanktionen maßgeblich von der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen
54 abhängt.

55 Die wachsende Bedeutung Chinas in der Welt hat zur Folge, dass eine globale Antwort
56 auf die ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Herausforderungen
57 unserer Zeit kaum ohne Peking vorstellbar ist.

58 Interessens- und Wertekonflikte mit China nehmen zu. Europa muss den Dialog mit China
59 über Kooperation und Wettbewerb geschlossen, konstruktiv und kritisch führen. Die
60 gravierenden Menschenrechtsverletzungen gegenüber Minderheiten, insbesondere
61 uigurischen Muslimen, verurteilen wir. Für Honkong muss das international verbriefte
62 Prinzip „Ein Land – zwei Systeme“ gewahrt bleiben. Wir betrachten mit großer Sorge
63 den wachsenden Druck auf Taiwan.

64 Wir unterstützen die Menschen in Belarus in ihrem Wunsch nach Demokratie und
65 Freiheit. Gewalt und Repression der Sicherheitskräfte müssen beendet, alle
66 politischen Gefangenen freigelassen und demokratische Neuwahlen unter der Aufsicht
67 der OSZE durchgeführt werden.

68 Den innen- und außenpolitischen Kurs der türkischen Regierung betrachten wir mit
69 Sorge. Die Türkei muss rechtsstaatliche, demokratische und völkerrechtliche Prinzipien
70 einhalten. Eine Intensivierung des EU-Türkei-DIALOGS, der auch diese Fragen kritisch
71 erörtert, ist dringend notwendig.

72 Israels Sicherheit und Existenzrecht ist Teil der Staatsräson Deutschlands. Auch
73 aufgrund dieser besonderen Verantwortung werden wir zusammen mit unseren europäischen

74 Partnern und den USA neue Initiativen zur Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses

75 unterstützen. Auf Grundlage der Vereinbarungen von Oslo ist und bleibt für uns das
76 Ziel die friedliche Koexistenz zweier souveräner und lebensfähiger Staaten im Rahmen
77 einer Verhandlungslösung.

78 Die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und einigen Staaten in der Region
79 sind ermutigende Signale, dass Fortschritte zum Frieden möglich sind. Einseitige
80 Schritte von allen Seiten erschweren die Friedensbemühungen und müssen unterbleiben.
81 Von der palästinensischen Seite fordern wir das Ende des Terrors. In den
82 palästinensischen Gebieten sind auf allen Ebenen weitere demokratische Fortschritte
83 nötig. Pläne zu Annexionen lehnen wir kategorisch ab. Es muss zu einem Stopp des
84 völkerrechtswidrigen Siedlungsbaus kommen.

85 Auch nach dem Brexit bleibt das Vereinigte Königreich ein enger Freund der EU. Die
86 gemeinsamen Abkommen können das Fundament für eine umfassende Partnerschaft
zwischen
87 der EU und Großbritannien sein. Auf der Basis des fairen Umgangs miteinander werden
88 wir die Zusammenarbeit in Bereichen weiterentwickeln, die bisher nicht geregelt sind.
89 Einen Wettlauf nach unten, was Umweltstandards oder die Rechte von Arbeitnehmern und
90 Verbrauchern angeht, darf es nicht geben.

Antrag 4.5.: Kapitel 4.5. FRIEDEN SICHERN

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 4

1 **4.5. Frieden sichern**

2 Wie in keiner anderen Partei gehören in der Sozialdemokratie internationale
3 Solidarität, die universelle Geltung der Menschenrechte, Frieden und Dialog von
4 Beginn an zum Grundverständnis unseres politischen Handelns.

5 Im Rahmen des Europarats werden wir die Grundwerte der Demokratie, Menschenrechte und
6 Rechtsstaatlichkeit schützen und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
7 stärken. Gerichtsurteile müssen von allen Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt
8 werden. Wir sind für einen Beitritt der EU zur Europäischen
9 Menschenrechtskonvention.

10 Als die Friedenspartei in Deutschland setzen wir auf Diplomatie und Dialog, auf
11 zivile Krisenprävention und Friedensförderung, auf Abrüstung und Rüstungskontrolle
12 sowie internationale Zusammenarbeit. Wir werden multilaterales Handeln wiederbeleben
13 und stärken, auch in Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft und
14 Nichtregierungsorganisationen, denn Pandemien, globale Wirtschaft-, Finanz- und
15 Entwicklungskrisen sowie die Folgen der Erderwärmung sind Herausforderung, die nur
16 gemeinsam gelöst werden können.

17 Der Kampf gegen den Klimawandel, der in vielen Ländern nicht nur die natürlichen
18 Lebensgrundlagen, sondern auch die soziale und wirtschaftliche Entwicklung bedroht,
19 muss zum Ausgangspunkt von gerechteren und nachhaltigeren Gesellschaften weltweit
20 werden. „Keine und keinen zurücklassen“ das ist unsere Messlatte, um Hunger und Armut
21 weltweit zu überwinden.

22 Wir müssen die globale Erderwärmung auf weit unter zwei Grad halten und möglichst auf
23 1,5 Grad Celsius begrenzen. Dafür werden wir unsere eigenen
24 Klimaschutzverpflichtungen gemäß des Pariser Klimaabkommens einlösen und weiter
25 steigern. Darüber hinaus werden wir die Länder des Globalen Südens bei der Anpassung
26 an den Klimawandel in ihrer nachhaltigen Entwicklung unterstützen.

27 Gute Arbeit und eine intakte Umwelt weltweit stärken gehört zur Kernaufgabe
28 sozialdemokratischer Politik. Wir tun das, indem wir von Unternehmen weltweit die
29 Einhaltung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten entlang
30 globaler Lieferketten fordern. Es ist ein großer Erfolg der SPD, dass ein nationales
31 Lieferkettengesetz auf den Weg gebracht werden konnte. Nun wollen wir auch ein Gesetz
32 zur Rückverfolgung auf dem Weltmarkt gehandelten Güter auf europäischer Ebene
33 verankern, mit verbindlichen und sanktionsbewehrte Regeln, Zugang zu Gerichten in

34 Europa und Entschädigung der Opfer. Wir unterstützen ein VN-Abkommen zu Wirtschaft
35 und Menschenrechten, um Globalisierung im Sinne der Menschenrechte zu gestalten.
36 Arbeit darf weder arm noch krank machen.

37 Deshalb unterstützen wir mit den Gewerkschaften die Forderung, dass Arbeits- und
38 Gesundheitsschutz als Kernarbeitsnorm der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)
39 aufgewertet werden. Auch werden wir das Zusatzprotokoll zum Sozialpakt der Vereinten
40 Nationen ratifizieren, um Beschwerdeverfahren zur Einhaltung der Rechte des Paktes zu
41 ermöglichen. Um Armut nachhaltig zu bekämpfen, setzen wir uns zudem für die
42 Einrichtung eines globalen Fonds für soziale Basisschutzsysteme ein.

43 Gesundheit ist ein globales öffentliches Gut. Unsere Schwerpunkte liegen auf den Aus-
44 und Aufbau öffentlicher Gesundheitssysteme, der Verbesserung des Zugangs zu
45 Arzneimitteln und Impfstoffen, mehr Transparenz sowie auf der gesundheitlichen
46 Bildung und damit einhergehend auf der Stärkung sexueller und reproduktiver
47 Gesundheit. Wir arbeiten auch daran, dass die Weltgesundheitsorganisation WHO durch
48 einen mutigen Reformprozess gestärkt wird.

49 Wir setzen uns dafür ein, den Anteil der öffentlichen Ausgaben für
50 Entwicklungszusammenarbeit (ODA-Quote) von mindestens 0,7 Prozent des
51 Bruttonationaleinkommens einzuhalten. Davon sollen 0,2 Prozent des
52 Bruttonationaleinkommens für die ärmsten Entwicklungsländer (LDCs) verwendet werden.

53 Menschen, die durch Konflikte, Epidemien oder Naturkatastrophen in Not geraten sind,
54 bedürfen unserer Hilfe. Als reiches Industrieland werden wir unser Engagement für
55 humanitäre Hilfe weiterhin an den steigenden humanitären Bedarfen orientieren und
56 daran arbeiten, die Basis der internationalen Geber zu stärken und auszuweiten.
57 Darüber hinaus gilt für uns weiterhin: Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtlinge.
58 Zusammen mit Partnerländern werden wir uns deshalb dafür einsetzen, dass der Globale
59 Pakt für Migration umfassend umgesetzt wird.

60 Internationale Steuerkooperation kann verhindern, dass Vermögen und
61 Unternehmensgewinne der Besteuerung entzogen werden. Darum brauchen wir ein globales
62 Register für mehr Transparenz. Mit einer globalen Mindestbesteuerung von Konzernen
63 können wir dem Niedrigsteuerwettbewerb entgegenwirken. Wir werden den Aufbau einer
64 globalen Steuerkoordinationsstelle bei der UN und die OECD in ihrem Kampf gegen
65 Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung unterstützen. Unser Ziel ist es Steueroasen
66 trockenulegen und gerechte Steuersysteme unter angemessener Beteiligung auch der
67 Eliten im Globalen Süden zu fördern und fordern.

68 Deutschland ist wie kaum ein anderes Land auf offene Märkte und eine funktionsfähige
69 sowie regelbasierte globale Wirtschaft angewiesen. Unser Ziel ist es ein stabiles,
70 faires und demokratisches Handelssystem zu etablieren.

71 Wir werden die Instrumente der Handels- und Investitionspolitik modernisieren- vor
72 allem mit Blick auf Nachhaltigkeit und die Durchsetzung gemeinsamer multilateraler
73 Regeln- und uns für eine Stärkung der Welthandelsorganisation (WTO) einsetzen.
74 Hierfür werden wir das Regelwerk erweitern, die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten
75 Nationen einbeziehen sowie die Durchsetzungsmöglichkeiten verbessern. Alle Instanzen
76 des WTO-Streitschlichtungsmechanismus sollen wieder beschlussfähig sein. Deshalb ist

77 eine starke WTO mit einem modernen Regelwerk, das die nachhaltigen
78 Entwicklungsbedürfnisse des Globalen Südens ebenso wie die des Nordens fair und
79 partnerschaftlich anerkennt und fördert, so wichtig.

80 Viele Länder befanden sich schon vor der Corona-Pandemie in einer Schuldenkrise, die
81 jetzt noch vergrößert wird. Zentrale Säulen der Entwicklungsfinanzierung sind
82 zusammengebrochen und Finanzströme ausgetrocknet. Das kurzfristige Aussetzen des
83 Schuldendienstes im Rahmen der G20 und des IWF brachte Erleichterung. Wir
84 unterstützen eine Initiative für ein globales Staateninsolvenzverfahren, das
85 staatliche und vor allem private Gläubiger miteinbezieht und das Schuldenerlasse für
86 besonders gefährdete Ländergruppen formuliert und umsetzt.

87 Die friedenspolitischen Herausforderungen nehmen zu. Gesundheitskrise, Klimawandel
88 und Ungerechtigkeit verschärfen bestehende Konflikte und entfachen neue. Autonome
89 Waffensysteme senken die Schwelle für kriegerische Handlungen, Kernwaffen erleben ein
90 Comeback, digitaler Fortschritt macht uns verwundbar für Cyberangriffe. Dafür werden
91 wir auf parlamentarischer Ebene einen Mechanismus einrichten, durch den neue
92 Programme, Gesetze, Vorhaben daraufhin überprüft werden, ob sie friedenspolitischen
93 Zielen widersprechen.

94 Bei der Entschärfung internationaler Krisen und der Vermittlung von Frieden nimmt
95 Deutschland schon jetzt eine weltweite Führungsrolle ein. Das werden wir weiter
96 ausbauen, indem wir das Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF) stärken und
97 ein hochprofessionelles Team von Friedensemissären für das Führen von Verhandlungen
98 aufbauen. Friedensprozesse sind nur dann nachhaltig, wenn die Belange und Interessen
99 von Frauen stärker berücksichtigt und wenn sie an Aushandlungsprozessen beteiligt
100 werden. Deshalb fordern wir, dass die VN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden,
101 Sicherheit“ konsequent umgesetzt und weiterentwickelt wird. Es gilt auf allen Ebenen
102 der Anti-Gender-Bewegung entgegenzutreten.

103 Zur Sicherung des Friedens- und der Verteidigung leistet die Bundeswehr einen
104 verantwortungsvollen Beitrag. Wir stehen für das Primat der Politik und für das
105 Leitbild der Inneren Führung der Soldat*innen als Staatsbürger*innen in Uniform. Für
106 uns steht fest, dass wir nur mit einer gut ausgestatteten und modernen Bundeswehr
107 unseren Aufgaben als zuverlässiger Partner in Europa und der NATO gerecht werden
108 können. Unsere Soldat*innen können sich auf uns verlassen. Wir haben daher nach
109 vielen Jahren immer neuer Sparrunden die Investitionen im Verteidigungshaushalt
110 erhöht.

111 Unsere Soldat*innen verdienen die bestmögliche Ausrüstung und den höchsten Grad an
112 Ausbildung. Ausrüstung statt Aufrüstung - diesem Prinzip verpflichtet, haben wir
113 wesentliche Beschaffungsvorhaben für die Bundeswehr vorangetrieben und setzen uns
114 kontinuierlich für die Verbesserungen der persönlichen Ausrüstung und sozialen
115 Absicherung ein. Zugleich werden wir die Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr
116 weiter steigern. Wir stehen für den bestmöglichen Schutz unserer Soldat*innen. Dazu
117 gehört auch der Einsatz von Drohnen. Die Entscheidung, ob diese auch bewaffnet werden
118 sollen, kann verantwortbar erst nach einer umfassenden politischen und
119 gesellschaftlichen Debatte und der sorgfältigen Würdigung aller Aspekte getroffen

120 werden.

121 Wir setzen wir uns dafür ein, dass unbemannte bewaffnete Drohnen international
122 erfasst und in ein internationales Regelwerk einbezogen werden, um dem Trend einer
123 zeitlichen und räumlichen Entgrenzung militärischer Gewalt ebenso entgegenzuwirken
124 wie den Befürchtungen einer technologischen und funktionalen Autonomie. Wie notwendig
125 ein solches Regelwerk ist, hat nicht zuletzt der massive Einsatz von bewaffneten
126 Drohnen als Angriffswaffen im Krieg zwischen Aserbaidshan und Armenien und im
127 Libyen-Konflikt gezeigt. Dieser Einsatz hat neue Fragen aufgeworfen, die in einer
128 umfassenden Debatte zu berücksichtigen sind.

129 Vor der Entscheidung über ein Nachfolgesystem des Kampfflugzeugs Tornado setzen wir
130 uns für eine gewissenhafte, sachliche und sorgfältige Erörterung der technischen
131 nuklearen Teilhabe ein.

132 Eine Welt ohne Atomwaffen ist und bleibt das Ziel sozialdemokratischer Außenpolitik.
133 Zu einer abrüstungspolitischen Offensive gehört, dass bestehende Vereinbarungen über
134 Rüstungskontrolle und Abrüstung unbedingt gerettet sowie die Verpflichtungen aus dem
135 Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) umgesetzt werden. Wir brauchen reale
136 Abrüstungsschritte. Mit der neuen US-Administration gilt es die Gespräche
137 wiederaufzunehmen, wie eine vollständige Umsetzung des internationalen Atomabkommen
138 (JCPoA) mit dem Iran erfolgen kann.

139 Der im Rahmen der Vereinten Nationen beschlossene und inzwischen in Kraft getretene
140 Atomwaffenverbotsvertrag bringt eine weitere Dynamik in die Bemühungen für eine
141 nuklearwaffenfreie Welt. Deutschland sollte als Beobachter bei der
142 Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags die Intentionen des Vertrages
143 konstruktiv begleiten. Auch setzen wir uns ein für den Beginn von Verhandlungen
144 zwischen den USA und Russland zur verifizierbaren, vollständigen Abrüstung im
145 substrategischen Bereich mit dem Ziel, die in Europa und in Deutschland stationierten
146 Atomwaffen endlich abzuziehen und zu vernichten. Wir werden zudem Rüstungskontrolle
147 auch in den Bereichen Biotechnologie, Cyber und Künstliche Intelligenz etablieren.
148 Die Ächtung autonomer tödlicher Waffensysteme bleibt unser Ziel. Bei allen Bemühungen
149 um Abrüstung muss stärker als bisher auch China einbezogen werden.

150 Für uns ist eine restriktive Rüstungsexportpolitik zentral. Wir werden uns dafür
151 einsetzen, dass die Ausfuhr deutscher Rüstungsgüter in Staaten außerhalb von EU-,
152 NATO- und denen gleichgestellten Ländern weiter eingeschränkt, die Kontrolle über den
153 endgültigen Verbleib der Waffen ausgeweitet und absolute Ausnahmen nur im begründeten
154 Einzelfall möglich sein werden – öffentlich nachvollziehbar dokumentiert. Das soll in
155 einem Rüstungsexportgesetz festgeschrieben werden. Auch mit unseren europäischen
156 Partnern werden wir eine Verschärfung der EU-Rüstungsexportvereinbarungen abstimmen.
157 Für Staaten, die weder Mitglied der EU noch der NATO sind, ist eine Ratifizierung des
158 Vertrags über Waffenhandel (ATT) und dessen konsequente Umsetzung zwingende
159 Voraussetzung für jede Form der Rüstungskooperation.

160 Für uns ist die Unteilbarkeit und universelle Geltung der Menschenrechte nicht
161 verhandelbar. Um Menschenrechte durchzusetzen, müssen wir diejenigen schützen, die
162 für sie eintreten. Wir werden das im EU-Rahmen unter deutscher Ratspräsidentschaft

163 geschaffene Menschenrechts-Sanktionsregime konsequent nutzen. Dazu gehören
164 Einreiseverbote und das Einfrieren von Konten. Auch werden wir die Möglichkeiten der
165 weltweiten Strafverfolgung von Menschenrechtsverletzern fördern und den
166 Internationalen Strafgerichtshof stärken. Indem wir die mit Menschenrechten befassten
167 Institutionen des Bundestags und der Bundesregierung unterstützen und weiter
168 ausbauen, stärken wir die Menschenrechtsarchitektur.

169 Alle unsere Anstrengungen können jedoch nur gelingen, wenn wir die Vereinten Nationen
170 darin unterstützen, ihren Auftrag der Friedenssicherung, Förderung nachhaltiger
171 Entwicklung und Wahrung der Menschenrechte zu erfüllen. Wir wissen: Reformen der
172 Vereinten Nationen sind hierfür dringend notwendig. Diese werden wir vorantreiben.
173 Unser Ziel ist ein ständiger europäischer Sitz und eine angemessene Repräsentanz des
174 Globalen Südens im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Antrag 5.0.: Kapitel 5.0 ZUKUNFT, RESPEKT UND EIN SOLIDARISCHES EUROPA - LEITGEDANKEN FÜR EIN NEUES JAHRZEHNT

Antragsteller*in:	Parteivorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Kapitel 5

1 V. Zukunft, Respekt und ein solidarisches Europa –

2 Leitgedanken für ein neues Jahrzehnt

3 In den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts entscheidet sich, welche Rolle Deutschland
4 und Europa in der Welt spielen werden. Mit unseren Zukunftsmissionen werden wir heute
5 die Zukunft gestalten.

6 Wir wollen Vollbeschäftigung erreichen mit guter Arbeit und gerechten Löhnen.

7 Wir wollen Industrie- und Innovationsstandort bleiben, mit klimaneutralen Produkten
8 und Technologien, einer modernen Mobilität weltweit Standards setzen und die
9 Möglichkeiten der Digitalisierung basierend auf unseren Werten nutzen.

10 Wir wollen dafür sorgen, dass der erwirtschaftete Wohlstand allen Bürger*innen in
11 unserem Land ein gutes und sicheres Leben ermöglicht.

12 Wir wollen aus Träumen Zukunft machen. Wir wollen, dass alle Menschen ihre Wünsche
13 verwirklichen und ihre Ziele erreichen können. Am Anfang ihres Lebens, aber auch wenn
14 sie bereits mitten im Leben stehen. Mit gleicher Förderung vom Beginn eines Lebens
15 an, und mit Möglichkeiten sich zu entwickeln - ein Leben lang.

16 Wir wollen gemeinsam vorankommen. Wir wollen eine Gesellschaft, die inklusiv und
17 solidarisch ist und allen Bürger*innen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
18 möglich macht. Ein moderner und starker Sozialstaat ist dafür die Grundlage und
19 begegnet allen Menschen mit dem Respekt, den sie verdienen.

20 Wir wollen respektvoll zusammenleben. Unsere Gesellschaft lebt von ihrer kulturellen
21 Vielfalt, Kreativität und Verschiedenheit. Demokratie und soziale Gerechtigkeit sind
22 die Grundlagen für eine starke Gesellschaft, die Extremismus, politischen Hass und
23 gesellschaftliche Hetze den Kampf ansagt und vor Kriminalität schützt.

24 Wir wollen Frieden sichern. Aus einer starken europäischen Gemeinschaft ziehen wir
25 die Kraft für eine gemeinsame Friedenspolitik, die Konflikte löst und Menschen über
26 Grenzen zusammenbringt.

27 Wir wollen Verantwortung übernehmen. Wohlstand und Anstand dürfen keine Gegensätze
28 sein. Unser Lebensstandard darf nicht auf der Ausbeutung von Mensch und Natur
29 beruhen. Weder in Deutschland noch in Europa oder anderen Regionen der Welt.

30 Dafür werben wir mit diesem Programm.